Donnerstag, 7. Juni 1984 - D *

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 132 - 23. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 85 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Abschirmdienst: Ein vernichtendes Urteil über den MAD fällt die Prüfungskommission unter Hermann Höcherl in ihrem Abschlußbericht. Das Betriebsklima sei bedrückend, man habe Fehlverhalten und handwerkliches Versagen festgestellt. (S. 8)

Gipfel: Kanzler Kohl wird heute unmittelbar nach seiner Ankunft zum Weltwirtschaftgipfel in London mit US-Präsident Reagan zusammentreffen. Sie wollen die Entwicklung im Kreml und das weitere Vorgehen in den Beziehungen zum Osten erörtern.

Majdanek: Der Bundesgerichtshof hat die Revisionen von sieben Angeklagten im Majdanek-Prozeß verworfen. Die fünf Männer und zwei Frauen, die zur Bewachung des Konzentrationslagers gehörten, waren 1981 in Düsseldorf zu drei bis zwölf Jahren Haft verurteilt worden.

Philippinen: Die Marcos-Regierung hat Polizei und Militär in und um Manila in höchste Alarmbereitschaft versetzt. Angeblich gilt die Maßnahme Umsturzversuchen „terroristischer" Gruppen.

US-Vorwahlen: Der frühere Vize-Präsident Mondale wird aller Voraussicht nach als Kandidat der Demokraten bei den Präsidentschaftswahlen Ende des Jahre gegen den Republikaner Reagan antreten. Bei der letzten Runde der „Primaries" übertrumpfte Mondale seinen schärfsten Rivalen, Senator Gary Hart in New Jersey und West Virginia. Damit dürfte er genug Wahlmänner für die Nominierung hinter sich haben.

Indien: Nach monatelangen blutigen Auseinandersetzungen mit militanten Angehörigen der Sikh-Religionsgemeinschaft hat die Gandhi-Regierung hart durchgegriffen. Soldaten stürmten Tempel im Pandschab, die Sikh-Kämpfern als Stützpunkte dienen. Darunter war der Goldene Tempel in Amritsdar, das höchste Heiligtum der Sikhs. (S. 7)

Baden-Württemberg: Lothar Späth (CDU) ist erwartungsgemäß vom Landtag als Ministerpräsident bestätigt worden. (S. 4)

Heute: Weltwirtschaftsgipfel in London. – Hessischer Landtag wählt Ministerpräsidenten.



ZITAT DES TAGES



» Die Stärke der Verbündeten Amerikas ist lebenswichtig für die USA, und die amerikanische Sicherheitsgarantie ist wesentlich für die Erhaltung der Freiheit der Demokratien Europas «

US-Präsident Reagan bei den Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der Landung der Alliierten in der Normandie (S. 3)

FOTO: DPA

WIRTSCHAFT

Güterkraftverkehr: Als grundlos betrachtet das Bundesverkehrsministerium Befürchtungen, daß die deutsche Verkehrswirtschaft durch den erleichterten Grenzübergang zu den Benelux-Staaten geschädigt werde. Genehmigungsfreie Fahrten im grenzüberschreitenden Vekehr werde es auch künftig nicht geben. (S. 9)

Ölmarkt: Die jüngste Verschärfung im Golfkrieg hat den Weltölmarkt bislang kaum beeinträchtigt. Das Angebot bleibt adäquat, stellte die Internationale Energieagentur fest. (S. 9)

Wachstum: Die Bundesregierung geht weiterhin von einem realen Wirtschaftswachstum von 2,5 Prozent aus. Diese Prognose bleibt Grundlage der Haushaltsplanung und der Steuerschätzung am 19. Juni.

Börse: An den Aktienmärkten ist die Anlagebereitschaft groß. Die Kunden warten aber weiter ab, so daß die Kurse stabil blieben. Der Rentenmarkt war behauptet. WELT-Aktienindex 147,2 (147,2). Dollarmittelkurs 2,6847 (2,6736) Mark. Goldpreis pro Feinunze 391,65 (393,75) Dollar.

KULTUR

Synagoge: Für die größte Synagoge der Welt, ein Gebäude mit zehn Stockwerken, soll am Wochenende in Westjerusalem der Grundstein gelegt werden. Bauherr ist eine polenstämmige chassidische Gemeinde, deren Mitglieder heute vor allem in den USA leben.

Pour le mérite: Neu aufgenommen in den vom Preußenkönig Friedrich Wilhelm IV. gegründeten Orden wurden auf der Jahrestagung in Bonn die Schweizer Kammersängerin Elisabeth Legge-Schwarzkopf, der Schriftsteller Eugène Ionesco, der Rechtshistoriker Jean Gaudemet und der Musikwissenschaftler Karl Dahlhaus. (S. 17)

WELT-Serie: Hinter der „DDR"-Fassade

Es waren 56 Stunden, die sechs Deutsche in der US-Botschaft in Ost-Berlin im Hungerstreik durchhalten mußten, bis sie am Abend des 22. Januar 1984 nach West-Berlin gebracht wurden. *Im Gespräch mit der WELT schildern sie die bangen und aufregenden Stunden.* S. 6

SPORT

Tennis: Mit Hana Mandlikova (CSSR) hat die Saarbrückerin Claudia Kohde bei den französischen Meisterschaften das Halbfinale im Damen-Doppel erreicht.

Fußball: 1000 Mark Strafe müssen die Nationalspieler Matthäus und Bruns zahlen: Sie hatten es mit dem Zapfenstreich nicht so genau genommen. (S. 16)

AUS ALLER WELT

Analphabeten: Unter den 270 Millionen Bürgern der EG-Staaten gibt es nach jüngsten Schätzungen rund 21 Millionen, die nicht lesen und schreiben können. In der Bundesrepublik sollen es bis zu drei Millionen sein.

Trübe Pfingsten: Beim Pfingstspaziergang sollten Sie Regenschirm und -mantel nicht vergessen. Das Niederschlagsfeld, das in den vergangenen Tagen vor allem im Süden und in der Mitte der Bundesrepublik zum Teil heftige Regenschauer mit sich brachte, bleibt wetterbestimmend. Auch heute ist es kühl und naß.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Krieg am Golf weitet sich aus. Bedroht Iran die Ölfelder?

Saudische Luftwaffe greift ein / US-Schiffe geben Tankern Geleitschutz

DW. **Manama/Washington**

Bei den arabischen Ölländern am Persischen Golf wird jetzt die Befürchtung geäußert, daß die iranischen Luftangriffe auf saudische, kuweitische und andere Tanker möglicherweise als erste Phase von Schlägen gegen die Ölfelder einzuschätzen seien. Auch in amerikanischen Regierungskreisen wurde gestern nicht ausgeschlossen, daß die Luftwaffe Irans bald Angriffe gegen Öleinrichtungen im Golf starten könnte. Die Ausweitung des Golf-Konflikts wird zu den Themen des westlichen Wirtschaftsgipfels in London gehören.

US-Präsident Reagan nannte das Eindringen iranischer Kampfflugzeuge in den Luftraum Saudi-Arabiens und den Abschuß durch saudi-arabische Maschinen eine „Eskalation an Spannungen und Gewalt". Es gebe aber, so präzisierte ein amerikanischer Sprecher die Position Reagans, keine Notwendigkeit „für irgendeine Art von Einmischung" der Vereinigten Staaten.

Iran hatte im vergangenen Monat damit begonnen, Schiffe auch in saudi-arabischen Gewässern zu bombardieren. Wie in Washington verlautete, waren US-Regierungskreise zunehmend verstimmt über den bisherigen Widerwillen Saudi-Arabiens gegen eine konkrete Intervention zum Schutz des Schiffverkehrs in der Ölregion. Der saudische Botschafter in Washington, Prinz Bandar bin Sultan, sagte, es sei „bedauerlich", daß sein Land in den Konflikt hineingezogen wurde. Riad sei jedoch zur Verteidigung entschlossen.

Der irakische Staatschef Saddam Hussein sicherte dem saudischen König Fahd Solidarität zu. Für Irak kommt es nicht ungelegen, andere arabische Ölländer in den Konflikt verwickelt zu sehen. In Bagdad glaubt man, daß die Unterstützung Iraks durch die Länder, deren Hussein angesichts des auszehrenden Krieges gegen Iran bedarf, jetzt noch sicherer fortgesetzt wird.

SEITE 2:
Zündstoffe

Die USA ersetzen die vier seit 1980 in Saudi-Arabien stationierten Awacs-Frühaufklärer durch ein moderneres Modell, das tieffliegende Flugzeuge und Angriffsvorbereitungen gegen Schiffe besser erkunden kann. Die erste der neuen Awacs-Maschinen traf bereits Anfang der Woche in der Region ein, bestätigte das Pentagon. Aus Schiffahrtskreisen verlautete, US-Kriegsschiffe hätten mehreren arabischen Tankern im Golf Geleitschutz gegeben.

Teheran hat Vergeltungsschläge für den irakischen Luftangriff auf die westiranische Stadt Baneh angedroht, bei dem am Dienstag – so der Staatsrundfunk Irans – 600 Zivilpersonen getötet oder verletzt wurden.

Mit Interesse wurde vermerkt, daß der sowjetische Außenminister Gromyko den Generaldirektor des iranischen Außenministeriums, S.M.Sadr, zu einem vorher nicht angekündigten Treffen empfing. Die UdSSR hatte Ende 1983 erstmals öffentlich Partei für Irak ergriffen. Die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Iran sind nach der Verhaftung zahlreicher Funktionäre der kommunistischen Tudeh-Partei in Iran sowie nach der Ausweisung 18 sowjetischer Diplomaten belastet.

Kohl: Streiks gefährden das Wachstum

Lambsdorff sieht deutsche Position auf dem Weltwirtschaftsgipfel in London belastet

H. HECK/H.-J. MAHNKE, **Bonn**

Bundeskanzler Helmut Kohl hat im Bundestag an Arbeitgeber und Gewerkschaften appelliert, den Weg der Vernunft zu beschreiten und die Tarifauseinandersetzung möglichst rasch durch einen Kompromiß zu beenden. Auch die Frage der Verkürzung der Wochenarbeitszeit sei kein Tabu. „Aber jetzt, in dieser konkreten wirtschaftlichen Lage, muß eine Lösung gefunden werden, die den Aufschwung nicht gefährdet, sondern ihn unterstützt."

Die gestrige Bundestagsdebatte, die offiziell dem heute in London beginnenden Weltwirtschaftsgipfel gelten sollte, entwickelte sich zu einer Auseinandersetzung über den Arbeitskampf und die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik. Oppositionsführer Vogel, der auf eine Regierungserklärung des Kanzlers antwortete, warf Kohl vor, er habe durch Parteinahme für die Arbeitgeber zur Verschärfung des Konflikts beigetragen. Entschieden wandte er sich gegen den Vorwurf des Kanzlers, die SPD habe die Politisierung der Tarifauseinandersetzung gewollt, um damit die Wahlniederlage vom vergangenen Jahr wettzumachen. Vogel: Die Bundesregierung habe aus der Tarifauseinandersetzung eine Machtfrage gemacht. Die Minister Genscher und Lambsdorff sagten das „inzwischen mit geradezu brutaler Offenheit". Sie wollten den Einfluß der Gewerkschaften zurückdrängen.

Kohl hatte zuvor betont, daß die

SEITE 4:
Besorgt über US-Zinsanstieg
SEITE 5:
Bayerns Familienpolitik

Tarifautonomie „unverzichtbarer Bestandteil der sozialen Marktwirtschaft" sei. Aber die Tarifauseinandersetzung gefährde ernsthaft Wachstum und Beschäftigung in den kommenden Jahren.

Wie Kohl bezeichnete auch Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich als „ökonomisch unvertretbar und falsch". Die Arbeitskostenverteuerung sei der falsche Weg, um zu mehr Beschäftigung zu kommen. Ohne reales Wachstum sei Arbeitslosigkeit nicht zu beseitigen. Jedoch seien zusätzliche Maßnahmen erforderlich. Dazu gehöre auch die Arbeitszeitverkürzung in flexibler Form.

Gleichzeitig betonte er, daß die Tarifauseinandersetzungen sich auch auf den Weltwirtschaftsgipfel auswirkten. Ohne diesen Arbeitskampf befände sich die deutsche Delegation in einer besseren Position. So werde sie beispielsweise auf die „Vorerbschaftsfreude" jener Länder stoßen, die aus der verschlechterten Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie resultiere.

Lambsdorff verurteilte das Verhalten von Gewerkschaftern in Bremen, die das Erscheinen eines unliebsamen Zeitungskommentars verhindert hatten. Er sprach wiederum von der „IG Druck und Zensur". Zugleich wandte sich der Minister gegen Vorwürfe von Gewerkschaftsseite gegen sogenannte Streikbrecher: „Welcher Wortwahl sind wir eigentlich längst erlegen?" Streikbrecher seien nichts anderes als Arbeitswillige, die ihren Arbeitsvertrag erfüllen wollten.

DGB hält sich mit Streikaufruf zurück

Breit: Vorerst nur regionale Aktionen / Blüm warnt bayerische Arbeitgeber vor Aussperrung

G. BADING / DW. **Düsseldorf**

Sogenannte „Solidaritätsstreiks" aller 17 Mitgliedsgewerkschaften erwägt der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), falls die Metallarbeitgeber die Abwehraussperrung ausweiten sollten. Der DGB-Vorsitzende Ernst Breit bekräftigte gestern nach einer Sitzung des Bundesausschusses die grundsätzliche Bereitschaft zu einem solchen „bundesweiten Ausstand". Von diesem Entschluß sei die DGB-Führung „um kein Jota abgerückt". Zunächst aber wolle man sich mit solchen Aktionen auf jene Tarifgebiete beschränken, in denen derzeit ausgesperrt werde.

Breit kündigte „voraussichtlich für den 14. Juni" befristete Solidaritätsstreiks in mehreren großen Städten Bayerns und „falls erforderlich" auch in Nordrhein-Westfalen an. Noch bestehe „eine kleine Chance, diesen Arbeitskampf nicht in eine Art Arbeitskrieg entarten zu lassen". Der Gewerkschaftsbund habe den Arbeitgebern angesichts der neuen Verhandlungen im Druckgewerbe und in der Metallindustrie vor der angekündigten Ausweitung der Aussperrung „eine Möglichkeit zur Besinnung einräumen wollen".

Der Bundesausschuß des DGB, höchstes Gremium zwischen den Gewerkschaftstagen, verabschiedete gestern eine Solidaritätserklärung mit den Streikenden und Ausgesperrten. Darin wurde den Arbeitgebern vorgeworfen, sie strebten keine Verhand-

SEITE 8:
Weitere Beiträge

lungen, „sondern ein Tarifdiktat" an. Das Bonner Argument, durch den Arbeitskampf werde der Aufschwung gefährdet, sei „propagandistische Falschmünzerei". Als „dummes Zeug" bezeichnete Breit die Vorwürfe, die Gewerkschaften wollten mit ihrem Arbeitskampf auch die Bundesregierung treffen. Schließlich habe sich der Bundeskanzler schon zu Beginn des Tarifkonflikts ohne Anlaß zugunsten der Arbeitgeber in die Tarifpolitik eingemischt.

Unterdessen wurden gestern die Tarifverhandlungen für die über 600 000 Beschäftigten der Metall-Industrie in Nordwürttemberg/Nordbaden wieder aufgenommen. Der Verhandlungsführer der Arbeitgeber, Hans Peter Stihl, sagte, die Gesprächsmöglichkeiten seien noch nicht ausgeschöpft, die Wege zu einer Lösung lägen aber noch weit auseinander. IG-Metall-Bezirksleiter Ernst Eisenmann betonte, die Verhandlungen träten auf der Stelle, die Diskussion habe „die Tücken von Details" deutlich gemacht.

IG Metall-Vorsitzender Hans Mayr sagte in einem Zeitungsinterview, nach seiner Einschätzung werde der Arbeitskampf noch längere Zeit andauern, „auf jeden Fall über Pfingsten hinaus". Die Tarifvertragsparteien müßten selbst mit dem Konflikt um die Verkürzung der Wochenarbeitszeit fertig werden. Dazu stünden ihnen eigene Instrumente, so die besondere Schlichtung, zur Verfügung.

Angesichts der Fortsetzung der

● **Fortsetzung Seite 8**

Union: Brandts hessischer Probelauf

MANFRED SCHELL, **Bonn**

Die Union geht davon aus, daß das Bündnis zwischen SPD und Grünen in Hessen für den SPD-Vorsitzenden Brandt der „Probelauf" für die Bundestagswahl 1987 sein wird.

Der Aussage des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau, er werde nach der nächsten Landtagswahl kein Übereinkommen mit den Grünen schliessen, wird wenig Glauben geschenkt. So habe auch Holger Börner vor der Landtagswahl in Hessen gesprochen. In dieser Situation hat der CDU-Spitzenkandidat für Nordrhein-Westfalen, Bernhard Worms, das Stichwort Große Koalition in die Diskussion eingeführt. Dies hat Bonn aufhorchen lassen. Hat Worms an Siegeszuversicht verloren? Glaubt er nicht mehr an den Einzug der FDP in den Düsseldorfer Landtag?

Worms hat seine Aussage nicht mit Bundeskanzler Helmut Kohl abgestimmt, mit dem er in die Wahlschlacht ziehen will. Im Bundeskanzleramt ist darüber jedoch keine Verstimmung zu erkennen, vielmehr bemüht man sich um eine Interpretation. Worms habe auf eine spezielle Frage hin deutlich machen wollen, daß es auch in schwierigen Verhältnissen eine Alternative zu einem rot-

SEITE 2:
Ein Stück Weimar

grünen Bündnis in Nordrhein-Westfalen geben werde.

Die CSU hat an Worms nichts auszusetzen. Der Parteivorsitzende Strauß selber hatte große Koalitionen sowohl für Hessen als auch für Nordrhein-Westfalen ins Gespräch gebracht. Der frühere Grundsatz, die Regierungen in Bonn und Düsseldorf müßten politisch übereinstimmen, ist aus der Sicht der Union nicht mehr uneingeschränkt gültig. Gewiß, Adenauer habe seine Macht durch eine starke CDU in Nordrhein-Westfalen abgestützt, aber dies sei heute keine Zwangsläufigkeit mehr.

Eine Koalition der CDU mit der SPD in Düsseldorf würde „kein Modellfall" für den Bund 1987 geben, versichern führende Unionspolitiker. Zu tief seien die politischen Gegensätze. Diese Sätze sind auch an die FDP gerichtet, die sich Sorgen über den Weg der CDU machen könnte. Andererseits aber ist auch die Union darum bemüht, Handlungsspielraum zu erhalten. In diese Linie paßt die Aussage von Worms. Die CDU ist sich nämlich keinesfalls sicher, daß die FDP in Nordrhein-Westfalen die Hürde überspringen wird. Außerdem hat sie mit Überraschung die Aussage der FDP-Politikerin Adam-Schwaetzer registriert, die nach nur zweijähriger Zusammenarbeit mit der CDU in Bonn erklärt hatte, Koalitionen seien nur „Zweckbündnisse auf Zeit".

DER KOMMENTAR

Ratlosigkeit

HEINZ HECK

Der heute in London beginnende Weltwirtschaftsgipfel der großen westlichen Industrienationen bot nur die Kulisse für die gestrige Bundestagsdebatte. In der Hauptsache ging es um den Arbeitskampf, seine Berechtigung und seine Folgen. Das überrascht nicht bei einer seit Wochen andauernden Auseinandersetzung, die gesamtwirtschaftliche Einbußen großen Stils nach sich zieht und so der konjunkturellen Erholung den Elan zu nehmen droht. Wenn, wie der Kanzler in seiner Regierungserklärung hervorhob, ein einwöchiger Stillstand allein der Automobilproduktion und ihrer Zulieferbetriebe zu Steuer- und Beitragsausfällen von rund einer Milliarde Mark führt, vermittelt dies zwar eine Vorstellung, aber noch nicht einmal ein umfassendes Bild von den Wachstumsverlusten.

In der Sache sind Regierung und Opposition nach der Debatte so weit auseinander wie zuvor. SPD-Oppositionsführer Vogel konnte ebensowenig wie seine Mitstreiter aus der bis zum Wahlkampf zurückreichenden Festlegung heraus, daß die Erfüllung der Gewerkschaftsforderung positive Beschäftigungseffekte habe – eine Vorstellung, die selbst von Gewerkschaftsmitgliedern angezweifelt wird.

Es überrascht zwar nicht, ist aber dennoch beunruhigend, wenn ein nationales Ereignis so sehr die politischen Köpfe beschäftigt, daß die Erörterung der zentralen weltwirtschaftlichen Fragen, die in London auf der Tagesordnung stehen, in den Hintergrund tritt. Ein Land, das wie kaum ein anderes in die Weltwirtschaft eingebunden ist, sollte den Blick über den Tellerrand pflegen.

Dabei ist auch speziell an unsere Verantwortung in der EG zu denken. Es ist kein Ausdruck von Überheblichkeit, wenn der Kanzler vom „entscheidenden" Einfluß der Bundesrepublik für die künftige Rolle der Gemeinschaft in der Welt spricht. Doch ungeachtet aller internationalen Bedrohungen durch Schuldenkrise und Nahostkonflikt spielen wir ungerührt Tarifstreit – so, als gäbe es nichts Wichtigeres zu tun.

Pretoria beharrt auf dem Abzug der Kubaner

m. n. **Bonn**

Südafrika hat sich bereit erklärt, innerhalb von 60 Tagen seine Kontrolle über Namibia aufzugeben, falls westliche Staaten die Verwaltung im ehemaligen Deutsch-Südwest übernähmen. Diesen Vorschlag machte der südafrikanische Ministerpräsident Pieter Willem Botha in Bonn und in London.

In die Unabhängigkeit Namibias auf der Grundlage der UNO-Resolution 435 will Südafrika erst dann einwilligen, wenn die kubanischen Truppen aus Angola abgezogen werden.

Außenminster Roelof Botha sagte in einem Interview der WELT, Südafrika würde nicht in Namibia intervenieren, wenn eine Swapo-Regierung nach der Unabhängigkeit die Kubaner ins Land riefe. „Wir bestehen darauf, daß sie aus Afrika verschwinden", sagte er, „aber wir würden eine freie Entscheidung in Windhuk respektieren, auch wenn sie für uns schmerzlich ist."

Südafrikas Außenminister tritt nach eigener Darstellung auf der Europa-Reise als Bittsteller für schwarzafrikanische Nachbarn auf, die nach der Dürre und Bürgerkriegen dringend Hilfe benötigten.

Die Kritik der Bundesregierung an der Apartheid in Südafrika wird „ernstgenommen", versicherte Roelof Botha. Mangelnde Sachkenntnis warf er Oppositionsführer Hans Jochen Vogel vor, dessen Vorwürfe er in ungewöhnlich scharfer Weise zurückwies.

Seite 2: Der Stehempfang
Seite 2: Die Freundeshand
Seite 5: WELT-Interview
Seite 5: „Inoffizieller" Besuch

Beschwörender Appell Reagans an Sowjetunion

DW. **Pointe du Hoc**

Der amerikanische Präsident Ronald Reagan hat gestern die Sowjetunion aufgefordert, mit den Vereinigten Staaten bei der Minderung der Kriegsgefahren zusammenzuwirken. Gleichzeitig setzte er sich für die Abschaffung der Kernwaffen ein. In einer Rede aus Anlaß des 40. Jahrestages der Landung alliierter Truppen in der Normandie sagte Reagan in Pointe du Hoc: „In der Tat gibt es keine Versöhnung, die wir mehr begrüßen würden, als eine Versöhnung mit der Sowjetunion, damit wir zusammen die Gefahren des Krieges für immer mindern können." In Erinnerung an die 20 Millionen sowjetischen Kriegstoten appellierte der Präsident an die Kreml-Führer, ihren „Eroberungsdrang" aufzugeben.

Der Roten Armee warf er vor, sich nach Herstellung des Friedens nicht aus Mitteleuropa zurückgezogen zu haben. Mit Blick auf die Zeit des Kalten Krieges in den 50er Jahren sprach der Präsident von seiner „großen Trauer", daß große Teile Europas unter den Einfluß Moskaus geraten seien. „Die sowjetischen Truppen, die bis zur Mitte des Kontinents vorgestoßen waren, haben sich nicht zurückgezogen, als der Friede kam. Sie sind fast 40 Jahre nach dem Krieg noch immer hier, uneingeladen, unerwünscht, unbeweglich." Aus diesem Grunde seien auch amerikanische Streitkräfte nach wie vor auf dem Kontinent stationiert. Heute wie vor 40 Jahren befänden sie sich nur „zum Schutz und zur Verteidigung der Demokratie" in Westeuropa.

Seite 3: D-Day

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Zündstoffe

Von Herbert Kremp

Die westlichen Regierungschefs werden den Wirtschaftsgipfel in London dazu nutzen, die besorgniserregende Situation in der Golfregion zu erörtern. Der irakisch-iranische Krieg weitet sich aus. Saudi-Arabien, das mit Kuwait, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Bahrein, Qatar und Oman in einem Verteidigungspakt verbunden ist, setzt mit amerikanischer Unterstützung seine Luftwaffe ein, um iranischen Angriffen gegen den Tankerverkehr entgegenzutreten.

Iran, aber auch Irak sind an der Ausweitung des Konfliktes interessiert – aus unterschiedlichen Gründen. Während die Ayatollahs die westlich orientierten Monarchien auf der Arabischen Halbinsel revolutionär treffen wollen, mit ihnen den Westen insgesamt, rechnet sich Saddam Hussein aus, daß die Expansion des Krieges den Strom der Hilfe für sein überstrapaziertes Land verbreitern könnte.

Nach klassischer Vorstellung sind in der Golfregion alle Zündstoffe für den Ausbruch eines großen Kriegsbrandes vereint: geopolitische Interessen der Weltmächte, strategischer Rohstoff, politisch-religiöser Fanatismus und ein Raum mit weiten Grenzen, der militärische Aktionen aller Gattungen (zunächst) unter der Atomschwelle zuläßt. Diese Kombination veranlaßt die USA, die eine Garantie für die Freiheit des Seeweges abgegeben haben, den Mitteleinsatz scharf zu kalkulieren.

Das gefährlichste Glied in der schwarzen Kette ist aber gerade die Unkalkulierbarkeit der kriegführenden Länder, besonders Irans. Weltpolitische Umsicht (oder gar „Sensibilität“, um ein Modewort zu gebrauchen) ist dort unbekannt. Die schiitische Sonderart setzt auf Sieg um jeden Preis. Leben und Tod stehen, wie die Schlachtfelder ausweisen, unter einer anderen geistigen Bedeutung als in unserer Traditionszone.

Für die Europäer bringt die Abneigung gegen diesen Kriegsbegriff keine Entlastung. Da schlagen nicht „hinten in der Türkei“ die Völker aufeinander. Der Golf ist nah, die Spannung ist nicht teilbar.

In der Kürze...

Von Carl Gustaf Ströhm

Wenn ein Staatsoberhaupt einen Besuch bei einem anderen Staatsoberhaupt macht, gibt es für gewöhnlich ein mehr oder minder ausgedehntes Besuchs- und Besichtigungsprogramm. Der Gastgeber stellt dem Besucher ein Schloß oder ein Gästehaus zur Verfügung, Hände von Arbeitern und Bürgern werden geschüttelt sowie Fähnchen geschwenkt.

Nichts von alledem spielte sich beim Arbeitsbesuch ab, den der rumänische Staats- und Parteichef Nicolae Ceausescu wenige Tage vor dem Comecon-Gipfel seinem sowjetischen „Amtskollegen“ Tschernenko abstattete. Es war, soweit man sich erinnern kann, die wohl kürzeste Visite, die je ein Staatschef einem anderen Staatschef abstattete. Nicht einmal zu einer einzigen Übernachtung im fernen Moskau war der Rumäne bereit. So schnell wie er gekommen war, setzte er sich nach Absolvierung der Gespräche und nach den üblichen Bankettreden noch am gleichen Tag in sein Flugzeug und brauste davon.

In dieser Kürze liegt die Würze der sowjetisch-rumänischen Beziehungen. Es gab kein gemeinsames Kommuniqué, sondern nur zwei miteinander nicht im Wortlaut übereinstimmende Versionen von Tass und der rumänischen Nachrichtenagentur Agerpress. Zwar erhielt Ceausescu schnell einen sowjetischen Orden (zu seinem 65. Geburtstag), und auch von langfristiger wirtschaftlicher Zusammenarbeit war die Rede. Aber hinter verschlossenen Türen muß es zwischen Gast und Gastgeber ziemlich heiß hergegangen sein.

Es ist oft darüber gerätselt worden, wie es Ceausescu anstellt, sich dem Moskauer Druck irgendwie immer wieder zu entziehen. Der Rumäne geht stets nur bis zu einem bestimmten Punkt; er läßt sich nicht „fassen“. Rumänien als Sonderfall? Gewiß, die Bukarester Entwicklung unterscheidet sich von Polen, Ungarn, der „DDR“ und Bulgarien. Aber sie ist doch auch ein Symptom dafür, daß sich Moskau einem zunehmenden Emanzipationsdruck seiner Vasallen und sogenannten „Satelliten“ gegenübersieht. Das ist ein *historischer* Prozeß, den man oftmals weder sehen noch greifen kann, den man aber trotzdem erkennen und begreifen sollte.

Der Stehempfang

Von Horst Stein

„Der Bundeskanzler“, so wußte die Deutsche Presse-Agentur zu berichten, „empfing seinen Gast mit einem Händedruck im Erdgeschoß. Ein Sprecher wies auf diese Begrüßung grundsätzlicher Höflichkeit ausdrücklich hin, da Kohl später vor den Fotografen die Geste nicht mehr wiederholte.“ Und: „Damit auch Botha und sein gleichnamiger Außenminister . . . merkten, daß sie nicht zu den befreundeten Besuchern gehören, wurden aus dem Heckel-Zimmer vor den Augen der Fotografen die beiden Besuchersofas hinausgetragen.“

Was sich da liest, wie Regieanmerkungen zu einem Ohnsorg-Schwank, ist blankeste Bonner Wirklichkeit. Der Mann, dem man nicht die Einreise verweigern konnte, sollte wenigstens wissen,daß auch bürgerliche Regierungen - wenn es ans Entrüsten geht - lernfähig sind.

Man kennt das ja von einigen Bundespräsidenten: Heinrich Lübke ließ sich in den 60er Jahren den Arm eingipsen, weil er dem togolesischen Staatschef Ayadema nicht die Hand reichen wollte. Sein Nachfolger Heinemann zog eine Ohroperation vor, um eine Begegnung mit dem Schah zu vermeiden.

Moral - oder Scheinmoral? - in der Politik, ein deutsches Trauma, das die Briten nie heimgesucht hat. Sie orientieren sich, wo es ums Vaterland geht, an nichts sonst denn am dessen vitalen Interessen. Ein Viertel all unserer Fabriken müßte, zum Exempel, schließen, wenn Südafrika den Manganexport nur um 30 Prozent drosseln wollte.

Doch davon ganz abgesehen: Selbst wenn wir Gründe haben, die Entfaltung der Menschenrechte im Süden Afrikas anzumahnen, wer wollte leugnen, daß Premier Botha schon eine ganze Menge auf den Weg gebracht hat. Die Amerikaner jedenfalls haben ihm das ausdrücklich bescheinigt.

Mißgriffe wie die Affäre um den nord-südlichen Diwan im Kanzleramt drohen immer wieder, wenn man eine Politik des Weder-Noch einreißen läßt. Weil das Bonner Außenamt, bis unter das Dach mit Abneigung gegen Südafrika angefüllt, den Frost protokollarisch genau dosieren wollte, ließ es anhand von Fotos eruieren, wie Maggie Thatcher den Südafrikaner empfangen hat. Eisig , befanden die Bildexperten - und irrten sich.

Denn Frau Thatcher fand ebenfalls, daß Botha keine so üble Politik mache. Aber die ist ja bekanntlich auch eisern.



Wer bläst da wem den Marsch? ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Ein Stück Weimar

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Helmut Kohl ist ein verspäteter Bundeskanzler, und diese wenig beachtete Tatsache zeitigt Folgen. Verspätet aus diesem Grunde: Bei der Bundestagswahl 1976 erzielte Kohl das nach Konrad Adenauers absoluter Mehrheit vom Jahr 1957 zweitbeste Ergebnis der Union. Ihm fehlten 300 000 Wählerstimmen zur Regierungsmacht. Die innenpolitische Konstellation drängte auf eine Wachablösung in Bonn. Im Jahr 1974 war die Kanzlerschaft von Willy Brandt auf Helmut Schmidt übergegangen. Dem missionarisch-progressiven Kanzlerstil war der konservativ-pragmatische gefolgt, und es begann sich schon damals zu zeigen, daß Schmidt Kanzler der falschen Partei war.

Wie sähe heute die innenpolitische Landschaft aus, wenn Kohl schon 1976 Kanzler geworden wäre? Als Wichtigstes: Der Regierungswechsel wäre nicht durch das Wendemanöver der kleinen FDP zustande gekommen, sondern durch den ausdrücklichen Willen der Wähler. Die FDP wäre noch eine unbeschädigte Partei. Die SPD hätte in der Opposition das Auffangbecken der vielschichtigen „neuen sozialen Bewegung“ abgegeben. Die Grünen, im wesentlichen *die Abspaltung eines Wählerblocks* von der SPD, hätten kaum eine Chance zu ihrer Etablierung als Partei gehabt, es wäre nicht zur grün-alternativen Vermengung eher „bürgerlicher“ Oppositionsgruppen mit den „Fundamentalisten“ der K- und Z-Gruppen gekommen. Helmut Schmidt hätte 1977 nicht, jedenfalls nicht mehr als deutscher Bundeskanzler, den Anstoß zur Nachrüstungsdebatte gegeben, er wäre nicht in der eskalierenden Weise in Gegensatz zu der Mehrheit seiner eigenen Partei geraten. Die „Friedensbewegung“ wäre von der SPD dominiert worden.

Statt dessen: Es bedurfte nur des töricht angelegten Projekts einer Steuersünder-Amnestie für ehrbare Parteispender, um zu enthüllen, daß die FDP nach ihrem verdienstvollen Wende-Kraftakt eine durch und durch sieche Partei ist. Nach dem „Machtwechsel“ 1969 mit den nahezu tödlichen Auswirkungen auf die FDP, die dann neues Leben in einer gemütvollen Ideologie sozial-liberaler Progressivität, einem weltanschaulich überhöhten Stadtrand-Lebensgefühl suchte, ging *1982 die Tat der* Rückkehr zu den 1969 aufgegebenen Ufern schier über die Kraft der Freien Demokraten. Die FDP kann sich nicht dazu durchringen, ihre staatspolitische Aufgabe in der Konzentration auf eine konsequente Politik der sozialen Marktwirtschaft zu erkennen, sondern sucht ihr Heil in einer Kombination von Wirtschaftspolitik mit radikaldemokratischer Spezialgruppen-Politik. Mit der links-progressiven Attitüde vergrault sie ihre wirtschaftspolitisch orientierten Stammwähler. Ihre Bonner Führungsequipe ist – sieht man vom Grafen Lambsdorff ab, der jedoch unter anderweitiger Mißhelligkeit leidet – verbraucht.

Weiter: Im „Widerstand“ gegen die Schmidt-SPD haben sich die Grün/Alternativen als Partei eingerichtet. In Hessen vollzieht sich soeben der Vorgang, wie die Grün/Alternativen den herkömmlichen Platz der FDP als Mehrheitsbeschaffer – hier der SPD – einnehmen. Damit verändert sich das Parteiengefüge der Bundesrepublik Deutschland grundlegend. Bis zum Beweis des Gegenteils regiert die außerparlamentarische *Opposition* über ihr parlamentarisches Vollzugskommando in Wiesbaden mit.

Das Bedenklichste ist jedoch: Börner hat als Folge dieses Parteienumbruchs eine viel zu lange Zeit ohne Parlamentsmehrheit regiert. Als Notverordnungs-Regierungschef verkörpert er ein anachronistisches Stück „Weimar“; er wird es auch noch nach seiner parlamentarischen Wahl zum Ministerpräsidenten verkörpern, weil die Grünen ihm jederzeit und wegen jedes nichtigen Anlasses die Mehrheit entziehen können. Solcher Erpressungsgefahr kann er am ehesten entrinnen, wenn er Grüne als Minister in sein Kabinett aufnimmt. Nach seinem Lug und Trug an den Wählern ist ihm auch das zuzutrauen.



Rot und Grün im Hessenland: Holger Börner und Roland Kern FOTO: DPA

In der Sicht Willy Brandts tut Börner wohl nichts anderes, als jenen Wählerblock zurückzugewinnen, der sich unter dem Rubrum „Grüne“ aus Gegnerschaft zu dem sozialdemokratischen Kanzler Schmidt von der SPD abgespalten hat. Brandt mag auch hoffen, daß die Beteiligung an der Regierungsmacht die eher „bürgerlichen“ Grünen in das Parteiensystem integrieren und so die extremistischen „Fundamentalisten“ der K- und Z-Gruppen als außerparlamentarische Opposition isolieren werde. Das ist ein weites Feld. Weitaus weniger Phantasie bedarf es, um herauszufinden, daß Börner die SPD mit seinem rot-grünen Bündnis einer Zerreißprobe aussetzt, deren Ausgang auch Brandt nicht kalkulieren kann.

Die Grünen haben sich als politische Bewegung des nachindustriellen Zeitalters formiert. Indessen identifiziert sich die SPD ohne Wenn und Aber mit den Streik-Gewerkschaften, die als Bremser der dritten industriellen Revolution erbittert um Besitzstände aus der zweiten industriellen Revolution kämpfen. Der verstorbene Staatsrechtler Ernst Forsthoff hat 1971 vorausgesagt, *daß* es zu schwersten Auseinandersetzungen kommen werde, wenn der soziale Kern der bisherigen Industriegesellschaft, Vollbeschäftigung und steigendes Sozialprodukt, angegriffen werde. Die Streik-Gewerkschaften haben schon zur schwersten Waffe gegriffen. Nach dem Ende der Tarifkämpfe werden sie erkennen, *daß nicht* – wie sie jetzt wähnen – die Regierung Kohl den sozialen Kern der Industriegesellschaft angreift, sondern daß der *Feind die postindustriellen* Grünen sind – jene Grünen, mit denen Börner das Modell Brandts für Bonn exerziert. Wie will die SPD das aushalten?

Das sind die Folgen einer verspäteten Kanzlerschaft. Kohl wird nichts anderes übrig bleiben, als 1987 entschlossen nach der Trophäe zu grei*fen, die* er *1976 um nur 300 000 Wäh*lerstimmen verfehlte: die absolute Mehrheit.

IM GESPRÄCH K. H. Neukamm

Manager der Nächstenliebe

Von Henk Ohnesorge

Der neue Präsident steht an der Spitze eines Unternehmens, das 243 000 Mitarbeiter zählt – mehr als der größte industrielle Arbeitgeber der Bundesrepublik, Siemens (212 000 Arbeiter und Angestellte). Allein die Lohnsumme beträgt jährlich etwa 6,5 Milliarden Mark. Nur die Staatsbetriebe Bundesbahn und Bundespost sind noch größer. Aber das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), dem Karl Heinz Neukamm seit kurzem vorsteht, ist mit keinem Erwerbsbetrieb oder Staatsmonopol vergleichbar, so wenig wie der Mann an seiner Spitze mit einem *herkömmlichen Manager.*

Dem dunkelhaarigen Franken, der die Verbindlichkeit seines Volksstammes mit *Zähigkeit* zum Erreichen eines gesetzten Ziels verbindet, ist die Materie Diakonie vertraut. Der Theologe vom Jahrgang 1929, in Pegnitz geboren und in Bayreuth zur Schule gegangen, wurde nach Studium und verschiedenen Vikar- und Pfarrstellen Vorstandsvorsitzender der Rummelsberger Anstalten und Rektor der Brüderschaft Rummelsberger Diakone. Die nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Anstalten bei Nürnberg, die Neukamm 16 Jahre lang leitete, sind mit 2700 Mitarbeitern und Heimen und Spezialkliniken für Jugendliche, geistig und körperlich Behinderte, Pflegebedürftige, Al*te und Kranke die größte Einrichtung* dieser Art des bayerischen Protestantismus. Zu den Anstalten gehört die Ausbildung von Diakonen – derzeit hat die Brüderschaft 950 Mitglieder –, die zumeist im Bereich der bayerischen Kirche als Pfleger, Erzieher oder in Kirchengemeinden arbeiten.

Nachdem erst deutlich wurde, wie belastbar der stämmige Franke ist, wurden immer mehr Lasten auf seine Schultern gepackt: Vizepräsident der bayerischen Landessynode, Präsident des Diakonischen Werks in Bayern, stellvertretender Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und Mitglied des



Helfer der Schwächsten: Karl Heinz Neukamm FOTO: DIE WELT

Bischofswahlausschusses der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELK).

Der Vater von sieben Kindern, im kirchlichen Spektrum *eher dem* rechten Flügel zuzuordnen („Wir können so lange ja zum Staat sagen, als die in das öffentliche Amt Gewählten ihrer von Gott gesetzten Verantwortung nachkommen“), muß jetzt in noch stärkerem *Maße* als bisher Führungsqualitäten *mit* Geschick verbinden: Im 1957 durch Zusammenschluß von Innerer Mission und „Hilfswerk der Evangelischen Kirche in Deutschland“ entstandenen Diakonischen Werk sind die EKD, die einzelnen Landeskirchen und Freikirchen, etwa hundert Fachverbände und andere diakonische Einrichtungen zusammengeschlossen. In der Trägerschaft *des Diakonischen Werks sind unter* anderem 268 Krankenhäuser, mehr als 1250 Heime, 1339 Wohneinrichtungen für alte Menschen und vieles andere mehr.

So verbindlich Neukamm in allem ist, so unmißverständlich äußert sich der Seelsorger, geht es um die Schwächsten der Schwachen, denn alle Zustimmung zum Staat finde „dort eine Grenze, wo Menschen nicht mehr zu ihrem Recht auf Leben kommen“.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

LIBERATION

Die Pariser Zeitung schreibt zu den Invasions-Gedenkfeiern:

Nur die Sieger sind beim Fest. Das ist Europa zu null Grad. In dieser Hinsicht erhält das Fehlen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen von 1984 einen symbolischen Wert. Man könnte glauben, daß der Nazismus in ganz Europa außer in *Deutschland besiegt worden ist.* Man könnte damit den Deutschen bedeuten, daß sie noch immer Ziel eines weltweiten Mißtrauens sind, noch im*mer unter einer ständigen Quarantä*ne. Die Anwesenheit deutscher Vertreter wäre notwendig, um den Gedenkfeiern eine europäische Größe zu geben. Ohne sie ist diese europäische Größe überschattet. Wie soll *man* unter diesen Bedingungen den Deutschen und allen europäischen Völkern Vertrauen in den Aufbau einer gemeinsamen Politik geben. Wie soll man elf Tage vor den Europawahlen an Europa glauben und glauben machen, wenn man Europa von sei*ner Geschichte abschneidet*, die *mit* der Landung am 6. Juni 1944 begonnen hat . . . Diese Entscheidung macht die Wahl vom kommenden 17. Juni lächerlich.

THE TIMES

Der amerikanische Präsident ist in dieser Woche in unserer Mitte. Aber die amerikanische Präsenz ist in jeder Woche in unserer Mitte, auf Bühne und Leinwand, in der *Literatur*, in den Akzenten, die die Zeitungen eher bei amerikanischen Ereignissen als bei europäischen setzen, im Austausch der Studenten, in unseren und ihren Universitäten, im gewaltigen Touristenverkehr über den Nordatlantik, in der Tatsache, daß Großbritannien, die Vereinigten Staaten, Australien, Neuseeland und Kanada die einzigen *fünf Länder der Welt sind,* die auf die letzten 50 Jahre ihrer Geschichte zurücksehen können, ohne Invasionen, Diktaturen oder andere Abirrungen von den Standards liberaler Demokratie verzeichnen zu müssen. Diese Standards sind allein von diesen fünf Völkern der englisch-sprechenden Welt aufrecht er*halten worden.*



NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

Zum Aussperrungsurteil im Tarifstreit der Metallindustrie heißt es hier:

Wer – wie die Gewerkschaft – vor Gericht unterliegt, fühlt sich häufig betrogen. So nimmt es nicht wunder, daß die IG Metall von einem rechtswidrigen Akt spricht und die Entscheidung genauso verteufelt wie den Nürnberger Beschluß, für indirekte Streikopfer kein Kurzarbeitergeld zu zahlen. Die Funktionäre haben jedoch keinen Grund zur Empörung. Ihnen ist kein Unrecht widerfahren. Sie kannten die Rechtssprechung des Bundesarbeitsgerichts und haben es sich selber zuzuschreiben, daß ihre Taktik gegen die Unternehmer, mit minimalem Aufwand eine maximale Wirkung zu erzielen, *eine Fehlkalkulation* war. Nunmehr zählen alle Risiken. Der Preis klettert mit jedem Kampftag . . . Wer darin einen konservativen Frontalangriff auf die Gewerkschaften sieht, ignoriert . . . die Elemente, die die Tarifautonomie erst funktionsfähig machen.

Ein Südafrikaner reichte als erster die Freundeshand

Anmerkungen zum Besuch des Premierministers Botha in Bonn und Berlin / Von Günter Poser

Im Anschluß an seine Bonner Visite hatte sich der Premierminister der Republik Südafrika, P. W. Botha, für den gestrigen 6. Juni auch in Berlin angesagt an einem Tage, an dem fast genau vor einhundert Jahren der Staatspräsident der Südafrikanischen Republik, Paul Krüger, bei der Grundsteinlegung des Reichtagsgebäudes ein gern gesehener Gast war. In Bothas Programm stand, unter anderem, eine Kranzniederlegung am Luftbrückendenkmal, womit er auch die südafrikanischen Flieger ehren wollte, die an der Luftbrücke aktiv beteiligt waren.

Aus den Notjahren der Nachkriegszeit verdient ferner Erwähnung, daß die Südafrikaner als erste *in großem Umfang* Lebensmittel-Pakete schickten und die beschlagnahmten Vermögen voll zurückgegeben haben. Ihr Premierminister Malan war der erste Regierungschef, der nach Berlin kam und unserem gedemütigten Volk Freundschaft anbot. Er kehrte mit einer adoptierten Kriegswaise nach Afrika zurück.

Südafrika ist ein deutschfreundliches Land geblieben und zwar trotz der überwiegend einseitigen *Horror-Berichterstattung mancher* Medien, die, westeuropäische Maßstäbe anlegend, nur die negativen Seiten des Gesellschaftssystems in diesem Vielvölkerstaat darstellen – und dies in einer Weise, wie etwa den Völkern des Ostblocks die Zustände in der Bundesrepublik dargeboten werden.

Südafrika ist kein westliches sondern ein afrikanisches Land. Es hat sich aber im Unterschied zu den meisten Staaten Afrikas seine Westorientierung und echte Blockfreiheit erhalten, und es ist zugleich einen eigenen Weg gegangen. Dabei hat es auch Isolation und Verfemung in Kauf genommen.

Der Besuch des Afrikaners Botha hätte Bonn nun die Gelegenheit geboten, auch im Interesse deutscher Sicherheit, das bisher so verkrampfte zwischenstaatliche Verhältnis aufzulockern und wie die USA, auf den realpolitischen Weg des „konstruktiven Engagements“ einzuschwenken. Deut*schen Entspannungspolitikern* hätte dies eigentlich nicht schwer fallen dürfen, da Botha immerhin der einzige Politiker der Welt ist, dem *es in seiner Region bisher gelungen* ist, durch unbeirrten politischen Willen, militärische Stärke, afrikanisches Einfühlungsvermögen und diplomatische Verhandlungen „Entspannung“ herbeizuführen und zwar gegenläufig zum Hochspannungstrend in der übrigen Welt und zur katastrophalen wirtschaftlichen und sozialen Krise in ganz Afrika.

Im südlichen Afrika hat Botha gemeinsam mit den USA und Sambias Präsident Kaunda die in Not geratenen nachbarlichen „Frontstaaten“ zu der Einsicht gebracht, sich lieber afrikanisch zu verständigen und einen Weg friedlichen Zusammenlebens mit dem großen Nachbarn zu suchen, von dessen Gedeihen die eigenen Volkswirtschaften in vieler Hinsicht abhängig sind.

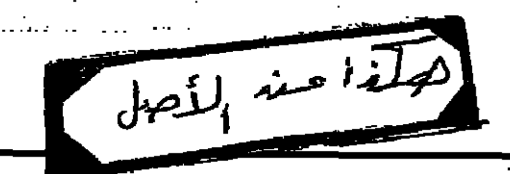
In nur sechs Jahren Regierungszeit hat Botha zugleich in seinem Lande einen tiefgreifenden Wandel der Sozialstruktur eingeleitet und *bisher unter Kontrolle halten können.* Es zeichnen sich zwar „Lösungen“ der vielschichtigen ethnischen und sozialen Probleme ge*mäß den Postulaten europäischer* Fortschritts-Missionare nicht ab, aber es wird klar, daß es sich um einen Reformweg afrikanischen Stils für alle Volksgruppen handelt, der auch wachsende Zustimmung findet.

Botha, der im Falle der Einführung der Präsidialverfassung bald ein Mann mit großer Entscheidungsverantwortung werden würde, hatte von seinem Besuch in Bonn eine Verbesserung der bisher miserablen Beziehungen auf Regierungsebene erwartet. Er kam sicher nicht als Bittsteller. Sein Land ernährt und versorgt seine Menschen selbst und unternimmt trotz Dürrefolgen und der schwierigen Weltwirtschaftslage zunehmende Anstrengungen, alle Volksgruppen ihrer eigenen Identität entsprechend weiterzuentwickeln.

Ein *ernstes* Problem freilich ist die Unabhängigkeit von Südwestafrika/Namibia, obwohl Bonn in den letzten Jahren die dortigen Deutschstämmigen *ohne* jede engagierte Betreuung gelassen hat und gern auf den Tag vertröstete, der einmal kommen und an dem *man im richtigen Boot* sitzen müsse. Südafrika wird – und kann –, davon sollte man ausgehen, dieses weite, bevölkerungsmäßig aber arme, zersplitterte und selbst nicht wehrfähige Land nicht in die Unabhängigkeit entlassen, solange Angola unter sowjetischer Kontrolle steht. Seltene Mineralienvorkommen im Norden lassen auch im westlichen Interesse von raschen Schritten abraten, die zur „Befreiung“ des Landes führen könnten.

Botha verdient trotz vieler und für unser Bürgerrechtsverständnis unakzeptabler menschlicher Härten seiner Regierung Respekt als Realpolitiker, der den staatsmännischen Mut hat, sein Land auf evolutionärem und daher langsamem Wege einer Afrika gemäßen Gesellschaftsform zuzuführen, wobei er *übrigens bisher viel erfolgreicher* war als sonst wer in Afrika.

Günter Poser, Konteradmiral a.D. ist durch zahlreiche Veröffentlichungen als Kenner des südlichen Afrika ausgewiesen.



Erinnerung, Mahnung und Versöhnung: Die West-Alliierten gedachten der Invasion vor 40 Jahren

„Der Feind von einst" ersetzte das Wort „Deutscher"

Von THOMAS KIELINGER

Vom Fernsehen nicht erfaßt, steuerte am gestrigen Tag, durch die *sonnenumspielte* Wärme dieses Juni-Morgen, gegen 10.45 Uhr eine Kolonne von Autobussen vom Flughafen Cherbourg in Richtung der Landungsstrände der Normandie. Übernächtigt starren die Mitglieder der Pressebegleitung Präsident Reagans in die normannische Landschaft. Die Fahrt durch das apfelblühende Calvados-Land, in den Orten Flaggen und befreit winkende Menschen. Namen, die sich ohne Gegenwehr dem Rückblick auf 1944 ergeben: Valognes, Sainte-Mère-Eglise, Carentan, Isigny-sur-Mer, St.-Laurent und Colleville-sur-Mer, dann Omaha Beach. Vermählung der europäischen und amerikanischen Geschichte.

Landungen hatten wir seit einer Woche pausenlos erlebt – in Galway, an der irischen Westküste, in Ballyporeen und in Dublin, in London schließlich, jetzt in der Normandie. Die Emulsion auf dem Zelluloid der Wahrnehmung muß dies alles verkraften, als hinge von jedem von uns wie von einem Dokumentationszentrum die Fahndungsgenauigkeit zukünftiger Historikergenerationen ab. Ich muß bewundern, wie genau meine amerikanischen Kollegen im Registrieren *sind – und wie vielfach in* Nöten, wenn sich die Frage nach dem Sinnzusammenhang stellt.

Doch vor dieser Frage stand gestern ein noch Millionen zählendes Fernsehpublikum in aller Welt, das die Bilder von Stränden der Normandie vor sich abrollen sah wie den längsten Tag einer unbegreiflichen Geschichte. Den Ablauf hatte man kommen sehen, er war hundertfach beschrieben und abgelichtet. Generalstabsmäßige Belichtung einer 40 Jahrfeier, deren Akkuratesse die Abläufe der tatsächlichen Landung, damals vor 40 Jahren, bei weitem noch übertraf. Die Feiern des Friedens haben etwas von musealer Ordnung, Ordentlichkeit. Von ihr aus den Sprung in das Ungeheure, die Situation der historischen Tat, zu machen, will kaum gelingen.

Die deutlichste aber wortlose Sprache sprechen die Gräber. Die schimmernden weißen Marmorkreuze und Davidssterne auf dem amerikanischen Soldatenfriedhof auf den Klippen von Omaha Beach, oder die zeitgeschwärzten Platten in der deutschen Gedenkstätte nicht weit davon, in La Cambe – zwei Pole der gleichen Geschichte. Sag mir, wo die Blumen sind.

Amerikanische Veteranen-Verbände haben festgestellt, daß das Interesse der jungen Generation an den Großtaten der Älteren abzunehmen beginnt. Dem entspricht die Konzentration der begleitenden US-Presse auf die Umstände der Wiederwahl-Kampagne Ronald Reagans. An dieser Europa-Reise ist alles Wahlkampf, so heißt es: Irland, Normandie, der Wirtschaftsgipfel in London. Man macht gerade noch Halt vor der Behauptung, der Präsident habe es fertiggebracht, den 40. Jahrestag der alliierten Landung in das Jahr des amerikanischen Wahlkampfes zu verlegen.



Präsident Ronald Reagan und seine Frau Nancy in einem deutschen Wehrmachts-Bunker am Pointe du Hoc: Vor *40 Jahren stürmten hier amerikanische Ranger unter schweren Verlusten die Steilküste.* FOTO: UPI

Zu Hilfe kommt diese Interpretation dem medienbewußten Planungsstab des Weißen Hauses, der einen diplomatischen Eklat mit Paris riskierte, um den Beginn der Feiern an den Stränden der Normandie zwei Stunden vorverlegen zu lassen – von 16.00 Uhr, wie es Präsident Mitterrand geplant hatte, auf 14.05 Uhr, wie es der amerikanische Fernseh-Alltag diktiert, der zu dieser Zeit – 8.05 Uhr morgens in den USA – die beste Frühheinschaltquote garantiert.

Und mehr als das. Am 6. Juni zu dieser *Uhrzeit* live in die Stuben zu Hause einzutreten, raubt jener Geschichte den Auftritt, die eigentlich der amerikanischen Innenpolitik gemäß hätte oben anstehen müssen: Die Analyse der letzten großen Vorwahl, die das *Rennen zwischen den* beiden Kandidaten Mondale und Hart vielleicht entscheiden würde. Jetzt dominiert der Präsident und das Bilderbuch aus Übersee.

Der Franzose ließ dem Amerikaner den Vortritt

Präsident Mitterrand, ganz der Herr, hat sich durch diese Pressionen hinter den Kulissen nicht aus der Ruhe bringen lassen. Er hätte zwar, als Gast und „Eigentümer" dieses Stükkes nationalen Bodens, die Feierlichkeiten gerne eröffnet – aber was tut es wirklich zur Sache, wenn man dem amerikanischen *Gast* den Vortritt läßt, noch dazu an einem Mahnmal wie Pointe du Hoc, der Steilklippe, an der über hundert amerikanische Rangers ihr Leben ließen bei dem Versuch, eine deutsche vorgeschobene Geschützstellung auszuschalten?

Die Zeit heilt selbst die Wunden, die zwischen Frankreich und den übrigen Alliierten bestanden. Noch 1964 blockierte Charles de Gaulle die Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag von D-Day, eingedenk der Mißachtung, die er von den Angelsachsen im Kriege glaubte erlitten zu haben. De Gaulle vergaß nie, daß die Amerikaner und Briten ihn über die Planungen zur Landung auf französischer Erde im Dunkeln gelassen und in der ersten Angriffswelle die Teilnahme von Soldaten von „France Libre" ausgeschlossen hatten. Aber auch dieses Kapitel wurde jetzt geschlossen, als die Königinmutter am 5. Juni im Westend Londons am alten Sitz von De Gaulles Exilhauptquartier eine Gedächtnisplakette enthüllte, die der Ehre von „France Libre" und dem Wirken General de Gaulles alle Reverenz zurückgibt.

Ein Kapitel, das sich schließt, Wunden die heilen – war der gestrige Festakt, mit Teilnahme der Sieger und Teilnahme der Staatsoberhäupter ehemals okkupierter Nationen wie Norwegen, Belgien und Holland, war dies der Schlußpunkt, das letzte gültige Wort über „Operation Overlord", das gigantischste Landeunternehmen der Kriegsgeschichte? Aber wie kann dies ohne Erwähnung des deutschen Namens sein? Wer genau hinhörte auf die vielen Festworte und tapferen Reden des gestrigen Tages, der mußte feststellen, daß das Wort „deutsch" in der überwiegenden Zahl der Fälle ausgespart blieb. Man sprach vom „Feind von einst", von der „Tyrannei", dem „Gegner", der „Nazi-Herrschaft". Der Widerspruch, mit der Bundesrepublik befreundet, verbündet zu sein, und hier in der Normandie des Sieges über Deutschland *zu gedenken, war vielen gestern fast* peinlich aufgegangen.

Vor allem die Amerikaner gaben sich sichtliche Mühe, den Anschluß an das Heute wiederherzustellen. In Ronald Reagans Ansprache vor den *in Pointe du Hoc* versammelten 62 Ranger-Veteranen erhielt das Wort von der Versöhnung zentrale Bedeutung, erweitert um einen Friedensappell an die Adresse Moskaus.

Präsident Mitterrand hatte sich bereits vor den Feiern zu einem Herbsttreffen mit Helmut Kohl auf dem Schlachtfeld von Verdun geeinigt. Es spricht für sich, was einzelne Beobachter von sich gaben. „Du kannst einen Sprung zurück in den Heroismus der Befreiung versuchen, den heute unbegreiflichen Mut auf Strände zu springen, die den fast sicheren Tod verhießen", sagte uns Robert Sims, der, gedienter Kapitän der US-Navy, heute als stellvertretender Chef des Presseamts im Weißen Haus fungiert. „Aber man bekommt kein Verhältnis mehr zu Deutschland als Feind. Das ist vollkommen abwegig. Die Deutschen und wir sind die besten Freunde, das Feindbild von einst ist nicht nachzuerleben".

Was dieser Amerikaner artikuliert, verrät in kurzen Worten die Geschichte einer ermutigenden Transformation: Immer mehr tritt der deutsche Name aus den Schatten der Vergangenheit in die Gewißheit einer neuen Identität, immer weiter verwandelt sich der Begriff „Nazi" zu einem von Deutschen abgelösten Emblem der Geschichte, wie Dschingis-Khan oder Tamerlan, der Grauen und Schrecken evozieren mag, aber keine Verbindung mehr stiftet zwischen dem einst und dem jetzt.

Das wird durch die Abwesenheit des Bonner Regierungschefs bei dieser Zeremonie geradezu hervorgehoben. Muß uns dieses nicht recht sein? Die Veteranen des Krieges selber haben ohnehin nie ihre deutschen Gegner unter dem Begriff „Nazi" gesehen. Sie ehrten den Gegenüber als harten Kämpfer, den das Schicksal auf verlorenen Posten stellte.

Manche Einsätze waren vergeblich

Doch sind dies Fragen, die kaum den Kern der Geschichte streifen. Tiefer – und über alle Wahlkampfaspekte hinaus – reichte Ronald Reagan, als er gestern bekannte, daß manche der heldenhaften Einsätze für die Befreiung Europas vergeblich waren: „Nicht alle Folgen des Krieges verliefen glücklich oder nach Plan. Einige der befreiten Länder gingen wieder verloren". Das sind Eingeständnisse, die auf das unausgeglichene Konto jener Historie weisen, die mit dem D-Day 1944 begann und uns heute noch wie ein Alptraum täglich bedrückt. „Das einzige Territorium, das wir besetzt halten, sind Gedenkstätten wie diese, und alle anderen Friedhöfe, wo unsere Soldaten ruhen", sagte der amerikanische Präsident in Anspielung an die „uneingeladene, ungewünschte, unnachgiebige" Präsenz der Sowjetunion in Osteuropa.

Dem Gewaltherrscher von heute unterscheidet vom Gegner gestern der Besitz des Atoms und eine damit wie unangreifbar gewordene Unterdrückung. Das individuelle Heldentum, wie es Kämpfer an die Strände Utah, Omaha, Gold, Juno begleitete, prallt vor dem Totalitarismus heutiger Prägung ab. Der Heroismus heute hat Namen wie Andrej Sacharow, Jelena Bonner, Jurij Orlow, Lech Walesa, Adam Michnik oder die Unterzeichner der „Charta 77" in der Tschechoslowakei.

Der D-Day öffnete Moskau den Weg nach Deutschland

Von C. GRAF BROCKDORFF

Auf der Konferenz von Teheran sagte Winston Churchill zu Roosevelt und Stalin: „In wartime, truth is so precious that she should always be attended by a bodyguard of lies." („Im Krieg ist Wahrheit so kostbar, daß sie von einer Leibwache aus Lügen gehütet werden muß.") Der Ausspruch des Briten offenbart eine Auffassung der Kriegsführung, die den Deutschen nicht gegeben war. Gewiß, auch sie bedienten sich des Mittels der Täuschung, aber mehr mit den Methoden des indirekten militärischen Vorgehens. Eigenständigkeit, wie sie in dem englischen Begriff Stratagem zum Ausdruck kommt, Täuschungen größten Stils waren nicht ihre Art der Listen.

Briten und Amerikaner waren der Ansicht, daß ein nur wenigen Menschen bekannter Gesamtplan, der in 36 Hauptoperationen und ungezählte Einzelaktionen zerfiel, die Absicht verbergen sollte, in der Normandie zu landen. Die Deutschen wurden in der Illusion gehalten, die Landung würde am Pas de Calais erfolgen und *womöglich in Norwegen.*

Eine Meisterleistung des Verstandes

Sie standen vor einem Dilemma: Bewegungskrieg, in dem sie immer noch – im Osten bis zum Kriegsende – Meister waren, setzte die eigene Luftüberlegenheit voraus. Im Westen war das nicht der Fall. Um den Gegner am Strand zu schlagen, wie Rommel das wollte, mußte man wissen, wo er kommen würde.

Nie wird man ganz erkennen können, wieviel Blut durch die erfolgreiche Vorspiegelung nicht existierender Armeen gespart wurde und wie sehr die Aktion zum Sieg über Hitler-Deutschland beigetragen hat. Es war eine Meisterleistung des Verstandes und der spielerischen Neigung Angehöriger der britischen Oberschicht, sich solcher Herausforderung zu stellen.

Pate beim Erfolg waren die alliierten Luftstreitkräfte, die am ersten Tag 13 000 bis 14 000 Einsätze flogen. Thunderbolts, Lightnings und Typhoons, deren Aggressivität unüberbietbar war, machten dem deutschen Heere das Leben zur Hölle. Es wurde weitgehend gelähmt. Man möchte das Heer heute gerne ermuntern, in der Kriegsgeschichte nachzublättern, was Luftherrschaft bedeutet.

Täuschung und Luftherrschaft waren die Saat des Erfolges im Westen. Beinahe wäre es doch schiefgegangen. Eisenhower, der alliierte Oberbefehlshaber, hatte nicht erkannt, was Feldmarschall Montgomery auf dem linken Landungsflügel bei Caën erreichen wollte: keinen Durchbruch, sondern nur die Bindung starker deutscher Kräfte, um den im Westen stehenden Amerikanern das Ausbrechen aus dem Landekessel zu ermöglichen. Eisenhower witterte nur überall Untätigkeit, trieb jeden zu pausenlosen Angriffen an. Wie ein Zeitgenosse seines Stabes berichtete, war er wie ein „blinder Hund im Fleischerladen; er konnte es riechen, aber nicht sehen". So hätte Eisenhower um ein Haar Patton um den Erfolg gebracht, jenen dynamischen Amerikaner, der wußte, daß der Sieg sich aus der Bewegung entfalten muß. Eisenhower blieb immer nur eine Art „cheerleader".

Auch später zeigte Montgomery, ein Methodiker zwar, daß er in größeren Zusammenhängen dachte. Sein Plan für „Market Garden", die Luftlandung in Holland im September 1944, war brillant, wurde nur miserabel ausgeführt. Nicht nur Pech mit dem Wetter begleitete die Alliierten, Untätigkeit war das Verhängnis. Der Krieg wäre sonst ein halbes Jahr früher beendet worden. Nicht die Sowjets, die Westmächte hätten zuerst Berlin erreicht.

Die Operation hing davon ab, daß die aus Belgien vorstoßenden Briten blitzschnell über die einzige Straßenverbindung den drei luftgelandeten Divisionen Hilfe brachten. Der Schreiber dieser Zeilen entsinnt sich, wie er bei strahlender Sonne zu seinem Erstaunen vom Turm seines „Panther" die „Irish Guards", auf ihren Panzern sitzend, beobachtete – bei der Teepause. So verändern Kleinigkeiten, die längst in Vergessenheit zu geraten drohen, den Lauf der Geschichte. Wenn es an Beherztheit fehlt, verrinnt die Gunst der Stunde.

Die Sowjets behaupten heute, den Krieg hätten sie alleine gewonnen, die Alliierten seien nur gelandet, um die Befreiung Westeuropas durch die Sowjetarmee zu verhindern. Diese Argumentation übersieht, daß Großbritannien seit 1939 im Krieg stand und kämpfte, während die Sowjets mit Hitler gemeinsam über Polen herfielen. Hätte London nach Dünkirchen den billigen Frieden gesucht, wäre Moskau nach dem Überfall Hitlers auf die Sowjetunion alleine gewesen. Ob es dem gewachsen gewesen wäre, *bleibt eine offene Frage.*

Ohne die Invasion wäre der Krieg vermutlich noch ein oder zwei Jahre weitergegangen. Die Atombombe aus Amerika ist so den Deutschen erspart geblieben. Zwar besaßen die Sowjets Luftstreitkräfte, aber sie waren tolpatschig bei ihrer Anwendung. Selbsterlebtes: Im Juli 1944 konnten deutsche Nahaufklärer noch an der sowjetischen Front entlangfliegen. Im Westen wären sie nach zwei Minuten zerrissen worden. Unter diesen Bedingungen konnten die Deutschen den Sowjets im Bewegungskrieg noch lange standhalten.

Die Panzer in Frankreich fehlten im Osten

Es kam anders. Amerikanische und britische strategische Bomber bombten den Sowjets eine Bahn nach Deutschland, zehn deutsche Panzerdivisionen standen in Frankreich und nicht an der Ostfront. Besonders fehlten den Deutschen im Osten die modernen „Panther", die ihre Kampfkraft im Westen nie voll entfalten konnten.

Der Sieg der Alliierten, aller Alliierten von damals, muß gerechterweise gesagt werden, hat die Welt eines Schreckens beraubt. Das Ende des Schreckens und der staatlich verordneten Intoleranz war es leider nicht. Ein Alliierter von damals bemüht sich heute, der übrigen Welt sein Verständnis von Glückseligkeit aufzuzwingen.



Nicht immer einer Meinung: Der alliierte Oberbefehlshaber Eisenhower und Feldmarschall Montgomery FOTO: STUDIO X

Schmude: Bonn soll „DDR“ entgegenkommen

AP, Bonn

Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Jürgen Schmude hat die Bundesregierung aufgefordert, deutschlandpolitische Beweglichkeit zu zeigen und konstruktive Antworten auf einen Teil der sogenannten Geraer Forderungen des „DDR“-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker zu geben. In einem gestern in Bonn veröffentlichten Interview der sozialdemokratischen Zeitschrift „Die Brücke“ sagte Schmude, dies sei möglich bei der Begriffsklärung zur Frage der Staatsangehörigkeit, bei den Bemühungen um die Elbgrenze und „bei der Entscheidung über die längst zur Auflösung fällige Erfassungsstelle in Salzgitter“, die die Staatsanwaltschaft zur Registrierung von Gewalttaten an der innerdeutschen Grenze unterhält.

Der Sozialdemokrat begrüßte, wie er sagte, die an der Praxis orientierte Fortsetzung der sozial-liberalen Deutschlandpolitik durch führende Unionspolitiker. Er fuhr fort, wenn die „DDR“ nach dem Grundlagenvertrag *der von Bonn anerkannte zweite* deutsche Staat sei, der seine Staatsbürgerschaft selbst regele, solle man sich endlich bereit finden, „über die Art der Respektierung dieser Staatsbürgerschaft zu reden“. Das habe mit einer Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts und des Grundgesetzes nichts zu tun.

SPD: Kooperation mit KP Chinas

rtr, Bonn

Die SPD will ihre Beziehungen zur Kommunistischen Partei der Volksrepublik China intensivieren. SPD-Schatzmeister Hans-Jürgen Wischnewski, der mit Präsidiumsmitglied Egon Bahr den Parteivorsitzenden Willy Brandt auf einer China-Reise begleitet hatte, teilte gestern mit, daß zum Beispiel an jährliche Zusammenkünfte von Vertretern beider Parteien und an den Austausch von Materialien gedacht sei. Außerdem soll die Zusammenarbeit der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung mit der KP Chinas verstärkt werden. Wischnewski betonte, daß diese Zusammenarbeit für die bilateralen Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und der Bundesrepublik Deutschland förderlich sei.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Diepgen nach Salzburg. Gespräch mit Karajan?

Regierender: Weniger fortissimo, mehr adagio

WERNER KAHL, Bonn

„*Das* Berliner Philharmonische Orchester gehört wegen seiner künstlerischen Qualitäten zu den wichtigsten Botschaftern Berlins.“ Das erklärte gestern der Regierende Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen (CDU), zu der öffentlichen Diskussion um das gespannte Verhältnis zwischen dem Orchester und seinem Chefdirigenten Herbert von Karajan. Die weltweite Botschafterrolle übten „alle Teile des Orchesters“ aus, betonte Diepgen gegenüber der WELT.

Besorgt äußerte er sich über die „Aufgeregtheiten“ in der Öffentlichkeit um personelle Entscheidungen des Orchesters. Diepgen wird mit seiner Ehefrau am Wochenende zu den Pfingstfestspielen nach Salzburg fliegen, um die Konzerte der Berliner Philharmoniker zu hören. Dirigenten sind der Japaner Seji Ozawa und Lorin Maazel. Ein angekündigtes drittes Konzert mit Herbert von Karajan hatte der Maestro am 29. Mai angesichts des Streites mit dem Orchester storniert und die Wiener Philharmoniker vorgezogen.

Während seines Aufenthaltes in Salzburg werde er sich, falls sich eine Gelegenheit bietet, mit Herbert von Karajan über die gegenwärtig diskutierten Probleme und die Zukunft des Orchesters unterhalten, sagte Diepgen. Dies könne jedoch auch an einem anderen Ort und zu einem anderen Zeitpunkt stattfinden.

In seinem Rollenverständnis des philharmonischen Streitkonzertes äußerte Diepgen, es gehöre auch zu den Aufgaben des Regierenden Bürgermeisters, die künstlerische Qualität und die kulturelle Zusammenarbeit in der Stadt nach Kräften zu fördern sowie dort zu helfen, „wo es nötig ist“. Dies geschehe im Einvernehmen mit dem Kultursenator Volker Hassemer.

Als bedeutsam bezeichnete Diepgen die aus der 100jährigen Tradition des Philharmonischen Orchesters gewachsene Selbstverwaltung. Auch bei den erweiterten Kompetenzen eines Furtwängler sei diese Selbstverwaltung jedoch niemals in der jetzt beanspruchten Form tangiert worden. Karajan hatte Diepgen gebeten, „die Rechte und Pflichten des künstlerischen Leiters zu präzisieren und festzustellen, inwieweit die Wahrnehmung dieser Rechte und Pflichten mit dem Verhalten des Orchesters in den letzten zwei Jahren noch zu vereinbaren wäre“.

Nach Informationen aus seiner Umgebung strebt Karajan jetzt einen Vertrag an, wie ihn Furtwängler in der letzten Zeit seiner Tätigkeit als Chefdirigent der Philharmoniker besaß.

Falls es nicht zu einer Einigung zwischen Karajan und dem Orchester kommt, droht unter Umständen ein langwieriger Prozeß. Denn Karajan – auf Lebenszeit ernannt – kann nur aus eigenem Entschluß seinen Posten zurückgeben. Aus Hamburg regte deshalb gestern Professor Schönfelder, Direktor des Philharmonischen Staatsorchesters der Hansestadt, an, Karajan zum Ehrendirigenten vorzuschlagen, wobei er wichtige Dirigate behält, und gleichzeitig einen neuen Chefdirigenten zu verpflichten.

Die anstehenden *Diskussionen* zwischen dem Orchester, seinem Chefdirigenten und dem Senat von Berlin gehören nach Ansicht von Diepgen jedoch nicht auf den Markt. „Weniger fortissimo, dafür mehr adagio“, appellierte Diepgen an alle Beteiligten.

Hoechst: Grüne sorgten nur für kabarettistische Würze

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Der letzte Ausrutscher kam von der „anderen Seite“: „Halt's Maul, Blondie“, schmetterte Kurt Fiebich, langjähriger Aktionärssprecher und mehr für Illustration als für Information bekannt, sehr dezent einem der etwa dreißig aktiven Grünen in der Hauptversammlung der Hoechst AG entgegen, der es gewagt hatte, mit einem Zwischenruf die Attacke des Routiniers auf die Opponenten zu unterbrechen.

Etwas ernster zu nehmen waren da schon die Kommentare aus dem Kreis der Belegschaftsaktionäre. „Hört *man* einige der Diskutanten, dann meint man, hier seien in den Labors und in der Anwendungstechnik nur Idioten beschäftigt“, wies ein Hoechst-Mann die grünen Vorwürfe zurück. Ein anderer erbat sich Distanz: „Bitte versuchen Sie nicht, sich als unsere Verbündeten hinzustellen. Das würde uns die Arbeit von Jahren kaputtmachen.“

Wie schon im Vorjahr, hatten die grün-roten Umweltschützer die Gelegenheit genutzt, als Inhaber einer einzigen und nur für kurze Dauer beschafften Aktie ihr „Fragerecht“ in der Jahresversammlung wahrzunehmen. Freilich: Mit den Fragen, besonders mit solchen zum Geschäftsbericht, war es nicht so weit her.

Um dem Aktiengesetz *Genüge zu* tun, standen allerdings einige Frage-Phrasen mit häufig mühselig hergestelltem Hoechst-Bezug am Ende jener Anklage-Monologe, die in der üblichen wohlabgestimmten Rollenverteilung zu einem Rundumschlag über den ganzen Kranz grüner Lieblingsthemen gerieten: Tierversuche (aufgelockert mit dem „Gebet einer Ratte“) und Südafrika, Luftverschmutzung und Pharma für die Dritte Welt, Mülldeponien und Dioxin, vieles davon auf antiquiertem Quellenmaterial oder gar Gerüchten basierend.

Auffallend immerhin das Bemühen, sich wenigstens formal an die Spielregeln einer Hauptversammlung zu halten. Zwar folgten den Ankündigungen, sich kurz zu fassen, dann doch zumeist Halbstunden-Vorträge, wie üblich geschmückt mit eingängig-unsinnigen Parolen wie „Der *Hunger der Armen ist der Gewinn* der Hoechst AG“. Doch die Buh-Rufe der „echten“ Aktionäre wurden vergleichsweise zurückhaltend gekontert, sieht man von dem Ausrutscher eines gereizten „Fangt ihr schon wieder an zu pöbeln?“ ab.

So konnten sich die Eingriffe des Aufsichtsratsvorsitzenden Otto Ranft meist darauf beschränken, zur Kürze zu mahnen und Wiederholungen längst beantworteter Fragen zu beanstanden. Zum Tumult kam es nur einmal, als der Frankfurter Grünen-Stadtverordnete Walter Oswalt den Vorwurf erhob: „Die Hoechst AG ist für Auschwitz mitverantwortlich.“

Ein paar kabarettistische Einlagen durften natürlich auch bei diesem Polit-Theater nicht fehlen. Als Grünen-Sprecherin Jutta (ex: von) Ditfurth mit der Pharma-Industrie *(immerhin mit starkem Hoechst-Bezug)* abrechnete, verteilten einige flugs weißbekleidete Begleiterinnen „hochgiftige“ Pillen im Auditorium. Und für den Vorstandschef Rolf Sammet gab es ein Mitbringsel: einen Main-Fisch, überreicht mit der Bitte, ihn „vor unseren Augen zu verzehren“, und eine Flasche Mainwasser zur Erfrischung.

Regierungserklärung zum Weltwirtschaftsgipfel

Alle Parteien besorgt über den Zinsanstieg in den USA

H. HECK/H.-J. MAHNKE, Bonn

Mit Sorgen sieht nicht nur die Bundesregierung, sondern auch die Opposition im Bundestag den Zinsanstieg in den USA. Wie in der gestrigen Bundestagsdebatte am Vortag des Weltwirtschaftsgipfels in London deutlich wurde, befürchten alle Parteien negative Auswirkungen für die Industriestaaten, vor allem jedoch für die hochverschuldeten Entwicklungsländer.

Der Zinsanstieg ist für Bundeskanzler Helmut Kohl die Folge von zwei parallel laufenden Entwicklungen in den USA. Zum einen nehme die Kreditnachfrage der Unternehmen zur Finanzierung höherer Investitionen zu, während die Ersparnis gering bleibe. Dem stünde eine Haushaltspolitik gegenüber, die bisher – im Gegensatz zu anderen Ländern – noch kein überzeugendes Konsolidierungskonzept vorgelegt hat, obwohl die außergewöhnliche Höhe des Staatsdefizits eben dies verlangt. „Es gibt zwar erste Bemühungen, aber sie reichen noch nicht aus“, sagte Kohl. Alle Länder müßten daher in London ihre Entschlossenheit bekräftigen, bei den Staatsausgaben Disziplin zu *üben und die Haushaltsdefizite* weiter zu verringern.

Für Oppositionschef Hans-Jochen Vogel ist die wesentliche Ursache für die weltweite Misere „die Verschwendung des Reichtums der Völker für *militärische Zwecke*“. Der beschleunigte Rüstungswettlauf sei auch deshalb ein Verbrechen an der Wohlfahrt der Menschheit. „Und eine Weltordnung, die zuläßt, daß die Menschheit im gleichen Jahr, in dem viele Millionen Menschen ohne Arbeit sind, indem 790 Millionen Menschen in absoluter Armut leben und 300 Millionen Kinder an den Folgen von Unterernährung leiden, im dem täglich 40 000 Kinder verhungern, mehr als 750 Milliarden Dollar oder über zwei Billionen Mark für Rüstungszwecke ausgegeben werden – eine solche Weltordnung ist schlechterdings aus den Fugen“, betonte Vogel. Es sei die Pflicht des Bundeskanzlers, dies auf dem Gipfel anzusprechen. Die US-*Defizitpolitik brachte* Vogel *in* Zusammenhang mit dem Rüstungswettlauf, der der Dritten Welt und Industrieländern dringend benötigtes Investitionskapital entziehe und die Kredite in unerträglicher Weise verteuere.

Auch Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff räumte unter Anspielung auf die amerikanische Haushaltspolitik ein, daß die Entwicklung seit dem letzten Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg „nicht befriedigend“ verlaufen sei. Die Bundesrepublik *habe* sich *allerdings* durch Konsolidierung und Stabilisierung soweit wie möglich vom amerikanischen Zinsniveau abgesetzt. Zur Verschuldung der Dritten Welt wiederholte Lambsdorff seine Position, daß hier nur „von Fall zu Fall“ in Zusammenarbeit von Regierungen, Banken und internationalem Währungsfonds (IWF) Lösungen gefunden werden könnten. Dagegen gebe es keine globale Lösung des Problems, die realistisch diskutiert werden könnte. Der Minister sieht in den USA – mehr noch als in der Bundesrepublik – wachsenden Druck zum Aufbau *neuer* Handelsbeschränkungen und befürwortet eine neue Liberalisierungsrunde im Welthandel (Gatt).

Zuvor hatte Bundeskanzler Kohl den freieren Zugang von Produkten aus den Entwicklungsländern zu den Märkten der Industriestaaten als eine wichtige Voraus*setzung bezeichnet*, um mit der Verschuldung der Dritten Welt fertig zu werden. Ein solches *Konzept* lehnten die Sprecher der Grünen entschieden ab. Sie forderten vielmehr eine Reduzierung der internationalen Arbeitsteilung, weil sonst die Entwicklungsländer doch wieder von den „Großbanken“ abhängig würden. Auch die Bundesrepublik sollte nicht den Export forcieren, sondern sich stärker nach innen orientieren. In diesem Zusammenhang plädierten *die Grünen für ein Programm* zur Entwicklung alternativer Energien. Dadurch könnte die Abhängig*keit vom Ausland abgebaut* werden.

Zu Beginn seiner Regierungserklärung war der Bundeskanzler auf die Entwicklung in Europa eingegangen. Er äußerte sich zuversichtlich, daß in der Frage des britischen Beitrags zum EG-Haushalt der nächste Europäische Rat Ende Juni zu einer vernünftigen und fairen Lösung kommen werde. Europa sei auch mehr als eine Zollunion. „Europa braucht auch die Perspektive der politischen Union.“ Die Bundesrepublik sei fest entschlossen, gemeinsam mit den Partnern diesen Weg zur europäischen Union zu gehen, betonte Kohl.

In diesem *Zusammenhang* verteidigte der Bundeskanzler noch einmal das nationale Programm von mehr als *drei Milliarden Mark* jährlich *zum* Ausgleich der Einkommensminderungen in der Landwirtschaft aufgrund der jüngsten Brüsseler Beschlüsse. Wörtlich: „Die von der Bundesregierung vorgesehenen Maßnahmen sind der gerechte Ausgleich für plötzliche und weitgehende Einkommenskürzungen, die die Landwirte im Interesse einer Weiterentwicklung Europas und damit in unser aller Interesse hinnehmen müssen.“ Die Beschlüsse würden dazu beitragen, die schwierigen Jahre der EG-Agrarpolitik zu überbrücken und den Weg zu bereiten für eine Zeit, in der wieder *eine kostenorientierte Preispolitik* möglich ist. Kohl: „Nur weil die EG-Beschlüsse diese Perspektiven eröffnen, habe ich hierzu letztlich meine Zustimmung gegeben“.

Kanzler-Zitate

DW. Bonn

„Zur Einigung Europas gibt es keine Alternative.“

„Europa braucht auch die Perspektive der Politischen Union ... Wir müssen die Gemeinschaft in den politischen Kernbereichen weiterbauen.“

„Die EG stand in der Gefahr, 1984 zahlungsunfähig zu werden.“

„Weitere Fortschritte bei der Haushaltskonsolidierung sind erforderlich, um die Voraussetzungen für die notwendigen Zinssenkungen zu schaffen.“

„Als mit Abstand größte Industrienation in Europa hängt es entscheidend von uns ab, welche Rolle die Länder der Europäischen *Gemeinschaft insgesamt* in den letzten 15 Jahren dieses Jahrhunderts in der Welt spielen werden.“

„Was wir uns von der politischen Aufgabe Europas ... erhoffen, dürfte dann bestensfalls in den Geschichtsbüchern als eine der großen verpaßten Gelegenheiten nachzulesen sein.“

Ein CDU-Abgeordneter scherte aus

Kabinett Späth in Stuttgart vereidigt / Scharfe Kritik der Jungen Union

XING-HU KUO, Stuttgart

Der neue (und alte) Ministerpräsident Baden-Württembergs heißt Lothar Späth (CDU). 67 von 125 Landtagsabgeordneten votierten für ihn, mit einer Ausnahme, alle Abgeordneten der 68köpfigen CDU-Fraktion. *Der einzige Gegenkandidat*, Rezzo Schlauch von den Grünen, erhielt 10 Stimmen, obwohl die neue Fraktion der Ökologen nur neun Abgeordnete hat. Journalisten witzeln: „Der Abweichler von der CDU hat wohl grün gewählt.“ Späth und das neue Kabinett wurden anschließend vereidigt.

Der einzige neue *Minister ist* Frau Barbara Schäfer aus Karlsruhe, die jetzt das Sozial-, Arbeits- und Familienressort leitet, übrigens die einzige Frau im Kabinett Späth. Ansonsten gibt es ein kleineres Revirement. Der bisherige Sozialminister Dietmar Schlee ist der neue Innenminister, Justizminister Heinz Eyrich bekam zusätzlich das Ressort Bundesangelegnheiten (effektiv wird Baden-Württemberg in Bonn durch Gustav Wabro vertreten sein, bisher leitender Beamter im Staatsministerium). Die anderen Minister blieben im Amt.

Die nächsten vier Jahre werden für die CDU-Landesregierung eine schwere Bewährungsprobe werden. Denn die seit 1972 alleinregierende Union im Südwesten hat bei allen *folgenden Landtagswahlen Federn* lassen müssen. Sollte der Trend 1988 fortgesetzt werden, so drohen auch hier „hessische Verhältnisse“, wie der Landesvorsitzende der Jungen Union, Günther Oettinger, vor wenigen Tagen erklärte.

Nicht nur die Oppositionsparteien und die Gewerkschaften, auch die *Nachwuchsorganisation* der CDU *in* Baden-Württemberg steht der Regierung Späths mit wachsender Skepsis und Kritik gegenüber. Oettinger, der auch Landtagsabgeordneter der neuen CDU-Fraktion ist, erklärte, die CDU Baden-Württembergs sei „auf dem besten Wege, die stärkste Oppositionspartei“ zu werden. Nach Ansicht der Jungen Union sei die Regierung Späths nur eine „Übergangslösung“. Spätestens in zwei Jahren müßten „die Weichen neu gestellt“ werden. Bemängelt werden von der CDU-Nachwuchsorganisation vor allem die untergeordnete Rolle der Partei gegenüber dem Staatsministerium und der Landesregierung, die mangelnde Eigenverantwortung der Ministerien und die Unklarheit der Aufgaben mancher Staatssekretäre.

Auch der am Dienstag konstituierte neue Landtag steht vor schwierigen Zeiten. Zwar wurde zunächst der seit zwei Jahren amtierende Landtagspräsident Erich Schneider (CDU) mit großer Mehrheit wiedergewählt. Bereits bei der Wahl der Vizepräsidenten begann ein heftiger Streit: SPD und CDU hatten *sich zuvor* geeinigt, daß nur sie je einen Stellvertreter stellen dürfen. Bisher hatte die FDP sozusagen auf dem Kulanzwege einen dritten Vizepräsidenten gehabt. Nachdem die Grünen jetzt zur drittstärksten Kraft geworden sind, wollten die zwei größten Parteien diese „Großzügigkeit“ nicht mehr fortsetzen. Der entsprechende Antrag der Grünen wurde abgelehnt. Diese verließen daraufhin entrüstet den Plenarsaal.

CDU: Hamburg Hochburg des Extremismus

HERBERT SCHÜTTE, Hamburg

„Die Grenzen zwischen politischem Extremismus und parlamentarischer Arbeit sind in Hamburg fließender geworden als in jeder anderen Region der Bundesrepublik.“ Zu dieser Einschätzung kam gestern der Oppositionsführer *in* der Hamburger Bürgerschaft, Hartmut Perschau. Zwei Jahre nach dem Einzug der *Grün-Alternativen* ins Landesparlament, eine Woche nach den schweren Ausschreitungen bei einer Demonstration gegen Bundeskanzler Helmut Kohl, zu der die GAL aufgerufen hatte, und einen Tag, bevor sich heute im hessischen Landtag die Grünen als Geburtshelfer einer SPD-Landesregierung etablieren, bezeichnete Perschau die Hamburger GAL-Fraktion als eine „Schaltstelle“, die den Extremismus „salonfähiger gemacht hat als in jeder anderen Stadt der Bundesrepublik“.

Die Bilanz der von grün-alternativer Seite aus höchst erfolgreich betriebenen Bündnispolitik – Perschau nannte nicht nur die Integration der ehemaligen K-Gruppen, sondern auch die Sogwirkung auf den linken Flügel der hanseatischen Sozialdemokraten – konnte gestern mit dem gerade vorgelegten Senats-Bericht über den Extremismus im Stadtstaat unterfüttert werden. Nach den dort vorgelegten Zahlen ist Hamburg – so Perschau – „die Hochburg des politischen Extremismus“:

- Ein Drittel aller Straftaten mit linksextremistischem *Hintergrund* ereignen sich in Hamburg;
- 13 Prozent aller Straftaten aus der rechtsextremistischen Szene geschahen in der Hansestadt;
- mehr als 15 Prozent aller auf Landes- oder Kommunalebene beschäftigten Linksextremisten stehen im Dienst des Hamburger Senats. Am 1. Januar 1984 waren es genau 366, davon 286 orthodoxe Kommunisten.

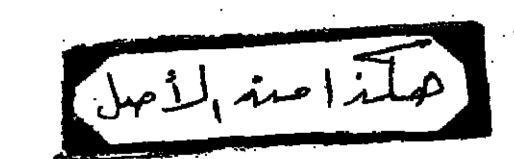
Diese Position „meilenweit vor jedem anderen Platz in der Bundesrepublik“ (Perschau) ist nach Ansicht der Union auch in der Tatsache begründet, daß die GAL eine neue politische Kraft ins *Parlament* gebracht hat, die – so zitierte der Oppositionsführer den GAL-Wortführer Thomas *Ebermann* – es *als Tugend ansieht*, „Rechtsbrecher zu werden, wenn es um Häuserabriß und Raketenaufstellung geht“. Die Krawalle bei der Kanzler-Kundgebung vor einer Woche seien nur „durch die Bündnispolitik der GAL mit allen Hamburger Chaoten“ möglich gewesen. Noch nie habe es „eine solche Verdichtung von Punkern und Rockern“ bei einem Demonstrationsmarsch gegeben wie bei dem Europawahlkampf-Auftritt Helmut Kohls. Die Ausschreitungen hätten ein „verheerendes Versagen der Hamburger Polizeiführung“ offenbart.

Hoechst besteht auf Deponie Mainflingen

rtr, Frankfurt

Der Vorstandsvorsitzende des Chemiekonzerns Hoechst AG, Rolf Sammet, hat in einem Schreiben an den hessischen Ministerpräsidenten Holger Börner „große Beunruhigung“ über die Vereinbarungen zwischen *SPD und Grünen im Bereich der* Abfallwirtschaft zum Ausdruck gebracht. Er forderte Börner auf, an der Sondermülldeponie Mainflingen bei Darmstadt festzuhalten.

Sollte sie für Sondermüll der Kategorie II nicht baldmöglichst zur Verfügung stehen, hätte das „außerordentlich schwerwiegende Folgen für unsere Produktionsstätten in Hessen“. Da die Deponie Offheim im Laufe des nächsten Jahres nicht mehr verfügbar sei, sei ohne Mainflingen für einen „unübersichtlichen Zeitraum“ eine Sonderabfallbeseitigung in Hessen nicht mehr möglich.



„Inoffizieller" Besuch Bothas in Berlin

F. DIEDERICHS, Berlin

Der südafrikanische Ministerpräsident Botha hat gestern während seines rund dreieinhalbstündigen, vom Berliner Senat als „inoffiziell" eingestuften Berlin-Besuches eine kurze Unterredung mit Berlins Regierendem Bürgermeister Eberhard Diepgen geführt. Das Treffen fand im Flughafengebäude in Tegel statt, da Diepgen direkt nach dem Meinungsaustausch zur Konferenz der Ministerpräsidenten nach Bonn weiterflog.

Nach Angaben eines Senatssprechers fand das Gespräch in einer „sachlichen Atmosphäre" statt, die dem Charakter eines Arbeitsbesuches entsprochen habe. Aus Senatskreisen verlautete, Diepgen habe kritisch zur Apartheidspolitik Südafrikas Stellung genommen und darauf hingewiesen, daß Menschenrechtsverletzungen in Ost und West, Nord und Süd insbesondere für Berliner unannehmbar seien, die „einschlägige Erfahrungen" hätten.

Ministerpräsident Botha, der sich als Gast der Bundesregierung in Berlin aufhielt, habe den Regierenden Bürgermeister im Verlauf des Gespräches über die Bemühungen Südafrikas informiert, mit seinen Nachbarstaaten nach Jahren der Gesprächslosigkeit Verständigung und Frieden zu suchen.

Nach dem Treffen mit Diepgen wurde Botha unter scharfen Sicherheitsvorkehrungen ins Rathaus Schöneberg gefahren, wo er mit Bürgermeister und Innensenator Heinrich Lummer (CDU) zusammentraf. Botha wurde durch einen Seiteneingang ins Rathaus geschleust, da mehrere Abgeordnete der Alternativen Liste den Haupteingang blockiert hatten und in Sprechchören „Rassisten raus" forderten.

Am nachfolgenden Essen nahmen lediglich CDU- und FDP-Vertreter teil. Die Berliner SPD hatte eine Teilnahme mit der Begründung abgelehnt, sie habe für Botha „keine Termine frei", und dies als „unsere Form, Apartheid zu praktizieren" bezeichnet. Auch die AL hatte auf eine Teilnahme an dem Essen verzichtet.

Am Nachmittag stattete Botha dem Reichstag einen kurzen Besuch ab und legte einen Kranz an der Berliner Mauer nieder. Zur gleichen Zeit fand vor dem südafrikanischen Konsulat eine Protestdemonstration gegen Rassismus und Apartheid statt.

Der südafrikanische Außenminister Roelof Botha: Die Europäer sollten die Not in Afrika lindern helfen

Warum Pretoria in Bonn Südwest anbietet

MANFRED NEUBER, Bonn

Würde Südafrika in Namibia intervenieren, falls eine Swapo-Regierung nach der Unabhängigkeit die Kubaner ins Land riefe? Auf diese Frage der WELT antwortete Außenminister Roelof Botha in einem Exklusivinterview: „Wir werden jede Entscheidung in Windhuk, die aus freiem Willen getroffen wird, respektieren – wie schmerzlich sie auch für uns sein könnte. Denn wir halten an dem Grundsatz fest, daß es keine Einschüchterung von außen geben darf."

Südafrika und die USA beharrten auf dem Junktim vom Abzug der Kubaner aus Angola vor der Unabhängigkeit Namibias. „Zumindest muß eine feste Vereinbarung über ihren Abzug vorliegen, bevor die UNO-Resolution 435 befolgt werden kann." Denselben Standpunkt verträten London und Bonn, ohne beides miteinander zu koppeln. „Selbst wenn die Parteien Namibias sich mit den Kubanern in Angola abfinden sollten, würden wir als regionale Macht im Süden Afrikas darauf bestehen, daß sie verschwinden."

Der Außenminister betont: „Die Kubaner sind feindliche Kräfte, und sie sind eine Bedrohung für die Bevölkerung Angolas. Sie saugen das Land aus. Was Angola aus dem Erdöl-Export einnimmt, muß es für die von der Sowjetunion geschickte Besatzung bezahlen. Die Mehrheit der Angolaner verlangt ihren Abzug."

Bei dem Besuch in Bonn seien die Gespräche zwischen den beiden Regierungschefs und den beiden Außenministers im großen und ganzen „in einer freundlichen und sehr konstruktiven Atmosphäre verlaufen". Die deutschen Fernseh-Anstalten hätten mit ihrer Berichterstattung „völlig schiefgelegen".

Der südafrikanische Außenminister sieht sich selbst als Bittsteller für das unter langer Dürre und Bürgerkriegen leidende Schwarzafrika, und er wird nicht müde, die umfangreiche Hilfe Pretorias für Nachbarländer aufzuzählen. Leicht pikiert schildert „Pik" Botha, die Europäer nähmen davon kaum Kenntnis und leisteten selbst nur wenig Unterstützung. „Ich legte Herrn Genscher dringend nahe, Moçambique zu helfen."

Kohl und Genscher seien über den Friedensprozeß im südlichen Afrika unterrichtet worden, der auf realistischen Einschätzungen beruhe. „Viele afrikanische Staatsmänner sind von der Sowjetunion enttäuscht. Sie schickte ihnen Waffen, aber keine Lebensmittel. Aber von Panzern und Raketen wird niemand satt", sagte Botha. Immer mehr schwarze Politiker sähen ein, daß sie von ihren eigenen Völkern verstoßen würden, falls sie nichts für den Frieden und bessere Lebensverhältnisse täten.

„Ihr Kanzler sagte uns, daß für ihn Umsiedlungen von Schwarzen und andere Vorgänge in Südafrika, die er als negativ erachtet, schwer verständlich seien", berichtete Roelof Botha. „Mein Premier rückte viele Punkte in die richtige Perspektive. Wir meinen, viele Berichte beruhen auf einer Verdrehung der Tatsachen." Südafrika werde den Reformkurs fortsetzen, ohne die Sicherheit und Stabilität des Staates zu gefährden. Andernfalls

INTERVIEW

hätten die Schwarzen am meisten darunter zu leiden.

„Wieso kommen eigentlich 1,5 Millionen schwarze Arbeiter aus Nachbarstaaten illegal über unsere Grenzen, um in Südafrika zu leben, wenn wir rassistische Schurken sind?", fragte der Außenminister. „Würde Deutschland ihnen Arbeit geben, Schulen und Krankenhäuser bauen? Was tut Europa, während Afrika stirbt?" Südafrika habe Fehler begangen, Kritik von verantwortungsbewußter Seite werde ernstgenommen.

Ungewöhnlich scharf griff Außenminister Botha gegenüber der WELT den Oppositionsführer Jochen Vogel und den SPD-Politiker Ehmke an. Im Gespräch mit ihm hätten sie nur „leere Phrasen vom Blatt abgelesen", die jeder Logik und jeden Wahrheitsgehaltes entbehrten. Sie hätten auch nicht das geringste Mitgefühl für die Not der Schwarzafrikaner erkennen lassen. Beide urteilten über Südafrika, ohne jemals dort gewesen zu sein. Botha hat beide eingeladen.

„Sie sind gegen die Vereinbarung von Nkomati. Warum? Sie sagten, dadurch würde die Apartheid gefestigt. Ich erwiderte, das sei eine Beleidigung für Präsident Machel. Durch das Abkommen mit Moçambique wird weiteres Blutvergießen verhindert." Botha entrüstete sich: „Sie sind gegen uns, aber sie sagen nicht, wofür sie sind. Kümmert es sie bei ihrer Parteipolitik gar nicht, daß dieses Jahr fünf Millionen Menschen in Afrika verhungern?"

Bei einem Pressegespräch stellten Ministerpräsident Pieter Willem Botha und sein Außenminister ferner klar, daß Südafrika sofort bereit wäre, Namibia die Unabhängigkeit zu gewähren, wenn seine Bevölkerung in freien Wahlen über ihre künftige Regierung entscheiden könne, ohne der Einschüchterung durch die „Befreiungsbewegung" Swapo und der sie stützenden kubanischen Truppen in Angola ausgesetzt zu sein.

„Wir haben Bundeskanzler Kohl angeboten, das ehemalige Deutsch-Südwest zu übernehmen", sagte Regierungschef Botha unter Hinweis auf die Milliarden-Zuschüsse seines Landes für das frühere Mandatsgebiet des Völkerbundes.

Wie ernst es Pretoria mit dem Entschluß ist, sich aus dem südwestafrikanischen Wüstengebiet zurückzuziehen, unterstrich sein Außenminister mit der Bemerkung, Pretoria habe das Angebot zur Übernahme dieses Territoriums sowie der finanziellen Unterstützung eines unabhängigen Namibias auch den übrigen vier Mitgliedern der westlichen Kontaktgruppe (Frankreich, Großbritannien, Kanada und die USA) unterbreitet.

Sowohl in London wie in Bonn habe man erstaunt auf dieses Anerbieten reagiert und keine Bereitschaft gezeigt, Zuwendungen für Namibia zu leisten. Mit spitzen Worten und detaillierten Grafiken traten die beiden Bothas den „in Europa verbreiteten Legenden" entgegen. Südafrika ziehe großen wirtschaftlichen Nutzen aus Südwestafrika. Namibias wichtigste Ressourcen könnten das Land nicht ernähren; Uranerz sei auf dem Weltmarkt kaum gefragt, bei Diamanten halte der Preisverfall an. Ohne Südafrikas Subventionen für den Haushalt und die Eisenbahn könne Namibia nicht existieren.

Verheugen eröffnete den Reigen der Entrüsteten

PETER PHILIPPS, Bonn

Rund 75 Minuten Debatte im Bundestag wurden gestern auch zur großen Stunde derer, die sonst wegen ihrer ungünstigen Sitzposition im Plenum nicht einmal mit Zwischenrufen vorne richtig zu vernehmen sind. Es ging um die Lage im südlichen Afrika. Der Anlaß war der Besuch des südafrikanischen Ministerpräsidenten Botha.

Der SPD-Abgeordnete – und bis zur Bonner „Wende" FDP-Generalsekretär – Günter Verheugen eröffnete den Reigen. Sein politischer Ziehvater, Außenminister Hans-Dietrich Genscher, saß drei Meter von ihm entfernt allein auf der Regierungsbank und betrachtete ihn gedankenverloren, wie ein resignierender Vater seinen mißratenen Sohn. Die Einladung an Botha, sagte Verheugen, sei ein Fehler gewesen, die Verträge Pretorias mit seinen schwarzafrikanischen Nachbarn alles andere als ermutigend: „Frieden in der Region gibt es nur, wenn die Ursache des Unfriedens beseitigt wird, das Apartheid-System."

Fraktionskollege Toetemeyer, der im Bundestagshandbuch ausdrücklich auf den ihm verliehenen Preis des „Eisernen Steuergroschen" (wie andere auf ihre Ehrendoktor-Würden) verweist, trat ihm mit einem Vergleich zur Seite: Wer „zu Recht die Vertreibung unserer Landsleute aus den Gebieten jenseits von Oder und Neiße anprangert", der könne nicht dazu schweigen, wenn Schwarze in Südafrika unter massivem Druck in sogenannte Homelands umgesiedelt würden.

Die ausdrücklich bekundete Übereinstimmung in der Ablehnung der Apartheid reichte von den beiden Sozialdemokraten über den Grünen Walter Schwenninger – der gleich zweimal sprach, weil es so schön war – bis zu den Koalitionssprechern Helmut Schäfer (FDP), Hans Klein (CSU) und Karl-Heinz Hornhues (CDU). Dennoch brachten alle ihre eigenen Entschließungsanträge ein. Die SPD brachte aber im fast leeren Plenum nicht einmal so viele Abgeordnete auf die Beine, daß sie mit den Stimmen der Grünen die Mehrheit erreichen konnte.

Außenminister Genscher, der im Gegensatz zu seinem Fraktionskollegen Schäfer ausdrücklich die Berechtigung für diese Debatte betonte, versuchte den Bogen zu schlagen: Niemand im Bundestag solle dem anderen „die Aufrichtigkeit der Ablehnung der Apartheid" bestreiten. Die Bundesregierung trete für die Menschenrechte überall in der Welt ein, unabhängig von der jeweiligen Regierungsform in den Ländern. Und sie habe auch die „Reise Bothas dazu genutzt, um ihre Vorstellungen dazu zum Ausdruck zu bringen". Der Bundeskanzler und er, Genscher, hätten sowohl die Vertreibung von Menschen in Südafrika als auch die Rassen-Diskriminierung und die Ablehnung von Ein- und Ausreisen angesprochen.

Wenn menschenwürdige Verhältnisse hergestellt werden sollen, sagte Genscher, dann erfordere dies auch die Abkehr von der Rassen-Diskriminierung. Aber, und dies richtete er vor allem an die Adresse der SPD: Eine „Unterbrechung der wirtschaftlichen Beziehungen ist hier dazu ein genauso wenig taugliches Instrument wie in anderen Bereichen". Und zur Kritik an der Einladung für Botha merkte er noch an, nicht ohne Süffisanz: Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel und dessen Stellvertreter Horst Ehmke hätten Botha zwar nicht empfangen, aber sie seien „zu ihm hingegangen".

Staatsdienst: Nur noch wenig Personalbedarf

dpa, Berlin

Der öffentliche Dienst wird nach Ansicht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in den nächsten Jahren nur noch begrenzt zusätzliches Personal benötigen. Nachdem sich die Zahl der dort Beschäftigten von 1960 bis 1983 auf mehr als vier Millionen Arbeitnehmer fast verdoppelt habe, bestehe jetzt nur noch „in wenigen Aufgabenfeldern" zusätzlicher Bedarf, so in Teilen des Gesundheitswesens, im Bereich Schulen und Hochschulen und in den sozialen Diensten, heißt es im jüngsten DIW-Wochenbericht. Mittelfristig seien jedoch vom Teilarbeitsmarkt „Staat" entlastende Wirkungen auf den Gesamtarbeitsmarkt nur in begrenztem Umfang zu erwarten.

Die Anhäufung von Überstunden und Bereitschaftsdiensten in den öffentlichen Krankenhäusern läßt laut DIW auf Personalengpässe bei Ärzten und Pflegepersonal schließen, und das Ziel humaner Krankenpflege erfordere zusätzliche Mitarbeiter. Insbesondere im psychiatrischen und rehabilitativen Bereich „bestehen noch immer erhebliche personale Engpässe".

Schätzungen sprächen von 60 000 fehlenden Schwestern und Pflegern und mindestens 20 000 fehlenden Ärzten, davon gut die Hälfte in öffentlichen Krankenhäusern.

Groß sei auch der Personalbedarf der sozialen Dienste für Behinderte, Suchtkranke, Kriminalität, Jugend- und Altershilfe, der mit anhaltender Massenarbeitslosigkeit noch zunehme.

Die Klassenfrequenzen und Unterrichtsausfall deuteten darauf hin, daß auch in den Schulen „ein nach Schularten unterschiedlich hoher Bedarf" besteht. Zusätzliche Stellen seien für Ausländerförderung und bildungspolitische Reformen erforderlich.

Der finanzielle Spielraum für zusätzliche Einstellungen hat sich nach Ansicht des DIW durch die zurückhaltenden Tariferhöhungen für Staatsbedienstete in letzter Zeit verbessert und sollte genutzt werden.

Nach Überlegungen der Berliner Wirtschaftsforscher könnten bis Ende der 80er Jahre bei Bund, Ländern und Gemeinden daher 30 000 bis 40 000 zusätzliche Stellen geschaffen werden. Dies entspräche einem jahresdurchschnittlichen Beschäftigungszuwachs von einem Prozent.

WELT-Serie: Hinter den Fassaden der "DDR" / Folge 6 – Hungerstreik in der amerikanischen Botschaft in Ost-Berlin

„Wir hatten Angst: Jetzt schmeißen sie uns raus"

DW. Bonn

Es waren 56 bange und aufregende Stunden, die sechs Deutsche in der amerikanischen Botschaft in Ost-Berlin im Hungerstreik durchhalten mußten, bis sie am Abend des 22. Januar 1984 nach West-Berlin gebracht wurden. Das Gespräch mit Bernd Macke und Jörg Hejkal führten Wilfried Hertz-Eichenrode und Werner Kahl.

Die Flucht als Ausweg

Der Konflikt mit ihren Vätern, die beide dem Staatssicherheitsdienst angehören, führte den 22jährigen Jörg Hejkal (l.) und den 26jährigen Bernd Macke zu einem riskanten Fluchtunternehmen über die amerikanische Botschaft in Ost-Berlin. Sie waren in den Hungerstreik getreten, bis sie nach 56 Stunden die Ausreisegenehmigung erhielten. Die WELT dokumentiert in einer Serie die Lebensschicksale der jungen Menschen aus der „DDR". FOTOS: HÖFT

Hejkal: Im Dezember 1983 hatte ich in Berlin zufällig Bernd Macke kennengelernt. Wir trafen uns in einem Café. Aber vielleicht erzählst Du das, Bernd.

Macke: Ja, ich war im Kino gewesen. Die Vorstellung war zu Ende, ich wollte noch ein Bier trinken. Im Café war es gerammelt voll. Ich fand noch einen Platz zufällig neben Jörg Hejkal. Wir kamen ins Gespräch. Wir kauften uns zwei Flaschen Wein und gingen in seine Wohnung. Wir sprachen über viele Probleme und ich sagte, daß ich ausreisen wolle. Wir kamen auch auf das Thema Strafvollzug, bis Jörg die Katze aus dem Sack ließ und sagte, er sei in Bautzen II gewesen. Da nahm ich Gelegenheit, dem Herrn auf den Zahn zu fühlen. Es war eine nette Unterhaltung.

WELT: *Woher nimmt man die Sicherheit, daß man nicht an einen ganz Falschen geraten ist?*

Macke: Wenn man jahrelang mit dem Gedanken an die Ausreise lebt, lernt *man Leute kennen, die auch raus wollen.* Man weiß, daß der Staatssicherheitsdienst allgegenwärtig ist. Du mußt lernen, die Gesprächspartner einzuschätzen. In diese Rolle wächst man hinein.

WELT: Aber wie kann man wissen, wer ein Spitzel ist und wer nicht?

Macke: Das zu unterscheiden ist schwer, sehr schwer sogar. Doch man entwickelt ein Gefühl dafür. *Du mußt* die Karten selber legen. Zu Leuten, die mir auf dumme Art kamen, habe ich gesagt: *Lauf ab, meine Akte liegt* bei der Zentralverwaltung der Staatssicherheit! War der von der Stasi, dann mußte er ruhig sitzenbleiben und das über sich ergehen lassen, um sich nicht zu verraten. Das merkt man dann.

Hejkal: In dieser Misere gibt es immer wieder persönliche Anläufe. Man weiß, daß man Vertrauen investieren muß, um von anderen Vertrauen entgegengebracht zu bekommen. Mit dem Mißtrauen gegen jeden und alles würde *man wahrscheinlich* auch einem Wahn unterliegen. Gewiß, man ist vorsichtig, man ist sehr zurückhaltend.

Macke: Jörg und ich haben uns bei mehreren Verabredungen genauer kennengelernt. Der Fall von Jörg hat mich interessiert, weil in der Palette meiner Gruppe noch ein Mann wie er fehlte. Wenn man so eine Sache machen will, dann müssen die beteiligten Personen eine gewisse *Vielfalt* der Sachverhalte darstellen, aus denen heraus die Einzelnen ihre Entschlüsse zur Ausreise gefaßt haben. Die Motive dürfen nicht nur auf einen Punkt zurückgeführt werden können.

> „ Welche Register kann ich ziehen, um mich vor der Staatsmaschinerie zu schützen? Wie kann ich dieses System umgehen, dieses Sammelsurium von Gesetzen, die gemacht wurden, um mich an die Wand zu spielen? "

WELT: Soll das heißen, daß Sie zu dem Zeitpunkt, als sie Herrn Hejkal kennenlernten, schon eine Vorstellung hatten, wie das Ganze ablaufen kann?

Macke: Wir haben nichts dem Zufall überlassen wollen. Nach allen Erfahrungen und Erlebnissen – positiven wie negativen – planten wir alles total. Diese Vorkehrungen dauerten ein gutes Vierteljahr.

WELT: Die Vorbereitung begann also schon im September/Oktober 1983?

Macke: Für den konkreten Ablauf gab es den Plan, daß nur zwei Personen berechtigt sein sollten, zu entscheiden, wann der Countdown ausgelöst wird. Nur wenn der erste von diesen beiden wegen eintretender Umstände nicht in der Lage sein sollte, zu entscheiden, durfte der zweite dann sagen: Wir machen das jetzt so! Sollte es nicht klappen, etwa weil einer von den sechs unserer Gruppe am 20. Januar 1984, 11.37 Uhr nicht in die US-Botschaft kommt, dann ist alles aus und jeder geht allein wieder weg, *hat dann nur einen Tag in der Bibliothek* der Botschaft zugebracht, ein paar Zeitungen gelesen.

WELT: Hatten Sie sich den Ort der Handlung, die Bibliothek, genau angesehen?

Macke: Es kam der bewußte Tag, der 20. Januar 1984, 11.37 Uhr. Wir trudelten alle *planmäßig* ein und begaben uns in die Bibliothek. Wir hatten eine Schreibmaschine mitgebracht, ein Blatt Papier, hatten den Text des Briefes ...

WELT: *Waren Sie allein?*

Macke: Die Bibliothek war auch von anderen besucht; aber man nimmt dort keine Notiz voneinander. Wir saßen ganz normal herum, lasen Zeitung. Einer von uns Sechsen tippte den Brief in die Maschine, der Brieftext ist ja später in den Zeitungen abgedruckt worden. Wir wandten uns an den Präsidenten der Vereinig*ten Staaten von Amerika, schilderten* ihm unsere hoffnungslose Situation und baten ihn um Asyl in der amerikanischen Botschaft in Ost-Berlin, weil uns unmittelbare Inhaftierung bevorstehe.

WELT: Hatten Sie einen Entwurf mitgebracht, haben Sie den Brief in deutscher Sprache abgefaßt?

Macke: Einer von uns Sechs hatte das *im Kopf, er schrieb es auf einer Reiseschreibmaschine* in deutscher Sprache, Anschrift: Werter Herr Präsident!

Hejkal: Zuvor hatte einer von uns einen *anderen Brief per Post an* Herrn Honecker abgeschickt, der den Hinweis enthielt, daß wir in der amerikanischen Botschaft in einen unbegrenzten Hungerstreik treten, um unsere Ausreise zu erwirken.

WELT: Was geschah weiter in der Bibliothek?

Macke: Als der Brief an den amerikanischen Präsidenten getippt war, haben *ihn alle Sechs unterzeichnet.* Dann gingen wir mit dem Brief zum Portier. Das war eine Frau. Wir sagten, wir wünschten die Botschafterin zu sprechen. Wir wurden an einen jungen Diplomaten verwiesen. Nach einer halben Stunde empfing uns der Diplomat in einem Raum mit dem Sternenbanner. Wir legten ihm den Brief vor und einer von uns fügte mündlich hinzu, daß der Brief unseren unabänderlichen Entschluß wiedergebe. Er antwortete, er glaube nicht, daß das so gehen werde, aber er wolle es versuchen. Wir erklärten, daß wir um 11.37 Uhr in den Hungerstreik getreten seien.

Hejkal: Wir haben verlangt, daß unser Brief nach Washington weitergeleitet wird. Das hat er uns zugesichert. Wir sollten mal draußen Platz nehmen.

WELT: Waren Sie draußen die einzigen?

Macke: Nein, da waren noch mehrere Leute. Wir merkten, daß die inzwischen wußten, was hier lief. Es gab viel Unruhe.

Hejkal: Manche haben gesagt: Hätte ich das gewußt, wäre ich heute nicht hierhergekommen. Sie wollten damit nichts zu tun haben, die Sache war ihnen zu heiß.

Macke: Es verging einige Zeit. Jörg und ich gingen zur Telefonzelle, die es da in der Botschaft gibt, drückten 20 Prennig in den Apparat und riefen mehrere Nummern an, die wir mitgebracht *hatten. Etwa so:* Guten Tag, Mein Name ist Bernd Macke, ich möchte Sie gerne sprechen. Kommen Sie bitte sofort in die US-Botschaft in Ost-Berlin. Ich erwarte Sie. Aufgelegt. Vier Minuten später war ein Reporter da.

WELT: War das ein spontaner Entschluß?

Macke: Das war alles geplant. Wenn wir bereit waren, da drin zu sterben, dann wollten wir auch, daß jeder unsere Geschichte hört. Das durfte nicht ohne jeden Knall verpuffen.

WELT: Wie ging es weiter?

Macke: Der junge Diplomat kam zu uns zurück. Er sagte, der Brief werde *nach Washington übermittelt, man* werde sich für uns verwenden. Aber Asyl, das gehe leider nicht. Wir müßten die *Botschaft* verlassen. Sobald die Botschaft schließe, müßten wir raus. Wir sind wieder in die Bibliothek gegangen, haben da gewartet und haben gedacht: Das geht nicht gut. Da kam der Reporter wieder. Später hörten wir, daß gegen Mittag die erste Nachricht im Rundfunk ge*sendet worden sei, am Nachmittag* wurden auch unsere Namen genannt. Bald danach sahen wir draußen einen *Überfallwagen* stehen, die wollten uns abholen.

WELT: Wieviele Zigaretten haben Sie mitgenommen?

Macke: Ich habe nicht geraucht.

Hejkal: Ich bin Raucher, hatte eineinhalb Schachteln Zigaretten dabei, die waren am nächsten Tag alle.

Macke: Am Nachmittag tauchte der erste Staatssicherheitsbeamte in der *Bibliothek* auf. Er *kam* richtig unbeholfen an, so ganz nebenbei, als wolle er nur mal gucken.

WELT: Von den Amerikanern hörten Sie in dieser Zeit nichts?

Macke: Gegen 16.30 Uhr kam einer von der Botschaft und sagte, seine Regierung werde sich für uns einsetzen, man werde sehen, was man tun kann, aber wir könnten hier nicht bleiben. Unsere Antwort: Wir sind im Hungerstreik, wir gehen nicht freiwillig, man muß uns hier hinaustragen.

Hejkal: Wir haben noch gesagt: Es muß nicht unbedingt Asyl gewährt werden, wir bleiben auch ohne Asyl. Es geht lediglich darum, daß wir einen Raum zur Verfügung gestellt bekommen, in dem wir hungern dürfen und wo wir vor dem Eingriff der Sicherheitsorgane geschützt sind. Das ist alles, was wir wollen.

Macke: Der *Mann* von der Botschaft sagte, so gehe das nicht. Er meinte, uns werde nichts passieren, die Vopo werden *nicht* kommen. *Er schlug* vor, wenn die Filmvorführung im Kino der Botschaft zu Ende sei, könnten wir uns unter die Besucher mischen und ungehindert hinausgehen. Diesen Wahnsinn nahmen wir dem Mann nicht übel, wahrscheinlich konnte er gar nicht anders. Wir sagten: Nein, wir leisten passiven Widerstand.

WELT: Wie spät war es inzwischen?

Macke: Es war schon relativ dunkel. Die Amerikaner sahen: Die machen *Nägel mit Köpfen, die gehen nicht* raus. Wir sagten ihnen: Wenn Ihr es verantworten könnt, uns einer garantierten Inhaftierung durch den Staatssicherheitsdienst auszuliefern, *dann müßt Ihr uns heraustragen, freiwillig gehen wir nicht.*

Hejkal: Gegen 18.00 Uhr erfuhren wir durch einen unvorhergesehenen glücklichen Umstand, daß draußen *das Fernsehen* bereitstehe.

Macke: Es kam einer vom Botschaftspersonal – die Botschaft war schon fast leer – und sagte: Ihr könnt nicht hierbleiben. Dann ging er wieder. Ich saß an einer Glastür, durch die ich fotografiert werden konnte. So ist jenes Bild entstanden, das veröffent*licht worden ist.*

Hejkal: Und einen Moment später sind wir aus der Tür herausgetreten ..

Macke: Jörg und ich sind in die Vor*halle gelaufen, da ist ringsum Glas.* Dort standen die Journalisten. Frage: Was läuft hier ab, haltet Ihr den Hungerstreik aufrecht? Antwort: Ja, wir bleiben dabei. Wir wollen unser Ausreisegenehmigung erwirken und wir sind bereit, zu sterben, falls man uns nicht entgegenkommt.

Hejkal: Dann noch einige Personalangaben über uns Sechs, nur 120 Sekungen Zeit.

WELT: Nur 120 Sekunden?

Macke: In 120 Sekunden habe ich über jeden etwas gesagt.

Hejkal: Der Grund: Es war schon *nach 18 Uhr, um 18.15 Uhr mußte* jeder die Botschaft verlassen haben. In dieser Zeit lief alles sehr, sehr schnell ab ...

Macke: Jetzt wurden die Rolläden heruntergelassen, und dann haben wir da in der Botschaft gesessen.

Hejkal: Einige Male wurden wir gefragt, ob wir nicht gehen wollten ...

Macke: Wir sind immer wieder aufgefordert worden, zu gehen.

Hejkal: Man wollte uns auch anfassen, um zu sagen: Komm ...

Macke: Ja, dann kam wieder ein Herr von der Botschaft und sagte, so gehe das nicht, ehrlich, er könne das nicht machen. Wir antworteten: Es ist sinnlos, noch weiter zu diskutieren. Von da an habe ich nicht mehr versucht, zu überzeugen. Und dann kam der junge Diplomat, mit dem wir am Anfang verhandelt hatten. Er machte uns klar: Hier sind sechs Marines, die werden Euch raustragen ...

Hejkal: Es war ungefähr 20.30 Uhr.

Macke: Es war ja Freitagabend, Dienstschluß, Wochenende. Die waren alle tüchtig sauer auf uns. Wir haben uns mit wortlosen Gesten entschuldigt: Es tut uns leid, aber wir haben Jahre gewartet und jetzt ist es uns gleich, wie es kommt. Der junge Diplomat erklärte uns also: Hier kommen jetzt Marines, dann fragen wir Sie nochmals, ob Sie den Raum wirklich nicht freiwillig verlassen möchten. Wir dachten uns: Jetzt tragen sie *uns wirklich raus. Doch der Diplomat* sagte: Nein, Sie kommen in einen anderen Raum, das muß sein. Wir hat*ten uns schon mit den Armen miteinander* verhakt ...

Hejkal: Er sagte, die Botschaft werde sich für uns einsetzen, wenn wir gehen, es werde sicher Möglichkeiten geben ...

Macke: Und dann ging es los. Die sechs Marines kamen rein, vier kamen auf uns zu, die beiden anderen standen an der Seite.

Hejkal: Vier hatten die Transportaufgabe, die *anderen zwei hatten* die Sicherung.

Macke: Kampfanzug, grün-braun-ockergelb gefleckt, Stiefel, schußsichere Westen, Lederhandschuhe, Koppel, Schlagstock, Halfter, schwarzer Helm, Visier, Kinnschutz. So kamen sie rein. Das hatte ich mal im Kino gesehen, als man in *Washington* irgendwelche Demonstranten vom Capitol abdrängte. Wir saßen da, das Genick eingezogen. Noch einmal die Frage.: Wollen Sie vielleicht nicht doch gehen? Die Amerikaner verhielten sich äußerst korrekt. Und dann wurde kein Deutsch mehr gesprochen. He you, come on. Ruhe. Zweite Aufforderung. He you, come on. Nichts. Dann sagte der Soldat etwas zu seinem zweiten Mann und nun trugen sie den ersten von uns raus, ineinen *anderen Raum.* Dann war ich dran.

Hejkal: Ich hatte mir gewünscht, als Dritter an der Reihe zu sein, und so ist es auch gekommen.

Macke: Und dann haben wir da gesessen. Es war dunkel, und wir fragten, *ob wir einen Stuhl kriegen könnten.* Antwort: Hier ist kein Hotel. Wir zogen uns einen riesengroßen Abtreter, eine Art Teppich, heran – aber erst,nachdem die erste Hektik vorbei war und wir wieder einigermaßen normalen Pulsschlag hatten. Wir legten uns hin, um auszuruhen. Noch einmal sagte man uns, wir hätten immer noch die Möglichkeit zu gehen. *Wir haben versucht zu schlafen* und Kräfte zu sammeln.

WELT: *Es war eine Januar-Nacht.* War es kalt?

Macke: Es war kalt. Dazu die nervliche Anspannung. Ich habe tief geschlafen, trotzdem bin ich immer wieder hochgeschreckt. Das ist paradox: Ich war total angespannt, und doch fühlte ich mich am nächsten Morgen unwahrscheinlich frisch. Wir hatten ausgemacht, daß zwei von uns immer wach sein sollten, die anderen vier konnten schlafen. Wir haben uns abgewechselt.



Der Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin: Otto Bräutigam



Vermittler zwischen Ost und West seit zwei Jahrzehnten: der Ostberliner Rechtsanwalt Wolfgang Vogel FOTOS: MEHNER

WELT: Hatten Sie Durst oder Hunger?

Macke: Nein, die nervliche Anspannung war so stark, daß keiner *Hunger oder* Durst verspürte. Wir befürchteten: Irgendwann packen sie uns und schmeißen uns raus.

Hejkal: Nun war es Samstag. Die Botschaft war zu, die Tür abgeschlossen. *Etwa um* 8 Uhr kam ein Amerikaner und fragte, ob wir vielleicht doch gehen wollten, er müsse uns dazu auffordern.

MACKE: Der Mann hat wohl seine Pflicht tun müssen gegenüber der Stasi, die bestimmt alles abgehört hat. Als wieder ein Amerikaner kam, sagten wir, wir möchten Herrn Bräutigam von der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland sprechen. Der Amerikaner meinte, *das werde wohl nicht gehen,* die Presse sei schon so weit informiert, der öffentliche Skandal sei da. Er schüttelte mit dem Kopf und ging wieder.

WELT: Und dann?

Macke: Auf einmal kreuzten zwei Rechtsanwälte vom Büro Wolfgang Vogel auf. Der eine sagte sinngemäß: Mein Kollege und ich, wir sind durch die Regierung der Deutschen Demo*kratischen Republik beauftragt, Ihnen* mitzuteilen, daß Ihr Antrag auf Ausreise genehmigt wird. Bei Herrn Hejkal und Herrn Macke ist es allerdings etwas schwieriger, aber es wird geregelt. Voraussetzung ist jedoch, daß Sie hier herausgehen. Wir fragten: Wann können wir ausreisen? Antwort: Die Genehmigung wird spätestens in vier Monaten da sein, dann dürfen Sie ausreisen – vorausgesetzt es findet sich „keine Leiche im Schrank". Da mußten wir auf unserer Seite einen Mann, der in Bautzen I gesessen hatte, festhalten, er schrie: Sie glauben doch wohl nicht, daß mein Gehirn schon ganz vertrocknet ist? Ich hielt den beiden Rechtsanwälten entgegen: Sie sagen hier, bei den einen von uns sieht es gut aus und bei den anderen sieht es weniger *gut aus – wir lassen uns hier doch* nicht anmachen! Einer der beiden Rechtsanwälte sagte hüstelnd: Dann können wir gehen. Und er fügte hinzu, wir sollten bedenken, daß das Angebot nicht ewig bestehen bleibe.

Hejkal: Ich fand es wichtig, daß die sechs Leute zusammenbleiben, daß da niemand geht.

WELT: Das war um welche Uhrzeit?

Macke: Das war schon nachmittags, zwischen zwei und drei. Nun waren wir wieder für uns allein.

WELT: Haben die beiden Rechtsanwälte die Botschaft verlassen?

Macke: Wir sahen sie sitzen. Wir dachten uns: Die kommen bestimmt noch einmal. Aber sie kamen nicht. Und auf einmal war Herr Bräutigam da. *Er kam mit einem Rechtsanwalt.*

Hejkal: Herr Bräutigam erklärte uns, *was wir* mit unserer Aktion ausgelöst hätten, was alles eingetreten sei. Er sagte, daß solche Angebote, egal wir großzügig sie wären, nicht *lange* bestehen, und die Frist der drei Monate sei in solchen Fällen üblich. Unsere Forderung, ohne Verzug und ohne Zwischenaufenthalt nach West-Berlin übergeben zu werden, sei nicht erfüllbar, weil die andere Seite das Gesicht verlieren würde. Wir sollten *uns alles noch einmal gründlich überlegen,* bevor wir märtyrerhaft etwas bewirkten, was dann als Ergebnis nicht mehr unserem eigenen Interesse entspreche. Wir sollten uns grundsätzlich nur auf unsere Ausreise beziehen, keinen großen Rummel machen, sondern sachlich bleiben, damit eine Verhandlungsgrundlage bestehe. Das war sein Anliegen. Es ging ganz ungezwungen zu. Wir führten *richtige Gespräche, persönliche* Gespräche. Vom Menschlichen her war es sehr erquickend.

Hejkal: Herr Bräutigam gab uns Bedenkzeit. Wir sollten uns das Angebot noch einmal gut überlegen.

Macke: Ich sagte, wir seien bereit entgegenzukommen, damit die „DDR" *ihr Gesicht wahren kann,* aber wir wollten ausreisen, zu unseren Bedingungen, wir müßten Garantien haben. Die Garantien würden wir uns erkämpfen. Herr Bräutigam sagte dann, er sei am Sonntag erreichbar, wenn wir etwas hätten, sollten wir ihn es wissen lassen. Da wußten wir, daß wir jedenfalls die Nacht zum Sonntag noch ruhig schlafen konnten.

WELT: *Wann spielte sich diese Szene ab?*

Macke: Das war am Samstag, gegen 20 Uhr.

WELT: Hat man Ihnen eine Erfrischung angeboten?

Macke: Nein, nichts. Wir waren ja im Hungerstreik. Wir tranken nur Leitungswasser. Jörg hat aber von Herrn Bräutigam eine Schachtel Zigaretten bekommen, weil er gequalmt hatte.

Hejkal: Einmalig. Als ich die aufgeraucht hatte, sagte ich: Jetzt trete ich *noch in den Raucherstreik. Tatsächlich* geht das Rauchen schwer auf den Kreislauf, wenn man nichts ißt. Ich spürte schon, daß ich abbaute. Wir haben die Nacht zum Sonntag, den 22. Januar 1984, gut geschlafen.

WELT: Wie begann der Sonntag?

Macke: Ich habe mich ausgiebigst gewaschen, bis zur Gürtellinie richtig frisch gemacht. Der Vormittag verlief ganz ruhig. Die Zeit verging. Herr Bräutigam kam noch einmal.

WELT: *Wann?*

Macke: Er kam gegen 14.00 Uhr. Mir war klar, *daß* alle unsere Gespräche abgehört wurden. Das ist wie ein Pokerspiel, nur kannte der Staatssicher*heitsdienst* unsere Karten von vornherein. Die von der Stasi hatten sich bestimmt gedacht, sie könnten uns spalten, wenn sie uns ein nettes Angebot machen. Sie haben dann doch begriffen, daß bei uns Leute waren, die Nägel mit Köpfen machten. Wir hatten auch unsere Trümphe. Da war die KVAE-Konferenz in Stockholm (Konferenz über Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa. Die Red.), *der nächste Verhandlungstag war der* Montag. Wenn die Konferenz wegen uns am Montag platzt, dann wäre die „DDR" gezwungen, etwas zu tun. Garantiert hätte uns dann der amerikanische Präsident Asyl gewährt, um ein Exempel der Menschenrechte zu statuieren. Außerdem standen im Februar die Olympischen Spiele bevor. Honecker hätte ja im Falle des ganz großen Skandals sein Gesicht nicht mehr wahren können. *Das* wußten wir.

WELT: Sie sagten, Herr Bräutigam sei gegen 14 Uhr gekommen?

Macke: Er kam, nahm sich einen Stuhl und sagte: Die Sache sei jetzt politisch „ganz oben", es sehe so aus, daß wir ausreisen könnten – in kürzester Zeit. Aber es sei die Bedingung, daß wir nicht direkt von der US-Botschaft *ausreisten. Er wisse nicht,* wie lange diese Situation so gegeben sei, in ein paar Stunden könne es schon wieder ganz anders aussehen. Seine Mitteilung war: Das Angebot steht, Ihr könnt jetzt ausreisen, aber die „DDR" muß ihr Gesicht wahren können. Ihr müßt einen Ausreiseantrag *ausfüllen* und die *Formalitäten* erledigen wie jeder andere, der die Genehmigung zur Ausreise bekommt. Herr Bräutigam kündigte uns an, daß Herr Rechtsanwalt Wolfgang Vogel uns direkt ein Angebot machen werde.

WELT: Und dann ging Herr Bräutigam?

Macke: Bevor er ging, hatten wir uns *Bedenkzeit ausgebeten.* Das wurde uns großzügig eingeräumt. Nach einer Stunde und 20 Minuten wollten wir Bescheid geben. Wir einigten uns in harten Gesprächen darauf, daß wir bereit seien, entgegenzukommen; aber wir wollten eine schriftliche Fixierung, aus der hervorgeht, daß wir *alle – namentlich genannt – das* Gebäude der US-Botschaft nur unter folgenden Bedingungen verlassen: Ort und Zeit zum Ausfüllen der Formulare werden festgelegt; Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der „DDR"; Ausreise auf direktem Wege nach West-Berlin. Die Schriftstücke *sollten in der Botschaft der* Vereinigten Staaten von Amerika in Ost-Berlin, in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland und bei Herrn Vogel hinterlegt werden. Das haben wir nach Ablauf der Bedenkzeit mitgeteilt.

WELT: Und dann kam Herr Vogel?

Macke: *Moment,* wir *stellten* noch die Bedingung, daß wir im Auto von Herrn Bräutigam nach West-Berlin fahren wollten. Unser Risiko bestand ja in der Überführung von der amerikanischen Botschaft, *wo wir* in Sicherheit waren, nach West-Berlin – wie sollte sich das abspielen? Ur*sprünglich hatten wir gefordert,* von der Botschaft direkt nach West-Berlin zu fahren. Unser Entgegenkommen bestand schon darin, daß wir bereit waren, im Haus von Rechtsanwalt Vogel kurze Zwischenstation zu machen, um dort alle Formalitäten mit der „DDR" zu erledigen.

WELT: *Sie haben Herrn Bräutigam Ihre Bedingungen mündlich mitgeteilt?*

Macke: Das hat er mündlich entgegengenommen.

Hejkal: *Ich nehme an, daß sich anschließend* Herr Bräutigam und Herr Vogel zusammengesetzt haben.

Macke: Herr Bräutigam kam noch einmal und sagte, Herr Vogel sei jetzt aus seinem Urlaub in Österreich zurückgekehrt, er werde gegen 17 Uhr hier vorbeikommen. Und dann kam Vogel *persönlich.* Es war *schon nach* 17 Uhr. Die Tür ging auf, die zwei Marines standen dort. Zu unserem Erstaunen sagte *Herr* Vogel – *ich zitiere sinngemäß:* Hören Sie zu, ich habe hier alle Unterlagen, ich bin bevollmächtigt, die Unterlagen fertigzumachen, Sie werden ausreisen können, und Sie müssen mir vertrauen.

Hejkal: Er sagte: Heute abend ausreisen, 20.00 Uhr.

Macke: *Das hat er gesagt. Er hat* nicht erklärt, wie das abläuft, er hat nur gesagt, wir könnten heute abend ausreisen. Wir baten um Bedenkzeit.

Hejkal: Jetzt ging es nur noch um die Sicherheit, um die Garantien, die *wir* wollten.

Macke: Dann sprachen wir wieder mit Herrn Vogel. Ich sagte zu ihm: Wir denken und glauben, daß Ihr Angebot ehrlich und *aufrichtig* gemeint ist. Wir nehmen Ihr Angebot an. Und dann habe ich ihm in unserem Namen die Hand angeboten und er hat sie auch genommen. Anschließend ging es los. Abfahrt zum Haus von Herrn Vogel. Wir bedankten uns bei den Amerikanern, Jörg nahm noch *den Türstopper als Andenken* mit. Den Marines muß das eine Menge Spaß gemacht haben, sie waren sehr menschlich. Und derjenige von ihnen, der oft schroff „seat" befohlen hatte, der war der beste Freund, wir haben ihn umarmt, und er hat uns viel Glück gewünscht. Dann starteten wir.

WELT: Haben Sie auf die Uhr geschaut?

Macke: Es war halb acht Uhr. Herr Vogel holte seinen Mercedes, und sein Mitarbeiter seinen Volvo, wir stiegen am Hintereingang der Botschaft ein. Als wir rausfuhren, hat man auf der anderen Straßenseite die komischen Kutten gesehen, da standen welche in *Zivil* ganz unauffällig herum. Sonst war die Straße wie leergefegt. Herr Vogel fuhr vorschrifts*mäßig, 48 Stundenkilometer, 50 sind* zugelassen. Wir wurden links und rechts von der Polizei eskortiert, wir hatten immer freie Fahrt. Ich saß neben Herrn Vogel, und er hat mir die Sache erklärt.

WELT: Während der Fahrt?

Macke: *Während der Fahrt. Ein väterlicher Mann.* Er sagte sinngemäß: Wir fahren in mein Büro. Wir gehen in den Warteraum, da bekommt jeder von mir einen Stift, und dann kommt ein Herr, der wird immer dabei sein. Ihr alle füllt die Anträge auf Ausreise aus, keine Fragen, es ist alles ok. Wir werden *dann die Formulare nehmen* und gehen, um die Entlassungsurkunden zu holen, das wird vielleicht eine halbe Stunde dauern.

WELT: Und so ist es dann abgelaufen?!

Macke: Es ging recht nett zu. Wie von Herrn Vogel angekündigt, kam einer, der hatte eine Schiffchen-Mütze auf, wie man sie in der „DDR" trägt, eine Pelzmütze, die wie ein Schiff gemacht ist. Es war ein groß gewachsener Sachse. Er hatte uns die Entlassungsurkunden auszuhändigen. Sie zu begründen, das lag unter seiner Würde. Ihm fiel dieser Auftritt sichtlich schwer.

> „ Er hat die Madonna um Hilfe angefleht, und es ist wirklich ein Glück gewesen. Wir müssen glücklich und zufrieden sein, daß alles so abgelaufen ist. "

Hejkal: Dann sind wir wieder in die Autos eingestiegen.

WELT: Wieder eskortiert von den „Trabant"-Autos der Polizei?

Macke: Ja, links und rechts wieder die Autos. Herr Vogel sagte noch: Schauen Sie sich die Stadt noch einmal an, Sie werden sie so schnell nicht wiedersehen. Plötzlich das grelle Licht an der Grenze, Grenzübergang *Invalidenstraße. Die innerliche* Anpassung wurde noch einmal rasend. Ich versuchte, ganz ruhig zu *atmen:* Wenn jetzt noch etwas passiert, dann kannst du sowieso nichts machen. Schlagbaum hoch, der Posten salutierte, es kam ein Major in Watteuniform, Herr Vogel drehte die Scheibe herunter und zeigte die sechs Identitätsbescheinigungen vor, der Major behielt sie ein, gab das Zeichen *zum Weiterfahren, es kam noch ein* Zöllner, wieder ein Schlagbaum und dann waren wir auf der britischen Seite. Es war fünf Minuten vor 21 Uhr. Wir hatten es geschafft. Herr Vogel hatte schon vorher dafür gesorgt, daß wir bei einer Hilfsorganisation auf der Westberliner Seite für zwei Tage unter*kommen konnten.*

WELT: Und wie fühlten Sie sich jetzt?

Macke: Wir waren im Westen. In diesem Augenblick habe ich es auch geglaubt, wir alle haben es jetzt geglaubt. Herr Vogel fuhr uns nach Charlottenburg. Dort sind wir begrüßt worden. Wir haben Herrn Bräutigam zum Essen eingeladen, er hat aber die Einladung umgedreht. Es gab Hähnchen mit Gemüsebeilage. Nach den Hungertagen hat es ganz toll geschmeckt. Herr Bräutigam ist der feinste Mensch, den ich je kennengelernt habe. Wir haben uns unterhalten. Herr Vogel war *dabei.* Er sagte: Ich war ja in Österreich, vielleicht wissen Sie das. Auf der Herfahrt habe ich an *einer kleinen* Madonnenkapelle angehalten: Hoffentlich geht das gut!

Hejkal: Er hat die Madonna um Hilfe angefleht, und es ist wirklich ein Glück gewesen. Wir müssen glücklich und zufrieden sein, daß alles so abgelaufen ist.

In der nächsten Ausgabe:

Die „Nationale Volksarmee" in der „DDR" wird auf Angriff gedrillt. Ihr wird ein totales Feindbild über die Bundesrepublik Deutschland anerzogen.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Berliner Mißklänge

„Dissonanzen auf dem Programm der Berliner Philharmoniker": WELT vom 2. Juni

Sehr geehrte Damen und Herren,

richtig ist, daß für Herrn von Karajan das Kammermusikensemble von 24 Musikern ein wesentlicher Störfaktor für seine Zusammenarbeit mit dem Berliner Philharmonischen Orchester war – und dies mit Recht. Deswegen habe ich dem Chefdirigenten Mitte vergangenen Jahres versprochen, dieses Problem zu lösen.

Dies habe ich auch getan. Nach langen Gesprächen mit Mitgliedern des Kammermusikensembles und des Orchesters ist nun die Regelung gültig, daß nie mehr als 13 Musiker des Berliner Philharmonischen Orchesters gemeinsam in einem kammermusikalischen Ensemble auftreten dürfen. 13 Mitwirkende hat auch das größte der – von Herrn von Karajan ja prinzipiell befürworteten – Kammerensembles (die Bläser). Dies ist im übrigen auch die Zahl, die sich die Wiener Philharmoniker als Selbstbeschränkung auferlegt haben. Ich habe den Intendanten gebeten, bei allen Engagements streng darauf zu achten, daß diese Zahl nicht überschritten wird.

Von dieser Linie werde ich nicht abgehen, auch nicht für ein Konzert *in New York*, von dem Sie sprechen. Ich weiß von den Vertretern des Orchesters, daß sie in dieser Angelegenheit *meine Auffassung teilen*. Sie kennen keine Absicht, gegen diese Regelung zu verstoßen. Wäre zu diesem Thema bei den Philharmonikern oder bei mir recherchiert worden, hätten wir vor Abfassung des Artikels diesem neuen *Unruhefaktor für das Verhältnis* zwischen Herrn von Karajan und den Philharmonikern vorbeugen können. Angesichts der „zentrifugalen Lage" zwischen Herbert von Karajan und dem Berliner Philharmonischen Orchester hat die unzutreffende Darstellung zu Ihrem Artikel meine Bemühungen um eine Fortführung dieser Zusammenarbeit nicht erleichtert. Gerade, um diese Fortführung zu ermöglichen, habe ich gegenüber dem Orchester die Abschaffung des Kammerensembles durchgesetzt. Gerade deshalb hielt ich andererseits den Appell an Herrn von Karajan für angemessen, die Absage des dritten Konzerts in Salzburg rückgängig zu machen. Daß nämlich das Ersetzen der Berliner durch die Wiener das Orchester ins Mark trifft, kann auch der entfernteste Betrachter der Szene nachvollziehen. Ebenso klar ist, daß Grundstörungen dieser Art sich dem Einfluß durch administrative Weisungen, nach denen Sie rufen, völlig entziehen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Volker Hassemer,
Der Senator für Kulturelle Angelegenheiten, Berlin

Alternative

Sehr geehrte Damen und Herren,

rund 40 % der Arbeitnehmer sind gewerkschaftlich organisiert, rund 60 % der Arbeitnehmer sind nicht organisiert. Rund 80 % der Organisierten stimmten in den Urabstimmungen für Streik, das entspricht rund 32 % der Gesamtarbeitnehmer.

Diese 32 % (also weniger als ein Drittel aller Arbeitnehmer) setzen ihren Willen auch mit Gewalt durch, sie behindern die gesamte Bevölkerung mit Nachrichtenentzug. 68 % werden auch mit Gewalt daran gehindert, der Arbeit nachzugehen, die sie ausführen wollen, um den fälligen Lohn zu kassieren.

Für 32 % zahlt die Gewerkschaftskasse Ersatz für Lohnausfall, die 68 % gucken in eine vollkommen leere Röhre.

Wie ist eigentlich die rechtliche Lage, wenn die 68 %, die arbeiten wollen aber nicht sollen, alle Ein- und Ausgänge der gewerkschaftseigenen Betriebe wie DGB-Büros, Bank für Gemeinwirtschaft, PLAZA, Comet, Neue Heimat etc. etc. belagern, absperren, und damit die Geschäftstätigkeit dieser Betriebe lahmlegen? Man könnte sich so etwas in unserer „Bananen-Republik" (Originalton Mayr/IG Metall) doch vorstellen?

Mit freundlichem Gruß
B. Kümmel,
Bremen 1

Wort des Tages

„Mit Terror kann man niemanden zum Schweigen bringen; man kann ihn höchstens zwingen, leiser zu reden."

Ignazio Silone; ital. Schriftsteller (1900–1975)

Denkfehler

„Verhalten des MAD im Fall Kießling alarmierend": WELT vom 28. April

Sehr geehrte Herren,

der Wunsch von Generalbundesanwalt Rebmann, an der Spitze des MAD (eines Dienstes der Bundeswehr, nicht etwa der Bundeswehrverwaltung!) einen „erfahrenen Juristen" zu stellen, ist durchaus verständlich: er leitet sich aus dem tragischen Übersetzungsfehler („civic control" als politische Führung mit „ziviler Kontrolle") ab und läßt sich mit dem klassischen Juristenmonopol Stein- und Bismarckscher Prägung („Ein Jurist muß alles können") begründen (was in der Zeit gerechtfertigt war, in der sich die akademische Ausbildung der Staatsbeamten auf die Kameralwissenschaften bezog). Er wird aber sachlichen Erwägungen nicht gerecht. Diesem Gedanken liegt eine ähnliche Vorstellung zugrunde wie der unlängst seitens des nordrhein-westfälischen Innenministers Schnoor geäußerten Empfehlung, „jeden zweiten Arbeitsplatz beim MAD mit einem Beamten der Kripo oder einem Beamten des Verfassungsschutzes zu besetzen" *(Spiegel 13/1984). Für die Bundeswehr* gilt zwar uneingeschränkt das oder der Primat der Politik, aber sie braucht ebenso sehr eine Einschränkung und nicht eine Ausweitung des „zivilen" Anteils.

Der Generalbundesanwalt setzt als Qualifikationsmerkmal für den MAD-Amtschef die Fähigkeit zu umfassender und objektiver Sachverhaltsaufklärung sowie zur Darlegung nicht nur belastender, sondern auch entlastender Umstände voraus. Nichts anderes verlangen HDv 100/100 und HDv 100/200 von jedem Offizier.

Es erscheint mir zu früh, bereits jetzt ein abschließendes Urteil über das Verhalten der MAD-Spitze abzugeben. Selbst negative Einschätzungen *der Entscheidungen des Amtschefs des MAD sollten aber dann nicht dem gesamten Berufsstand angelastet werden. Man müßte sonst* nach den Erfahrungen mit verschiedenen Verfassungsschutzpräsidenten *für solche Positionen Juristen ausschließen und hierfür Generale empfehlen.*

Mit freundlichen Grüßen
Prof. Dr. G. Hahn,
Erlangen

Indische Armee stürmt Goldenen Tempel

Gefechte mit militanten Sikhs / Ihr Führer in Haft? / Truppen kontrollieren den Pandschab

PETER DIENEMANN, **Neu-Delhi**

Vom Dach des Goldenen Tempels in Amritsar rattern Maschinengewehre, *Mörsergranaten, gefeuert aus* dem weiträumigen Tempelkomplex, schlagen in die Straßen der Umgebung ein. Jene Stadt, die nach dem Wunsch der Sikhs zur „Heiligen Stadt" erhoben werden sollte, ist im Kriegszustand. Die Sicherheitskräfte, die seit Sonntag den Tempel belagern, erwiderten zunächst das Feuer nur sporadisch. Am frühen Mittwochmorgen stürmten Soldaten den Tempel, wie offiziell in Neu-Delhi bestätigt wurde.

Wie *zusätzlich aus Polizeikreisen* verlautet, lieferten sich militante Sikhs und indische Truppen schwere Gefechte. Die Kämpfe konzentrierten sich um den Turm, in dem sich der Führer der militanten Sikhs, Jarnail Singh Bhindranwale, verschanzt haben soll. Dagegen habe der Chef der gemäßigten Partei Alkali Dal, Harchand Singh Longowal, aufgegeben. Nach Meldungen von dpa sind beide Führer festgenommen worden. Etwa 700 Anhänger Bhindranwales hätten sich ergeben.

Trotz totaler Ausgangssperre im indischen Bundesstaat Pandschab und Kontrolle durch die Armee sind seit Montagnacht nach offiziellen Angaben in Neu-Delhi 20 Menschen von Sikhs ermordet oder in Feuergefechten mit den Sicherheitskräften getötet worden.

Seit der Nacht zum Mittwoch gehen Truppen in ganz Pandschab gegen Sikh-Tempel vor, die Sikh-Kämpfern als „Stützpunkte" dienen. Nach unbestätigten Berichten drangen *Soldaten in 26 Tempel ein*, nahmen mehr als tausend Sikhs fest und erbeuteten große Mengen Waffen und Munition.

Die Belagerung anderer Gurdwaras, wie die Sikh-Tempel heißen, scheint erste Erfolge zu bringen. Ein Sprecher des Innenministeriums sagte, daß 200 Menschen Tempel im Pandschab verlassen und sich den Sicherheitskräften gestellt hätten. Angeblich soll es sich um Terroristen handeln, die ihre Waffen gestreckt haben.

Anderen Berichten zufolge verließen „Gläubige, die beim Gebet von der Belagerung überrascht worden waren" und die völlig unbeteiligt sind, mit Einverständnis der Sikh-Führer die Tempel. Berichte fließen nach einer totalen Nachrichtensperre durch die indische Regierung und nach der *Ausweisung ausländischer* Journalisten aus dem Pandschab nur spärlich und heizen so in Neu-Delhi *die Gerüchteküche* an.

Der Grundstein des Goldenen Tempels wurde zu Beginn des 16. Jahrhunderts gelegt, der Ort zur heiligen Stadt (zum „Vatikan") der Sikhs ernannt. Fertiggestellt wurde der Tempel – aus weißem Marmor und mit goldenem Dach, umgeben von einem künstlichen See – aber erst im 19. Jahrhundert. Hier hat der *letzte*, der zehnte Guru, Gobind Singh, gelehrt, und hier wird der „Granth Sahib", die Bibel der Sikhs, aufbewahrt.

In einer Fernsehrede hatte Ministerpräsidentin *Indira* Gandhi das Anrücken der Armee und die Übernahme aller Sicherheitsfunktionen durch die rund 200 000 Soldaten im Pandschab bekanntgegeben. Erstmals seit Beginn der Unruhen vor etwa zwei Jahren hat Frau Gandhi auch persönlich an die Sikh-Partei Akali-Dal appelliert, die Agitation zu beenden.

Der harten *Maßnahme Neu-Delhis*, die einer Notstands-Erklärung gleichkommt, war eine Woche der bisher *blutigsten Unruhen* mit mindestens 100 Toten vorausgegangen.

Nachdem Verhandlungen zwischen der Regierung und der Akali-Dal-Führung nicht mehr stattfanden und die im Pandschab eingesetzten Sicherheitskräfte offensichtlich nicht mehr Herr der Lage waren, wird in Neu-Delhi der Armee-Einsatz als vorerst letzte Trumpfkarte der Ministerpräsidentin im Kräftespiel mit den Akalis gewertet, ausgelöst durch die Ankündigung der Sikh-Partei, ab Montag per Straßen- und Schienenblockade den Abtransport der außerordentlich guten Weizenernte zu verhindern. Dies hätte ganz Indien betroffen, da der Pandschab als Kornkammer des Landes gilt und zahlreiche andere Bundesstaaten vom „Sikh-Weizen" abhängig sind.

Während alle indischen Oppositionsparteien den Schritt der Ministerpräsidentin begrüßen, der nach deren Meinung „schon längst fällig war", reicht die Reaktion der Bevölkerung von schweigender Zustimmung bis hin zur Erleichterung – auch unter jener Mehrheit der Sikhs, die wenig Verständnis für Extremisten oder *die Akali-Dal-Partei* zeigten, nachdem sie erkannt hatten, daß ihr die Unruhen im Staat erhebliche *wirtschaftliche* Nachteile bringen.

Frau Gandhi geht es darum, mit Hilfe der Armee eine Ausweitung des Terrorismus zu verhindern. Fernziel der Politik Neu-Delhis ist freilich, auf lange Zukunft hinaus die Akali-Dal-Partei von jeglicher Machtfunktion im Staate Pandschab fernzuhalten und die Struktur der Partei durch provozierte innerparteiliche Zwiste zu zerstören.

Von Verhandlungen zwischen Neu-Delhi und Amritsar ist keine Rede mehr; je länger der *Konflikt politisch* ungelöst bleibt, desto mehr zerfällt die Partei der Sikhs und desto *näher kommt Indira Gandhi* ihrem Ziel. Zwar hat sie den religiösen Forderungen der Akali-Dal nachgegeben, doch über den eigentlichen Wunsch der Partei, im Pandschab mitregieren zu dürfen, läßt die Ministerpräsidentin nicht mit sich reden.

Der Goldene Tempel – Stätte der Pilger, aber auch Unterschlupf für Sikh-Extremisten FOTO: HEIDI PETER

Personalien

AUSZEICHNUNGEN

Auf Vorschlag des baden-württembergischen Ministerpräsidenten **Lothar Späth** wurde **Heinz Rudolf Fritsche** aus Fellbach-Schmiden von Bundespräsident **Karl Carstens** für seine besonderen Verdienste um die Eingliederung der Heimatvertriebenen, vor allem aus Schlesien, sowie für seinen Einsatz im Rundfunkbereich, mit dem Verdienstkreuz I. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet. Fritsche, 1912 in Breslau geboren, begann seine berufliche Laufbahn als Rundfunkjournalist. Er studierte Germanistik, Geschichte und Musikwissenschaft an der schlesischen Friedrich-Wilhelm-Universität zu Breslau. Nach dem Staatsexamen begann er 1935 in der Abteilung Zeitgeschehen beim Reichssender Breslau. Während des Krieges richtete Fritsche zunächst einen Soldatensender in Saloniki ein und war dann von 1942 bis 1944 Programmleiter im Soldatensender Belgrad. Nach der Kriegsgefangenschaft war er Dramaturg und stellvertretender Intendant am Hohenzollerischen Landestheater in Sigmaringen, bis er 1955 an den Süddeutschen Rundfunk (SDR) in Stuttgart berufen wurde. 1960 war er Korrespondent der ARD und des SDR in Jugoslawien und im ehemals Belgisch-Kongo tätig; anschließend Moderator des „Magazins der Woche" der ARD. Von 1963 bis 1970 war er Pressechef des SDR und schließlich von 1971 bis 1976 Leiter des von ihm aufgebauten *Südfunk-Regional-Studios* in Ulm. Im März 1976 schied Fritsche nach über 40jähriger Tätigkeit beim Rundfunk aus, um sich stärker seinen rundfunkwissenschaftlichen Arbeiten widmen zu können. Seit über 20 Jahren arbeitet er an der Ermittlung, Sicherstellung und Auswertung von Quellen für eine Publikation zur Geschichte des Rundfunks in Schlesien.

*

Während der Vertreterversammlung des Kartell-Verbandes Katholischer Deutscher Studentenvereine in Aachen, ist der Karl-Sonnenschein-Preis verliehen worden. Die nach dem Priester und Sozialreformer benannte Auszeichnung wird in jedem Jahr für hervorragende wissenschaftliche Leistungen verliehen. 1984 teilen sich den mit 3000 Mark dotierten Preis **Ulrich Reusch** und **Ludwig Holzfurtner**. Reusch erhielt die Auszeichnung für seine Dissertation „Deutsches Berufsbeamtentum und britische Besetzung" und Holzfurtner für seine Arbeit über die Gründungsgeschichte der bayerischen Klöster.

GEBURTSTAGE

Der in München lebende Reiseschriftsteller, Dr. **Hans-Otto Meissner**, feierte seinen 75. Geburtstag. Seit 35 Jahren ist Meissner als freier Schriftsteller tätig. Seither liefernihm seine Hobbys, weltweite Reisen und Jagden spannende Stoffe für seine rund 65 Bücher, von denen einige auch verfilmt wurden. Meissner, der selbst sechs Sprachen spricht, verbringt auch heute noch jedes Jahr vier bis fünf Monate in Übersee, stets auf der Suche nach neuen Abenteuern. Mit seinen Publikationen, die seit 20 Jahren im C.

Hans-Otto Meissner FOTO: C. BERTELSMANN

Bertelsmann-Verlag erscheinen, hat er sich einen Ruf als herausragender Reiseschriftsteller erworben. Sein neuestes Buch wird im Oktober dieses Jahres veröffentlicht. Er zeichnet darin die Biographie des französischen Forschers und Entdeckungsreisenden **Laperouse**, der als Größter nach **James Cook** gilt und dessen Schiffe Ende des 18. Jahrhunderts in der Südsee verschollen sind.

*

Der frühere Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen, **Hans Thimme**, feierte gestern seinen 75. Geburtstag. Als grundlegende „Bekenntnisstation" seines Lebens hat der Professorensohn aus Fallersleben stets die Teilnahme an jener Synodaltagung gewertet, bei der am 31. Mai 1934 die Barmer Theologische Erklärung verabschiedet wurde. Hans Thimme wuchs in Westfalen auf, studierte Theologie in München, Berlin, Marburg, Münster und Princeton in den USA. Nach Jahren des Dienstes im Gemeindepfarramt und einer Zeit als Soldat, leitete Thimme von 1947 bis 1956 das Predigerseminar der Westfälischen Kirche. Ab 1957 Westfälischer Oberkirchenrat, seit 1960 Theologischer Vizepräsident der Kirchenleitung, wurde Thimme 1969 Nachfolger von Präses **Ernst Wilm**. Darüber hinaus wirkte der Theologe in wichtigen missionarischen, entwicklungspolitischen und ökumenischen Gremien, in der Bundesrepublik Deutschland und auf internationaler Ebene. Von 1973 bis 1979 war Thimme Mitglied des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, von 1977 bis 1981 Vorsitzender des Gemeinschaftswerkes der Evangelischen Publizistik.

ERNENNUNG

Das Kuratorium des Deutschen Krebsforschungszentrums hat Dr. **Reinhard Grunwald** (41) zum 1. Juli 1984 als administratives Mitglied des Stiftungsvorstandes des Deutschen Krebsforschungszentrums berufen. Grunwald hat Rechtswissenschaften in Göttingen und München studiert und an der University of Southern California, Berkley, seinen Master of Laws erworben. Nach Tätigkeit als Wissenschaftlicher Assistent an der Universität Göttingen hat er als Assistent der Geschäftsführung des Max-Planck-Instituts für Plasmaphysik in Garching und als späterer Leiter der Personalabteilung Erfahrungen in administrativen, organisatorischen und konzeptionellen Angelegenheiten einer Großforschungseinrichtung gesammelt.

Der Dokumentarfilmproduzent und Fotograf **Alfred Ehrhardt** ist im Alter von 83 Jahren in Hamburg gestorben. Ehrhardt, Jahrgang 1901, studierte von 1921–26 Musik und bildende Kunst in Hamburg, arbeitete dann 1927–28 am Bauhaus in Dessau mit Kandinsky, Klee, Schlemmer und Albers zusammen. Von 1929–33 war er als freischaffender Künstler, dann als Dozent an der Hochschule für bildende Künste in Hamburg tätig, bevor er 1933 von den Nationalsozialisten entlassen wurde. Von 1936–45 publizierte er Bücher über Island, die Kurische Nehrung in Ostpreußen, Kristalle, Muscheln und Schnecken, das Watt und die Mikrobiologie. Außerdem schuf er 52 Kultur- und Dokumentarfilme, für die er mit fünf Bundesfilmpreisen und 23 in- und ausländischen Auszeichnungen, darunter 1950 den 1. Preis auf der Biennale in Venedig, geehrt wurde.

Urteil über den MAD: Fehler und Versagen

Kontrollkommission erörtert den Höcherl-Bericht

MANFRED SCHELL, Bonn

Ein vernichtendes Urteil über den Militärischen Abschirmdienst (MAD) hat die unabhängige Kommission unter Vorsitz des früheren Bundesinnenministers Hermann Höcherl in ihrem Prüfungsbericht gesprochen. Der Bericht war gestern Gegenstand der Beratungen in der Parlamentarischen Kontrollkommission des Bundestages. Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner hat angekündigt, er werde den MAD neu formen.

Nach WELT-Informationen heißt es in dem Bericht, die „Kommission hat Gründe offensichtlichen Fehlverhaltens und handwerklichen Versagens festgestellt". Neben der Beschreibung gravierender Mängel innerhalb des Nachrichtendienstes schildert die Kommission dann das „Betriebsklima" im MAD so: „Als bedrückend wurde empfunden, wie Stabsoffiziere im MAD übereinander redeten und sich gegenseitig abqualifizierten. In diesem unerträglichen Betriebsklima spiegeln sich die Fehler der Personalstruktur und Personalführung wider. Deutlich wird aber auch, daß die soldatische Tugend der Kameradschaft im MAD vielfach in Vergessenheit geraten ist. Das vorgefundene Mißtrauen zwischen Inhabern von Führungspositionen schließt eine erfolgreiche Zusammenarbeit aus".

Kein Vorwurf an Wörner

In dem Bericht wird kein Vorwurf an die Adresse von Minister Wörner erhoben, der seit Herbst *1982 auf der* Bonner Hardthöhe amtiert. Die Zustände, die von der Kommission geschildert werden, sind schließlich in der Amtszeit von SPD-Verteidigungsministern (seit 1969) entstanden. Die Kommission schlägt ein MAD-Gesetz vor. Sie ist der Meinung, daß der Eingriff in die Persönlichkeitsrechte durch die Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel sowie der Verarbeitung personenbezogener Daten ein Gesetz verlangen. Die Koalition hat keine grundsätzlichen Bedenken dagegen, vorausgesetzt, daß damit nicht zugleich die Forderung nach einem Gesetz für den Bundesnachrichtendienst (BND) verknüpft wird. Die Kommission *stellt aber klar, daß „Pannen" beim* MAD „nicht auf ungenügende rechtliche Grundlagen oder mangelnde Kompetenzen zurückzuführen sind". Als „Schwäche in der Gesamtorganisation" wird aufgeführt: „Zerstückelung von Aufgaben und deren Zuordnung zu Mini-Dezernaten mit der Folge unrationeller Arbeitsabläufe". Bei den MAD-Gruppen gebe es Aufgabenüberschneidungen und „viel unproduktive Formalarbeit".

Fehlende Konzeption

Noch schwerwiegender sind die Vorwürfe, *die von der Kommission* auch gegen die „Grundsatzarbeit" des MAD gerichtet werden. In dem Bericht heißt es dazu: „Es fehlen: Konzeption und Führungsgrundsätze auch für den Verteidigungsfall; Raster und Profile für verfassungsfeindliche Kräfte und für Agenten der gegnerischen Dienste; einheitliche Maßstäbe für die Bewertung von Sicherheitsrisiken". Die Auswertung „ist unzureichend" und das „Abschottungsgebaren überzogen".

Deutliche Kritik äußert die Kommission auch an der Kontrolle über den *MAD. Die ministerielle Aufsicht* beschränke sich auf eine „Vorgangskontrolle", das heißt auf Akten, die vom MAD vorgelegt werden. „Eine ausreichende Fachaufsicht findet nicht statt. Die Praxis der Dienstaufsicht sind Höflichkeitsbesuche, die primär dem persönlichen Kennenlernen dienen." Die Datenverarbeitung führe in dem Nachrichtendienst „ein Eigenleben". Die Meldewege seien zu kompliziert und zu vielschichtig. „Vom Ermittler-Feldwebel bis zur Leitung des Bundesverteidigungsministeriums durchläuft ein Vorgang im Extremfall 18 Stufen". Die operativen Einheiten des MAD seien nicht ausgelastet und „das Eigenaufkommen an Informationen ist gering".

Die „Stehzeiten" bei dem MAD-Personal - 500 Offiziere, 600 Unteroffiziere und Feldwebel und 1 000 Zivilisten - werden von der Kommission als nachteilig für die Motivation im Nachrichtendienst empfunden. Viele Soldaten seien mehr als 10 Jahre im MAD, bei 20 Prozent der Oberstleutnante und bei 35 Prozent der Obersten seien es sogar 15 Jahre. Die Kommission dazu: „Auf einen dynami*schen Offizier wirken Dauerverwen*dungen dieser Art abschreckend."

DGB hält sich mit Streikaufruf zunächst zurück

● Fortsetzung von Seite 1

Verhandlungen in Stuttgart ließ es der Vorstand der Bayerischen Metall-Industrie gestern offen, ob heute in dieser vom Streik bislang nicht betroffenen Region ausgesperrt werden soll. In München war die Rede von einer „gewissen Entspannung". In Hessen wird es auf absehbare Zeit nicht zu regionalen Tarifverhandlungen kommen. Die Metallarbeitgeber in Frankfurt verwiesen mit ihrer Absage an die Gewerkschaft auf die laufenden Verhandlungen in Stuttgart, die mit dem Ziel geführt würden, dort ein Ergebnis für alle Tarifgebiete zu finden.

Aussperrungen in nicht bestreikten Tarifbezirken sind nach Auffassung von Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff „sicherlich problematisch". In einem Rundfunkinterview betonte der Minister, in einem solchen Fall entstünden „rechtliche Zweifelsfragen". Er forderte eine erneute grundsätzliche Diskussion über das Streikrecht.

Besorgt hat sich auch Bundesarbeitsminister Norbert Blüm über die Überlegungen der bayerischen Arbeitgeber gezeigt, außerhalb von Streikgebieten auszusperren. Er nannte dies eine „miserable Nachricht". Im Deutschlandfunk warnte er vor einer solchen Verschärfung des Arbeitskampfes und fügte hinzu: „Wir brauchen jetzt keine Verschärfung, Scharfmacher sind jetzt wirklich nicht gefragt, wir brauchen Entspannung." Der Minister sagte: „Ich habe immer den Arbeitnehmern ge*sagt, überlasst Euch nicht den Ideolo*gen. Und ich empfehle den Unternehmern, überlasst Euch nicht den Übereifrigen." Gefordert sei eine Koalition der Besonnenheit: „*Die Besonnenen* auf beiden Seiten müssen jetzt aufeinander zugehen. Vielleicht hat noch nicht jeder entdeckt, was eigentlich auf dem Spiele steht."

Die Verhandlungen zur Lösung des Tarifkonflikts in der Druckindustrie sind auf den heutigen Vormittag vertagt worden. Vermittler Biedenkopf (CDU) erklärte, man habe zunächst eine Grundsatzdiskussion geführt, aber auch „bei der Strukturierung des umfangreichen und sehr diffizilen inhaltlichen Stoffes" Fortschritte erzielt. Die Verkürzung der Wochenarbeitszeit wurde kaum diskutiert.

Der Vermittler Biedenkopf doziert über den Zwang zu einer Einigung

„Sachlichkeit" gelobt / IG Druck scheint voll auf den CDU-Politiker zu setzen

G. BADING, Düsseldorf

Später Mittwoch abend in Düsseldorf. Vor dem Konferenzraum im Seitentrakt des *Hilton-Hotels* stehen äußerlich unbeteiligt zwei Dutzend Journalisten herum. Man rechnet jederzeit damit, daß das Spitzengespräch der *IG Druck* und Papier mit dem Bundesverband Druck platzt, daß man in der neunten Streikwoche wieder einmal auseinandergeht, ohne einen Schritt weitergekommen zu sein.

Nach vier Stunden ununterbrochener Konferenz öffnet sich die Tür zum Salon Essen. Die Kameras surren. Der Verhandlungsführer der Druck-Arbeitgeber, Manfred Beltz Rübelmann, gibt eine knappe Erklärung ab. Konzentriert, sichtlich bemüht, nicht zuviel zu sagen und keine falschen Hoffnungen zu wecken, verweist er auf die „sachliche" Atmosphäre, spricht von Auslotung des Verteilungsspielraums, von Diskussion über den „Korridor", in dem man sich bewegen könne, um den wochenlangen Arbeitskampf zu beenden. Schließlich läßt er sich das Wort abringen, man sei „ein Stück weiter" gekommen. Ein Mann, der sich nicht gern während des Spiels in die Karten sehen läßt, der Alleingänge bevorzugt.

Nur einmal wirkt er *gelockert*. Der Verhandlungsführer des Bundesverbandes Druck bescheinigt dem „Vermittler" Kurt Biedenkopf, daß er in den Gesprächen eine „gute *Rolle*" gespielt habe. Die Gewerkschaft scheint sogar ihre ganze Hoffnung auf den CDU-Politiker zu setzen. IG-Druck-Chef Erwin Ferlemann wirkt erleichtert, als er nach Beltz Rübelmann vor Kameras, Mikrophone, Stenoblocks tritt. „Grundlagenforschung" habe man betrieben, sagt er und stimmt – wenigstens hier – mit dem Arbeitgebersprecher überein. Für Kurt Biedenkopf ist er des Lobes voll. Er gibt ihm die Note „sehr gut". „Wir wären ohne ihn nicht an einen Tisch gekommen." Als Dritter wird Professor Biedenkopf befragt. Er teilt die vorsichtig optimistische Einschätzung der Verhandlungsführer, spricht von „guter Atmosphäre", lobt „Sachlichkeit und Ernsthaftigkeit", mit der man sich um einen Kompromiß bemühe. Das Professorale hat sich der Landespolitker Biedenkopf längst abgewöhnt; hier bricht es noch einmal durch: „Die Tarifautonomie impliziert auch die objektive Notwendigkeit, sich zu einigen", doziert er. Zwi*schenfrage*: „Ist das eine Hoffnung?" Biedenkopf: „Es ist eine Erfahrung. Das ist mehr."

In der Pause geht man zusammen zum verspäteten Abendessen. Der CDU-Politiker ißt mit den Gewerkschaftern. Auf dem Weg dahin spricht der Theoretiker über seine „sehr interessante Erfahrung" hier in der Praxis. Der stellvertretende Gewerkschaftsvorsitzende Detlef Hensche, gegenüber *Unionspolitikern sonst* stets zu scharfem Ton bereit, fragt freundlich zurück: „Glauben Sie, daß Sie das in einer Woche auch noch sagen?" Ferlemann wirft ein: „Erfahrungen werden Sie dann auch noch haben." Der Optimismus Biedenkopfs lässt diesen Anflug von Pessimismus nicht gelten. Er setzt seinen Gedanken über die systembedingte Notwendigkeit einer Einigung fort: „Nein, nein. Sie kommen auch zum Ziele. Es gibt Zwänge, denen sich niemand entziehen kann." Wann – darüber sagt allerdings auch der Professor nichts.

Vorerst kein Arbeitskampf bei Textil

In wichtigen Streitpunkten signalisieren die Tarifparteien leichte Annäherung

gba. Bonn

Die Gefahr eines Arbeitskampfes in der Textilindustrie um die Verkürzung der Lebensarbeitszeit scheint vorerst gebannt zu sein. Zwar ist in sieben Tarifgebieten das Scheitern der Verhandlungen erklärt worden, und die regionale Tarifkommission für Westfalen hat auch schon für 20 Betriebe Urabstimmungen beim Hauptvorstand der Gewerkschaft Textil Bekleidung (GTB) beantragt. *Es gab auch erste Warnstreiks*, und Vorbereitungen für Urabstimmungen sind angelaufen. Die Verhandlungen im Tarifbezirk Nordrhein, die bis in den *Mittwochmorgen hinein* dauerten, haben aber nach Angaben aus Gewerkschaftskreisen Annäherung in einem der beiden wichtigsten Streitpunkte gebracht, so daß man in die heutigen Verhandlungen in Krefeld „nicht mit Pessimismus" geht.

Der Streitpunkt in der Auseinandersetzung um die Einführung einer „Tarifrente" von 75 Prozent des letzten Monatsbruttolohnes für alle Arbeitnehmer ab 58 Jahren war im Textilbereich vor allem die Forderung der Gewerkschaft nach Einbeziehung der Einmalzahlungen wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld in die Berechnungsgrundlage für das Vorruhestandsgeld. Dies sei aufgrund des vergleichsweise niedrigen Einkommensniveaus notwendig, damit vor allem die älteren Arbeitnehmer eine solche Regelung akzeptieren könnten. Zweiter Streitpunkt ist die von den Arbeitgebern verlangte „Gegenseitigkeit des Freiwilligkeitsprinzips". In der Nahrungsmittelindustrie, *wo* eine zentrale Empfehlung von Arbeitgebern und der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten (NGG) für einen Tarifabschluß über den Vorruhestand vorliegt, ist dieser Streitpunkt von vornherein erledigt worden. Man verständigte sich darauf, daß die Ablehnung des Arbeitnehmerantrags auf Gewährung des Vorruhestands nur die Ausnahme bei schwerwiegenden betrieblichen Gründen sein soll – etwa bei Schwierigkeiten, einen älteren hochspezialisierten Arbeitnehmer zu ersetzen. Die GTB ist jedoch gegen solche Einspruchsrechte der Arbeitgeber.

Zunächst war zentral für die gesamte Textilindustrie verhandelt worden, da die Forderung nach der Tarifrente in allen Tarifbezirken *gleich* war. Nach dem Scheitern dieser Zentralverhandlungen in der dritten Gesprächsrunde wurden regionale Verhandlungen geführt, allerdings *mit dem erklärten Ziel, in einem der* Bezirke einen „Pilotabschluß" zu erzielen. Die Forderung der Textilgewerkschaft hat ein Gesamtvolumen von sechs Prozent. Dabei sollen die Kosten für die Vorruhestandsregelung auf alle Einkommensverbesserungen für die 240 000 Beschäftigten der Branche angerechnet werden.

Drucker dürfen Verlagsgebäude nicht blockieren

DW. Köln

Die IG Druck und Papier darf nach einer Entscheidung des Arbeitsgerichts Köln im Zusammenhang mit Arbeitskämpfen Zugänge zu Verlagsgebäuden nicht blockieren. Die dritte Kammer des Gerichts hat gestern eine entsprechende, vom Verlag Dumont Schauberg, bereits am 17. Mai erwirkte einstweilige Verfügung bestätigt. Dies teilte ein Sprecher der Verlagsleitung mit. Zu Auseinandersetzungen war es gestern auch in Stuttgart gekommen. Vor dem Druck-Zentrum der beiden Tageszeitungen hatten sich mehrere hundert Menschen zu einer Protestdemonstration versammelt. Die Polizei mußte – wie schon am Vormittag – Demonstranten und Streikposten wiederholt abdrängen, um Arbeitswillige oder Fahrzeuge durchzulassen.

Das Gericht hat nach diesen Angaben entschieden, weder die Gewerkschaft noch *die betriebliche Streikleitung* dürfe arbeitswillige Arbeitnehmer beim Betreten oder Verlassen des Betriebsgeländes durch psychische oder körperliche Gewalt behindern. Außerdem müßten Streikposten so aufgestellt sein, daß ein drei Meter breiter Zugang zu dem Verlagsgebäude gewährleistet sei. Die Entscheidung sagt weiter, daß eine Kontrolle arbeitswilliger Mitarbeiter oder Besucher des Verlags untersagt sei. (AZ: 1 Ga 49-84)

Deutsche siegen bei NATO-Wettbewerb

cvb, Lüneburg

Wieder ist eingetreten, was Kenner nicht mehr überrascht: Wehrpflichtarmeen sind in der Qualität Berufsstreitkräften meist überlegen. Beim Freiherr-von-Boeselager-Wettbewerb der Panzeraufklärungstruppen der NATO gewann das Panzeraufklä*rungsbataillon 1 aus Braunschweig* haushoch vor Teilnehmern aus der Türkei, USA, Kanada, Belgien, Frankreich, Großbritannien, Niederlande und Italien. Die besten Ausländer waren die Türken. Die USA, Großbritannien und Kanada, sämtlich mit Berufssoldaten, kamen nur auf hintere Plätze. Vor den Türken lagen allerdings noch drei Panzeraufklärungsbataillone der Bundeswehr. Die Niederlande stellten die zweitbeste ausländische Mannschaft.

Letzte Bohne

JB. – Unter der Überschrift „Schluß mit dem Kaffeekrieg" hat der Bremer Großröster Jacobs den endgültigen Tod der 400-Gramm-Packung angekündigt. Jacobs, der im Herbst vergangenen Jahres die „Revolution" am Kaffeemarkt eingeleitet hatte, kehrt reumütig zur traditionellen 500- und 250-g-Packung zurück. Durch extreme Kurzzeitröstung aufgeblähte Bohnen wird es nicht mehr geben. Das Pfund ist wieder ein Pfund.

Jacobs reagiert damit auf eine Marktentwicklung, die dem Unternehmen ebenso wie dem großen Konkurrenten Tchibo erhebliche Absatzprobleme beschert hat. Die Verbraucher interessierte weder der technische Fortschritt einer Kurzzeitröstung noch hatten sie Bedarf nach einer 400-Gramm-Packung. In dem Gefühl, übers Ohr gehauen zu werden, liefen sie zu jenen Anbietern über, die bei der Pfundpackung geblieben waren.

Der Kampf um die „aufgeblähte Bohne" ist ein Musterbeispiel dafür, was mit Marktneuheiten geschieht, wenn sie stümperhaft eingeführt werden. Jacobs und Tchibo ließen keinen Fehler aus, um den Verbraucher zu verunsichern, statt ihn aufzuklären. Die Umstellung koppelten sie zudem mit versteckten Preiserhöhungen. Mit juristischen Tricks schlugen sie sich gegenseitig die Argumente für das neue Verfahren aus der Hand. Sie hatten die Konkurrenz stets im Blick, nur den Kunden nicht.

Der Konsument aber ist noch immer die letzte Instanz, die über Erfolg über Mißerfolg am Markt entscheidet. Am Kaffeemarkt hat er seine Macht erneut unter Beweis gestellt.

Verwirrung

Mk. – Das, was der deutsche Verkehrsminister mit den Benelux-Staaten verabredet hat, ist zwar ein Schritt zu mehr Freizügigkeit. Nur: Die großen Worte passen dazu nicht, sie haben zudem für Verwirrung gesorgt. Daher mußte jetzt nachgebessert werden. Und danach bleibt etwas übrig, was die Aufregung so nicht gerechtfertigt hätte. Entscheidendes ändert sich im Güterverkehr nicht. Obwohl das Güterkraftverkehrsgewerbe dies leicht hätte in Erfahrung bringen können, wenn es dies nicht ohnehin wußte, hat es sehr hart reagiert. Überraschen kann dieses nicht. Wie in der Landwirtschaft, wenn es um Subventionen geht, so verteidigt auch dieses Gewerbe mit allen Mitteln den geltenden Ordnungsrahmen. Der beschränkte Zugang zum Markt behindert zwar den Wettbewerb, aber den meisten Firmen garantiert er ein gedeihliches Auskommen. Wer daran rüttelt, der muß die Kritik einkalkulieren. Überdies droht die Gefahr, daß die starren deutschen Bedingungen durch die EG aufgeweicht werden.

Der Kanzler ist im Wort

Von HEINZ HECK

Der 20. Juni ist ein denkwürdiger Tag in der Geschichte der Bundesrepublik. Die Währungsreform am 20. Juni 1948 stand am Beginn des deutschen „Wirtschaftswunders". Bundeskanzler Helmut Kohl hat 36 Jahre später Anlaß, sich der Großtat Ludwig Erhards zu erinnern. Die Bonner Koalition will am 20. Juni über die größte Steuerreform der Nachkriegszeit, wie Kohl sie genannt hat, entscheiden. Ob es jedoch eine Großtat wird, ist noch ganz ungewiß. Die Verteilungspolitiker der Union, unfähig offenbar, aus den Fehlern der jüngsten Vergangenheit zu lernen, melden sich wieder lautstark.

Da auch die Bundesländer erheblichen Widerstand leisten, steuern Kohl und sein Finanzminister Gerhard Stoltenberg nun die sogenannte „kleine Lösung" an, die den Nachteil hat, überhaupt keine Lösung zu sein. Heute trifft Kohl die Regierungschefs der Länder. Er sollte die Gelegenheit nutzen, mit ihnen das Thema noch einmal bei den Hörnern zu packen. Die bereits erzielten und bis 1986 noch zu erwartenden Konsolidierungserfolge in den öffentlichen Haushalten lassen das ehrgeizige Ziel einer Steuerreform 1986 mit 20,6 Milliarden Mark Entlastung ohne nennenswerte Gegenfinanzierung durchaus vertretbar erscheinen.

Der vorgesehene Tarif (im Bonner Jargon T1) brächte nicht nur eine spürbare und dauerhafte Entlastung für alle Progressionsgeschädigten, sondern wäre zugleich als Vorstufe einer durchgreifenden Reform anzusehen: In einem nächsten Schritt in der kommenden Legislaturperiode könnte ein linear progressiver Tarif eingeführt werden, bei dem die Grenzbelastung (also die Besteuerung jeder zusätzlich verdienten Mark) über die ganze Progressionskurve gleich ist.

Die „kleine Lösung" hingegen brächte nur unmerkliche Entlastungen, wie sie aus den „Jahrhundertreformen" der letzten Jahre sattsam bekannt sind, und wäre kein Schritt auf dem Weg zu einem rationalen Steuersystem, eher das Gegenteil.

Unter dem Druck der widerstreitenden Länderinteressen werden bereits faule Kompromisse unterschiedlicher Provenienz diskutiert. So hat der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht eine Dreistufenlösung ins Gespräch gebracht. Danach sollen etwa in Zweijahresabständen die Bezieher unterer, mittlerer und schließlich höherer Einkommen entlastet werden – immer soweit das Geld reicht.

Man kann sich die mit jeder späteren Stufe erneut entbrennende Verteilungsdiskussion (etwa nach dem Motto: Entlastung nur für die Reichen) schon ausmalen. Doch auch das hat zum Beispiel Fraktionschef Alfred Dregger nicht daran gehindert, am Dienstag bereits ein leicht abgewandeltes (Zwei)Stufenmodell (untere Einkommensgruppen 1986, obere 1988) vor seinen Parteifreunden ins Spiel zu bringen.

Der Bundeskanzler hat gestern in seiner Regierungserklärung die Gelegenheit zur Klarstellung nicht genutzt. Er hat offengelassen, ob die Reform in einem Schritt 1986 oder in zwei Schritten 1986 und 1988 in Kraft treten soll, und er hat das Ausmaß der Entlastung von der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung (und damit von der „gegenwärtigen Tarifauseinandersetzung") abhängig gemacht.

Gelingt bis zum 20. Juni nicht noch die Kurskorrektur, erwacht Stoltenberg nicht aus seiner Resignation, dann könnte sich das Projekt Steuerreform würdig in die Erfolgsserie Wörner/Kießling und Steueramnestie einreihen. Denn nichts wirkt schlimmer als enttäuschte Erwartungen. Gelingt dagegen der große Wurf, so wird überzeugend deutlich gemacht, daß sich Stoltenbergs seriöse Finanzpolitik für den Bürger auszahlt. Der Minister darf dagegen sein Konsolidierungsziel nicht zu weit stecken. Sonst läuft er Gefahr, daß Einsparungen in der Stunde der Not, etwa nach verlorenen Landtagswahlen, in Spontanaktionen verfrühstückt werden, nachdem er selbst mit der höheren Vorsteuerpauschale für Landwirte das Signal zum Verteilen des Bärenfells gegeben hat.

Aber selbst wenn man mit Blick auf größere Haushaltsrisiken keine 20 Milliarden Mark Entlastung zustandebringt, sollte das T1-Modell nicht geopfert werden. Warum kann man den Tarif nicht ins Gesetz schreiben, aber im ersten Jahr nur zur Hälfte gewähren und die zweite Hälfte 1987 folgen lassen? Das müßte steuertechnisch zu machen sein und hätte als ultima ratio noch den Vorteil, konjunkturpolitisch wie ein Eventualhaushalt zu wirken: Bei sich verschlechternder Konjunktur ließe sich mit einem Federstrich die ganze Entlastung auf 1986 vorziehen. Damit wäre zugleich ein sinnvolles Ventil geschaffen, wenn verlorene Landtagswahlen in der Bonner Koalition eine Verteilungspanik auslösten. Das Geld ginge wenigstens in die richtigen Kanäle.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT / Mißverständnisse um Grenzerleichterungen

Bonn: Deutsche Verkehrswirtschaft wird keinen Schaden erleiden

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Die deutsche Verkehrswirtschaft wird durch den erleichterten Grenzübergang zu den Benelux-Staaten nicht geschädigt. Dies hat das Bundesverkehrsministerium eine Woche, nachdem die Minister aus den vier Staaten sich auf den Abbau von Kontrollen verständigt hatten, festgestellt. Zuvor hatte es erhebliche Unruhe im Gewerbe gegeben, die zum Teil *auf Mißverständnissen über die Vereinbarung* beruhte.

Die von den Verkehrsministern der Bundesrepublik, Belgiens, Luxemburgs und der Niederlande beabsichtigten Erleichterungen des Grenzübergangs bedeuten, so das Verkehrsministerium gestern, „keine Änderung des deutschen Ordnungsrahmens für den Güterkraftverkehr". Genehmigungsfreie Fahrten im grenzüberschreitenden Verkehr werde es, bis auf die wenigen bestehenden Ausnahmen, auch künftig nicht geben. „Anderslautende Meldungen sind grundlos", heißt es.

Zuvor hatten die Bundesverbände des Deutschen Güterkraftverkehrs (BDG) an Bundesverkehrsminister Werner Dollinger geschrieben und ihm vorgehalten, er würde unter dem Vorwand, die Kontrollen zu vereinfachen, das eigene Verkehrsgewerbe opfern.

Diese Vorwürfe konterte jetzt das Ministerium. Im einzelnen soll die Vereinbarung zwischen den Ministern so aussehen:

● *Es bleibt bei der Genehmigungspflicht* im Güterkraftverkehr zwischen der Bundesrepublik und den Benelux-Staaten. Fahrten ohne Genehmigung sind weiterhin unzulässig und werden verfolgt. Von einer Beeinträchtigung der deutschen Verkehrswirtschaft kann daher nach Ansicht des Ministeriums keine Rede sein. Ebenso ist der Kabotageverkehr ausländischer Fahrzeuge, also die Aufnahme von Fracht in der Bundesrepublik, weiterhin nicht erlaubt. Daher entbehre die Behauptung, daß deutschen Unternehmen Fracht abgenommen werde, jeder Grundlage.

● Für die Kontrolle der rund 1,5 Millionen Fahrtgenehmigungen soll ein System entwickelt werden, das die Überwachung an der Grenze möglichst überflüssig macht. Gedacht wird an die Einführung eines am Fahrzeug zu befestigenden Sichtausweises, der eine gezielte Prüfung ermöglicht. Fahrzeuge ohne Genehmigung *können mit Sanktionen belegt* werden.

● Die Kontrolle der Maße und Gewichte, des technischen Zustands der Fahrzeuge und der Sozialvorschriften erfolgt schon heute überwiegend durch Stichproben im Binnenland. *Gefährliche Güter werden aus Sicherheitsgründen* weiterhin an der Grenze kontrolliert.

● Die Einzelheiten des erleichterten Kontrollsystems sollen bis zum Jahresende ausgearbeitet werden. Das Abkommen soll probeweise für zwei Jahre abgeschlossen werden.

Der Bundesverkehrsminister werde in der EG auf Fortschritte bei der Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen und bei der Liberalisierung dringen. Es müßten vor allem die Steuern und technischen Vorschriften für Lastzüge in den EG-Staaten *angeglichen werden.*

„Der Abbau von technischen und administrativen Hindernissen an den Grenzen innerhalb der EG bedarf einer umsichtigen, ausgewogenen Strategie, die nicht die Güterbeförderung in den Mittelpunkt stellt, sondern das gesamte Geschehen des Warenaustauschs, der Steuern und Abgaben und der Bedingungen, von denen die Arbeitsplätze in den EG-Mitgliedsstaaten abhängig sind", heißt es in dem Schreiben des Verbandes, in dem diese Ausgewogenheit und Umsicht bei dem jüngsten Beschluß vermißt wird. Es wird darauf hingewiesen, daß die Wettbewerbsverfälschungen *besonders krass im Verhältnis* zwischen der Bundesrepublik und den Benelux-Staaten seien. So werde ein 38-Tonnen-Lastzug in der Bundesrepublik im Durchschnitt mit 9365 Mark Kraftfahrzeugsteuer belastet, in den Niederlanden seien es *3654, in Belgien 2425 und in Luxemburg* nur 1538 Mark. Die Mineralölsteuer pro Liter Dieselkraftstoff betrage in der Bundesrepublik 44 Pfennig, dagegen in den Niederlanden nur 18 Pfennig.

WIRTSCHAFTSGIPFEL

Frau Thatcher und Reagan einigen sich über Verlauf

HORST-A. SIEBERT, London

US-Präsident Reagan und die britische Premierministerin Margaret Thatcher sind sich einig über den Verlauf des 10. Wirtschaftsgipfels, der heute in London beginnt. Als Gastgeberin leitet Frau Thatcher die dreitägige Konferenz der Staats- und Regierungschefs der sieben größten westlichen Industriestaaten. Die angelsächsische Strategie, die vor einem Essen am Dienstagabend in Downing Street Nummer 10 in einem 70 Minuten langen Gespräch abgesteckt wurde, zielt in jedem Fall auf koordinierte Anstrengungen zur Lösung der internationalen Handels- und Schuldenprobleme.

Wie ein Mitglied der US-Delegation durchblicken ließ, sollen einerseits die Märkte der Industriestaaten weiter geöffnet werden, damit die Schuldnerländer über höhere Exporte Devisen *verdienen und auf diese* Weise mehr Waren importieren sowie ihre Zins- und Tilgungszahlungen leisten können. Im Gegensatz müssen andererseits die betroffenen Staaten ihre Investitionspolitik gegenüber dem Ausland liberalisieren und die *Vermögen multinationaler Unternehmen* besser schützen. Am Beispiel Mexikos soll den Schuldnerstaaten überdies klargemacht werden, daß sich die Rückkehr zu den Prinzipien der Marktwirtschaft, gekoppelt mit strikten Anpassungsprogrammen, auszahlt.

Einen Streit über die enormen zinstreibenden Haushaltsdefizite der USA wird es, wenn es nach Frau Thatcher geht, nicht geben. Reagan *versicherte ihr, seine Administration* werde alles unternehmen, um die Rekordzahlen zu drücken.

„Wir akzeptieren den Wunsch des Präsidenten nach niedrigeren Defiziten und sinkenden statt steigenden Zinsen", ließ Frau Thatcher, die Washingtons Fiskalpolitik bisher besonders scharf attackiert hat, ihren Sprecher daraufhin erklären. Die im Kongreß *diskutierte „Abschlagszahlung"* – rund 150 Milliarden Dollar in den kommenden drei Haushaltsjahren – wird in London als Fortschritt gewertet. Aber es besteht kein Zweifel, daß Frau Thatcher offene Auseinandersetzungen vermeiden will, um den Erfolg *des Gipfels in ihrer Hauptstadt* nicht zu gefährden.

Als „Unsinn" hat US-Finanzminister Regan Meldungen bezeichnet, wonach den Staats- und Regierungschefs ein Mammutplan zur *Rettung der Schuldnerländer* vorgelegt werden soll. Nach wie vor würden die Probleme fallweise, also jedes Land für sich, gelöst. Regan warnte vor Panikmache; das Gerede von einer sich verschärfenden Schuldenkrise stimme nicht. Man habe die Probleme fest im Griff. Seit 1982 seien immerhin Kredite über 60 Milliarden Dollar erfolgreich umgeschuldet worden. Auf keinen Fall sei das amerikanische Bankensystem in Gefahr, erklärte der Minister.

AUF EIN WORT



»Ohne entscheidende Verbesserungen der Bausparförderung läßt sich die durchaus vorhandene Opferbereitschaft potentieller Bauherren nicht weiter steigern. Wenn die Bundesregierung die Wohneigentumsquote ernsthaft steigern will, dann muß sie dafür auch geeignete Wege aufzeigen.«

Dr. Louis Storck, Sprecher der Geschäftsführung der BHW-Bausparkasse, Hameln. FOTO: DIE WELT

Schlechterer Auftragseingang

VWD, Bonn

Der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe der Bundesrepublik lag im April saison- und preisbereinigt um ein Prozent niedriger als im Vormonat. Der Index des Auftragseingangs hat nach Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums einen *Stand von 101 erreicht (1980 = 100).* Der revidierte Märzindex beträgt 102 gegenüber zunächst ermittelten 100. Im April 1983 hatte der Index bei 93 gestanden.

Der Auftragseingang aus dem Ausland fiel im April nach Angaben des Ministeriums um ein Prozent höher aus als im Vormonat. Im Inland dagegen war ein Rückgang um zwei Prozent zu verzeichnen. Der Zweimonatsvergleich (März/April gegenüber Januar/Februar) zeigt eine saisonbereinigte Abnahme des Auftragsvolumens von insgesamt zwei Prozent (Inland minus vier Prozent, Ausland minus 0,5 Prozent).

INDUSTRIEPOLITIK

Otto Wolff wendet sich gegen globale Lösungen

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Gegen eine globale Industriepolitik in Europa hat sich der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), *Otto Wolff von Amerongen,* in Luxemburg gewandt. Eine solche Strategie könne den Kern der Probleme nicht treffen, weil die Ursachen für den technologischen Rückstand von Land zu Land unterschiedlich seien. Je mehr mit der Subventionsgießkanne gearbeitet werde, um so mehr Geld würde verschleudert. Je gezielter eingegriffen werde, um so interventionistischer werde alles.

Allerdings befürwortete Wolff die Zusammenarbeit dort, wo Einzelinitiativen der verschiedenen im Wettbewerb stehenden Unternehmen nicht gelähmt, sondern sinnvollerweise gefördert würden. Als Beispiel nannte er die Forschungsförderung in Richtung auf grenzüberschreitende Kooperationen zwischen *Hochschulen, Forschungseinrichtungen* und Unternehmen. Aus einem *solchen wissenschaftlichen Grundlagen*fundus könne dann die Wirtschaft – ähnlich wie die amerikanischen Unternehmen aus dem staatlichen Programm NASA – in eigener Marktverantwortung Nutzen ziehen.

Auch anderen technologisch anspruchsvollen Großprojekten, die öffentlich wie beispielsweise der Airbus, Ariane oder Spacelab gefördert werden, könne ein Nutzen nicht abgesprochen werden. Nach der staatlich geförderten Erprobung müßte die *Anwendung privatwirtschaftlich* erfolgen. Neben der Zusammenarbeit im Bereich der Forschung nannte der DIHT-Präsident auch gemeinsame Verbesserungen in der europäischen Infrastruktur. Überdies ging er auf Initiativen für den freien Zugang zu öffentlichen Aufträgen und für gemeinsame Normen ein. Dabei dürften aber Dritte nicht vom EG-Markt *ausgeschlossen werden.*

ENERGIE-AGENTUR

Verschärfter Golfkrieg ohne Einfluß auf den Weltölmarkt

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die jüngste Verschärfung des Iran-Irak-Kriegs hat den Weltölmarkt kaum beeinträchtigt. Die Beschießung von Tankern im Persischen Golf brachte zwar an den Spotmärkten *in der dritten Maiwoche* Preissteigerungen von 0,50 bis 1,00 Dollar je Barrel Rohöl. In der folgenden Woche gingen die Preise aber schon wieder um 0,25 bis 0,60 Dollar zurück. Dies ergibt sich aus dem letzten Ölmarktbericht der Internationalen Energieagentur (IEA) in Paris.

Diese bescheidene Reaktion deutet nach Auffassung der IEA darauf hin, daß das Weltölangebot zumindest der kurzfristigen Nachfrage entspricht. Damit werde der grundsätzliche Entspannungstrend bestätigt. Das Ölangebot, das im ersten Quartal 45,7 Millionen Barrel täglich erreicht hatte, würde im zweiten Quartal mit 45,2 Millionen nur unwesentlich niedriger ausfallen, wobei das Angebot der Opec-Länder allerdings von 19,1 auf 18,5 Millionen Barrel zurückgehen dürfte.

Der Ölverbrauch der OECD-Zone war nach jüngsten IEA-Erhebungen im ersten Quartal 1984 um drei Prozent gegenüber der gleichen Vorjahreszeit gestiegen. *Die letzte Schätzung* (plus vier Prozent) wurde damit nach unten, die vorletzte (plus 2,5 Prozent) aber nach oben revidiert. Für das zweite Quartal erwartet die IEA einen Zuwachs von wieder drei Prozent.

In Westeuropa war der Ölverbrauch im ersten Quartal um zwei Prozent zurückgegangen, während er *in den USA um fünf Prozent und in* der Pazifik-Zone um sieben Prozent zunahm. Auch für die nächsten Monate erwartet die IEA einen weiteren Rückgang des europäischen Verbrauchs. Im Gesamtjahr 1984 würde die OECD-Zone 2,5 Prozent mehr Mineralöl verbrauchen, nach Rückgängen von 2,2 Prozent 1983 und 5,2 Prozent 1982.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Energieverbrauch stark geschrumpft

Berlin (dpa/VWD) – Der Primärenergieverbrauch in der Bundesrepublik *ist insbesondere nach dem zweiten* Ölpreisschub 1979/80 kräftig gesunken. Allerdings wurde dieser Rückgang nicht nur duch eine Senkung des spezifischen Verbrauchs erreicht, sondern er resultierte auch aus den konjunkturbedingten Produktionseinbußen in den Jahren 1980 bis 1982. Wie das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin *in seinem jüngsten Wochenbericht* weiter schreibt, ist der absolute Verbrauch von Kohle, Öl und Gas im verarbeitenden Gewerbe von 1960 bis 1973 nahezu kontinuierlich von 76 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten (SKE) auf 104 Millionen Tonnen SKE gestiegen. Seither nahm der absolute Einsatz dieser Energieträger aber wieder ab und war 1983 nur noch *etwa so hoch wie im Jahre 1960* (77 Millionen Tonnen).

Mehr Rohstahl erzeugt

Düsseldorf (dpa) – Die Hüttenwerke in der Bundesrepublik haben in den ersten fünf Monaten dieses Jahres mit 16,51 Millionen Tonnen Rohstahl 10,2 Prozent mehr produziert als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. An Roheisen wurden im gleichen Zeitraum 12,45 Millionen Tonnen und damit elf Prozent mehr erschmolzen, berichtete die Außenstelle Düsseldorf des Statistischen Bundesamts. Im Mai lag die *Rohstahlproduktion* mit 3,46 Millionen Tonnen um 8,3 Prozent über dem Vormonat. Bei 28 Produktionstagen gegenüber 26,5 im April stieg die tägliche *Leistung von 120 600 auf 123 700* Tonnen. An Roheisen wurden mit 2,64 Millionen Tonnen 8,6 Prozent mehr erschmolzen als im April.

Stärkung des Mittelstands

Bordeaux (DW.) – Einen Maßnahmen-Katalog für eine gemeinsame Politik der Stärkung der mittelständischen Wirtschaft haben die *Wirtschaftsjunioren Deutschland (WJD)* auf der Europa-Konferenz der Jungunternehmer am Mittwoch (6. 6.) in Bordeaux vorgelegt. Im Mittelpunkt steht dabei die Forderung nach einer systematischen zukunftsorientierten Mittelstandspolitik, mit der die Entscheidungs- und Handlungsfreiheit der kleinen und mittleren Unternehmen gesichert, ihre Flexibilität und Anpassungsfähigkeit gefördert, ihre Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit gestärkt, ihre Risikobereitschaft erhöht und Existenzgründungen erleichtert werden.

Pfandbriefabsatz gesunken

Frankfurt (dpa/VWD) – Der Erstabsatz von Pfandbriefen und Kommunalobligationen der deutschen Realkreditinstitute ist im April gegenüber dem Vormonat um 24,6 Prozent auf 6,4 Mrd. DM zurückgegangen. Das gab der Gemeinschaftsdienst der Boden- und Kommunalkreditinstitute, Frankfurt, bekannt.

Verlegung nach Berlin

Berlin (AP) – Die deutsche Niederlassung der Eurpäischen Wirtschaftshochschule soll spätestens 1985 von Düsseldorf nach Berlin verlegt werden. Wie Senatssprecher Winfried Fest in Berlin mitteilte, hat der Senat eine entsprechende Übereinkunft mit dem Betreiber, der Pariser Industrie- und Handelskammer, erzielt. Die Hochschule, die jährlich rund 70 Studenten ausbildet, wird von der IHK Paris mit jährlich 1,5 Millionen Mark allein unterhalten. Nach Angaben von Fest wird das Land Berlin sich künftig mit 750 000 Mark an den Kosten beteiligen.

ZAW warnt vor Bürokratie

Bonn (DW)- Kritik hat der Zentralausschuß der Werbewirtschaft (ZAW) an Äußerungen des CSU-Bundestagsabgeordneten Alfred Sauter geübt, wonach seine Fraktion in das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) einen Schadensersatzanspruch für Verbraucher, ein Rücktrittsrecht und ein Vertragsauflösungsrecht bei unlauterer Werbung einbringen werde. Dies steht, so der ZAW, im krassen Widerspruch zu den Absichten der Bundesregierung, Bürokratie abzubauen. Bestehende Gesetze machten eine solche Änderung überflüssig.

Wochenausweis

	31.5.	23.5.	30.4.
Netto-Währungs-reserve (Mrd.DM)	73,1	72,8	75,6
Kredite an Banken	72,3	69,8	67,2
Wertpapiere	6,7	6,7	6,9
Bargeldumlauf	104,0	100,8	103,7
Einl. v. Banken	48,2	39,9	45,8
Einlagen v. öffentl. Haushalten	1,6	8,0	2,8

DEGUSSA

Edelmetalle gedrückt

dpa/VWD, Frankfurt

Die Degussa AG, Frankfurt, verzeichnete in der ersten Hälfte des Geschäftsjahres 1983/84 (30. September) „erfreuliche Mengensteigerungen und einen beachtlichen Ergebniszuwachs". Wie das Unternehmen in einem Aktionärsbrief mitteilt, wird sich der Ergebnisvorsprung gegenüber dem Vorjahr jedoch in der zweiten Hälfte des Geschäftsjahres aufgrund der bereits höheren Ergebnisse der gleichen Vorjahreszeit allmählich wieder verringern. Dies besonders,

wenn der Arbeitskampf in der Metallindustrie länger anhalte.

Der Umsatz des führenden deutschen Edelmetallhauses wurde zwischen dem 1. Oktober 1983 und dem 31. März 1984 durch sinkende Edelmetall-Notierungen und ein ruhigeres Edelmetall-Handelsgeschäft gedrückt. Er sank im Konzern um 4,3 Prozent auf 5,4 Mrd. DM und in der AG um 5,3 Prozent auf 4,5 Mrd. DM. Dabei ging das Auslandsgeschäft im Konzern um 8,7 Prozent zurück, während das Inlandsgeschäft um 5,1 Prozent zunahm.

Die Degussa investierte in der ersten Hälfte des Geschäftsjahres 72 (63) Mill. DM. Die Zahl der Beschäftigten betrug am 31. März 21 826 im Konzern und 12 768 in der AG.

COLONIA VERSICHERUNGEN / Erfolg durch selektive Zeichnungspolitik – Höhere Überschüsse bei Leben

Besseres Ergebnis im deutschen Geschäft

HARALD POSNY, Köln

Die Colonia Versicherung AG, Köln, zweitgrößter deutscher Kompositversicherer, konnte 1983 ihr Beitragsvolumen etwas geringer als der Markt erhöhen. Doch angesichts schwieriger Bedingungen auf den internationalen Versicherungsmärkten im Auslands- und Rückversicherungsgeschäft sowie der Trennung von Risiken im direkten Inlandsgeschäft mit nicht auskömmlichen Prämien war das langsamere Wachstum sicher zu verschmerzen.

Die vorsichtige Zeichnungspolitik hat auf der anderen Seite auch zu Fortschritten in der Genesung der technischen Ergebnisse geführt. So wurde der Verlust im Gesamtgeschäft vor Schwankungsrückstellung auf 37,5 (46,7) Mill. DM gesenkt und sogar im direkten deutschen Geschäft der Verlust um knapp 24 Mill. DM reduziert. Für den dennoch insgesamt nochmals gestiegenen Verlust waren, so Vorstandsvorsitzender Dieter Wendelstadt, neben dem verschlechterten Geschäftsverlauf im Auslands- und indirekten Geschäft, die Zuführung zur Schwankungsrückstellung *und eine* höhere Dotierung der Schadenrückstellungen verantwortlich.

Auch im einzelnen betrachtet schlossen einige Sorgensparten erheblich günstiger ab: Haftpflicht wandelte den *9-Mill.-DM-Verlust* in einen knappen Gewinn, Wohngebäude verbesserte den Verlust leicht auf *2,1 (2,5) Mill. DM, Hausrat* wesentlich deutlicher auf 2,9 (9,5) Mill. DM, Einbruch/Diebstahl auf 2,5 (8,3) Mill. DM. Selbst die Transportsparte weist jetzt ein schmales Plus von 0,1 (minus 3,6) Mill. DM aus.

Allein die Feuerversicherung geriet *mit 19 (16) Mill. DM nochmals tiefer in* die roten Zahlen. Ohne Industrie-Feuer, das eine Schadenquote von 86 *Prozent aufwies, wäre aber auch hier* ein technischer Gewinn von 5,3 Mill. DM erzielt worden. Dabei hat die Gesellschaft *nur bedingt unter* spektakulären Großschäden gelitten. Schwacher Trost: Der Markt stand mit *97 Prozent Schadenquote noch* schlechter da.

Trotz des schlechten Abschneidens im aktiven Rückversicherungsgeschäft will sich die Colonia, so Wendelstadt, nicht aus diesem Geschäft „verabschieden". Ebenso wie im Auslandsgeschäft habe man hier als großer Versicherer sozusagen „Präsenzpflicht". Das Auslandsgeschäft (ohne Töchter) mit 340 Mill. DM Prämienaufkommen stellt zwar 17 Prozent des Gesamtaufkommens, beschert aber 28 Mill. DM Verlust, davon 17 Mill. DM aus dem echten Rückversicherungsgeschäft.

Colonia Vers.	1983	± %
Buttoprämie (Mill. DM)	1995	+ 4,6
Nettoprämie [1]	1350	+ 6,0
Aufw. f. Vers.Fälle	971	+ 4,4
Vers. techn. Ergebnis [2]	- 60,7	(- 49,2)
Kapitalanlagen [3]	2053	+ 3,9
Kapitalerträge [4]	99	- 30,5

in % d.verd.Beitr.	1983	1982	1981
Selbstbeh.-Quote (%)	67,7	66,8	66,7
Schadenquote	72,8	73,4	72,0
Verw.-Kostenquote	28,0	28,0	28,1
Rückstellg.-Quote	125,5	121,3	119,9
Eigenkapitalquote	24,3	24,6	24,2

[1] Brutto- minus Rückversicherungsbeitr.; [2] nach Zuführung von 23,2 (2,5) zur Schwankungsrückstellung; [3] oh. Depotford.; [4] netto; Durchschnittsrendite: 7,8 (7,6) Prozent; [5] vers. techn. Rückstellg.

Die (wie im Konzern) aufgrund des *250-Mill.-DM-Verwaltungsneubaus* geringer ausgefallenen Erträge aus Kapitalanlagen überdecken die technischen *Verluste bei weitem.* Der Jahresüberschuß sank auf 25,3 (33,7) Mill. DM, der 13 (21) Mill. DM Rücklagendotierung und eine *Ausschüttung* von 5 DM je 50-DM-Aktie (zuzüglich 2,81 DM Steuergutschrift) erlaubt. *Das Ergebnis je Aktie* (je *100 DM* Einzahlung) wird mit 21,29 (23,33) DM angegeben (HV am 29. Juni). In den ersten vier *Monaten* dieses Jahres buchte die Gesellschaft mit 853 Mill. DM um 6,4 Prozent höhere Prämien im direkten deutschen Geschäft bei einigermaßen zufriedenstellender Schadenentwicklung und einer um 2,3 Prozent geringerer Schadenstückzahl.

*Einen erneut gestiegenen Brutto*überschuß von 350 Mill. DM (plus 12,9 Prozent), von denen 98,3 Prozent der *Rückstellung für Beitragsrückerstattung* zufließen, weist Colonia Leben aus. Ausschlaggebend für das erfolgreiche *Abschneiden* war ein *guter* Risikoverlauf und die günstige Kostensituation. Der auf 6,3 (10) Mill. DM gesunkene Jahresüberschuß ist wegen eines im Vorjahr steuerfrei angefallenen Auslandsbetrags qualitativ besser zu werten. Vier (8) Mill. DM gehen in die Rücklagen, die Aktionäre erhalten erneut 10 Prozent Dividende.

Konjunkturbedingt nahmen auch bei der Colonia Leben, Nr. 8 unter den Wettbewerbern, die vorzeitigen *Abgänge um 17 Prozent* zu. Dabei blieb die Stornoquote noch deutlich unter dem Marktdurchschnitt (5,3 *Prozent). Im ersten Tertial dieses Jah*res lag das Neugeschäft mit 987 Mill. DM Versicherungssumme leicht über *dem Vorjahr, der Bestand hat inzwi*schen 27 Mrd. DM überschritten.

Colonia Leben	1983	± %
Versicherungsbestand (Mill. DM)	26 583	+ 6,2
Eingel. Neugeschäft	3361	+ 7,2
Beitragseinnahmen	869	+ 8,4
Aufw.f.Vers.Fälle	370	+ 37,9
Kapitalanlagen [1]	6331	+ 10,5
Kapitalerträge [2]	449	+ 14,6
Rückstellungen für Beitrags-Rückerst.	817	+ 20,2

in % d.verd.Beitr.	1983	1982	1981
Stornoquote [3]	4,0	3,7	3,6
Verw.Kostenquote [4]	5,8	5,8	6,1
Abschl.Kostenqu. [5]	40,3	40,1	37,5
Überschußquote	40,3	38,7	34,8

[1] ohne Depotforderungen; [2] Durchschnittsrendite: 7,4 (7,4) Prozent; [3] Rückl. Umwandlg. in beitr.freie Vers. u. sonst. Vorz. Abgang in % d. Anfangsbestandes; [4] sonst. Aufw. d. Vers. Betr. in % d. Beitr.; [5] in Promille d. eingel. Neugesch.; [6] Bruttoüberschuß in % d. Beiträge

DECKEL / Wechsel im Vorstandsvorsitz

Vorjahrestief überwunden

DANKWARD SEITZ, München

Zuversicht herrscht bei der Friedrich Deckel AG, München, in diesem Jahr endlich die ersten Früchte der hohen *Vorleistungen* vergangener Jahre einbringen zu können. Doch ernten wird sie nicht mehr Firmenchef *Michael Deckel*, der *in den Auf*sichtsrat des Unternehmens überwechselte. Den Vorstandsvorsitz hat er *Anfang Mai* an *Leif G. Lundkvist*, bislang Mitglied der Geschäftsführung der Stuttgarter Werner & Pfleiderer *Maschinenfabrik*, abgegeben.

Hohe Aufwendungen zur Produktionsmodernisierung sowie für Forschung und Entwicklung, die Gründung einer US-Vertriebstochter trugen bei gleichzeitigem Verfall der Branchen-Konjunktur dazu bei, daß Deckel für 1982 – nur ein Jahr nach der Börseneinführung – einen Bilanzverlust von 15,8 Mill. DM nach einem Überschuß von noch 5,2 Mill. DM ausweisen mußte. Diesen noch fast unverändert bestehenden Verlustvortrag von 15,5 Mill. DM Ende dieses Jahres tilgen zu können, ist das erklärte Ziel von Lundkvist. Erst dann könne man auch wieder über eine Rückkehr zur Dividendenzahlung nachdenken. Zuletzt waren für 1981 10 DM je 50-DM-Aktie auf das Grundkapital von 60 Mill. DM ausgeschüttet worden.

Das Geschäftsjahr 1984 hat sich für *Deckel nach Angaben von Lundkvist* recht gut angelassen. Gegenüber dem „absoluten Tiefpunkt" zur Vorjahreszeit erhöhte sich der Auftragseingang per Ende Mai um 123 Prozent auf 169 Mill. DM, wovon 94 Mill. DM (plus 134 Prozent) aus dem Ausland kommen. Angesichts dieser Nachfragebelebung drohe auch dann kein Produktionsloch, wenn der 1983 hereingenommene Iran-Auftrag über 1000 Universal-Fräs- und -Bohrmaschinen abgewickelt sei. Insgesamt könne für 1984 mit einem Umsatzzuwachs von 15 bis 20 Prozent gerechnet werden. Lundkvist erwartet auch, daß die drei Töchter in den USA, Frankreich und der *Schweiz in diesem Jahr die Ge*winnschwelle erreichen.

Eine Trendwende brachte bereits das Geschäftsjahr 1983, das besser als die Branchenentwicklung verlaufen sei. So *konnte ein Auftragseingang* von 308 Mill. DM (plus 27 Prozent) verbucht werden, zu dem das Auslandsgeschäft *entscheidend* mit *176* Mill. DM (plus 57 Prozent) beitrug. Im Umsatz schlug sich dies mit einem Plus von 23 Prozent auf *290,3 Mill.* DM nieder. Der Exportanteil erhöhte sich durch das Iran-Geschäft auf rund 55 (45) Prozent. Unter dem Strich kann Deckel für 1983 einen Jahresüberschuß von 0,3 (minus 15,8) Mill. DM ausweisen. Und dies, obwohl für die Tochtergesellschaften noch einmal ein Verlust in der Größenordnung von 6 (5) Mill. DM übernommen werden mußte. Die Zahl der *Mitarbeiter* wurde um *70 auf 1760* abgebaut. Investiert wurden in Sachanlagen 4,7 (13,0) Mill. DM bei Abschreibungen von *9,5 (10,0) Mill. DM.*

FRUCHTSAFT / Der Konsum ist weiter gestiegen

Preise werden angehoben

INGE ADHAM, Frankfurt

Mit rund 60 bis 70 Pfennig pro Liter Orangensaft bezahlen die deutschen Verbraucher mit für die überraschend heftigen und dauerhaften Fröste im weihnachtlichen Florida. So stark hat nämlich der Ausfall der dortigen Orangenernte die Weltmarktpreise verteuert. Nach zwei Jahren der Preisstabilität gehen jetzt die Saftproduzenten daran, ihre Preise anzupassen.

Ob *damit den Deutschen die Lust* am Zitrussaft vergeht – von dem sie im vergangenen Jahr immerhin 13,8 *Liter in Form von Saft oder Nektar* (mit 50 Prozent Fruchtanteil) tranken – ist noch offen. Die Safthersteller jedenfalls gehen von unverändert steigendem Konsum aus: Im vergangenen Jahr tranken die Bundesbürger pro Kopf 22,8 (i. V. 21,7) Liter Fruchtsaft und -nektar, 1985 dürfte nach Einschätzung des Verbandes der deutschen Fruchtsaft-Industrie (VdF) die 25 Liter-Marke erreicht sein.

An zweiter Stelle in der Gunst der Verbraucher rangiert der Apfelsaft, *der nach der guten Apfelernte des* Vorjahres, die sogar erhebliche Konzentratexporte erlaubte, vorerst preisstabil bleibt. Die 330 deutschen Fruchtsafthersteller – davon 300 im VdF – setzten im vergangenen Jahr mit 4380 Beschäftigten unverändert 1,8 Mrd. DM um.

Die Tatsache, daß „*immer größere* Mengen bei immer weniger Handelspartnern abzuliefern sind", so Verbandspräsident *Karl Emig, hat auch* in der Fruchtsaftindustrie die Konzentration vorangetrieben: 7 Betriebe *mit einem Umsatz über 100 Mill. DM* machen gut 70 Prozent des Gesamtumsatzes. Emig sieht darin nicht nur Nachteile, es gebe auch ausreichend „Nischen" für kleinere Unternehmen, sich zu behaupten. Dies geschieht freilich mit unterschiedlichem Erfolg, die erzielten Umsatzrenditen rangieren zwischen 0,5 und 4 Prozent.

Größter Anbieter ist eine Regionalkooperation von vier Unternehmen (Dornkaat, Krings, Emig Bavaria/Rottnier; Marke „Juanita") mit rund 300 Mill. DM Jahresumsatz. Es folgen Granini, Stute und Eckes.

Den Erwerb von Dittmeyer mit rund 80 Mill. DM Jahresumsatz durch den Mischkonzern Procter & Gamble sieht man im Verband mit relativer *Gelassenheit;* auch der amerikanische Waschmittelriese werde sich den deutschen Marktgegebenheiten anpassen müssen, und die seien nun einmal anders als in den USA.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Erwartungen korrigiert

München (dpa/VWD) – Der Möbel*handel in der Bundesrepublik hat sei*ne am Jahresanfang noch hochgesteckten Erwartungen nach unten *korrigiert.* Wie der *Präsident* des Bundesverbandes des Deutschen Möbelhandels, Franz Kraemer, in München sagte, rechne *die* Branche für 1984 nur noch mit einem ein- bis dreiprozentigen Wachstum für 1984, was real ein Umsatzminus bedeute. 1983 konnten die rund 9000 Möbelhändler ihren Umsatz noch um fünf Prozent auf 18 Mrd. DM steigern.

Heye-Glas optimistisch

Hannover (dpa/VWD) – Die H. Heye Glasfabrik, Obernkirchen, Produzent von Behälterglas, will auch 1984 die Umsatzhöhe des Vorjahres von 200,2 (1982: 196,4) Mill. DM erreichen. Sprecher der Geschäftsleitung äußerten die Hoffnung, daß sich eine längst überfällige Preisaufbesserung im Herbst durchsetzen lasse. Das Unternehmen, das 1615 Mitarbeiter beschäftigt, konnte nach eigenen Angaben 1984 den Marktanteil von 8 Prozent auf fast 10 Prozent ausbauen.

Überschuß verbessert

München (dpa/VWD) – Die Sigri *Elektrographit GmbH, Meitingen, hat* 1983 im Konzern ihren Jahresüberschuß um *20* Prozent auf 28,8 Mill. DM gesteigert. Mit einem um 3 Prozent auf 1,08 Mrd. DM erhöhten Gruppenumsatz blieb die Sigri nach eigenen Angaben einer der führenden Hersteller von Erzeugnissen aus Kohlenstoff und Graphit. In der GmbH blieb der Jahresüberschuß mit 11,1 Mill. DM konstant. Die Zahl der Mitarbeiter ging 1983 weltweit um 200 auf 6360 zurück. In der Bundesrepublik waren nahezu unverändert 3375 beschäftigt. Das Stammkapital – Gesellschafter sind Hoechst, Siemens und Rütgers – wurde auf 115 (100) Mill. DM erhöht.

Sonderprüfung beantragt

Frankfurt (dpa/VWD) – Eine Sonderprüfung hat die Freie Vereinigung von Aktionären der ADCA-Bank e. V., Köln, zur HV der ADCA-Bank AG Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt, Berlin/Frankfurt, am 3. Juli in Berlin beantragt. Die Deutsche Treuhand-Gesellschaft AG soll feststellen, ob dem früheren Mehrheitsaktionär, der Norddeutschen Landesbank beziehungsweise deren verbundenen Unternehmen Vorteile aus *dem Verkauf von Grundbesitz,* Beteiligungen oder Wertpapieren erwachsen sind, die der ADCA-Bank und *damit den Minderheitsaktionären* geschadet haben könnten.

NAMEN

Wilhelm Evert, Vorstandssprecher der Deutschen Herold Lebensversicherungs-AG, wurde zum Aufsichtsratsvorsitzenden der Bonnfinanz AG gewählt.

Hermann Irringer*, Geschäftsführender* Gesellschafter der Hermann Irringer GmbH & Co. KG, Schwerte (Westfalen), wurde in den Vorstand des AUMA Ausstellungs- und Messe-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, Köln, gewählt.

Dr. Fritz Rüdiger, 22 Jahre Geschäftsführer der H. Wohlenberg KG *und Mitglied des Vorstandes der* Fachgemeinschaft Druck- und Papiermaschienen im VDMA, feiert am *9. Juni seinen 80. Geburtstag.*

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aachen: RWH Rohstoff- u. Warenhandels-GmbH, Alsdorf; **Bonn:** Obligschläger GmbH & Co. KG; **Bremen:** Nachl. d. Dieter Franz Aha; **Düsseldorf:** DET Internationale Spedition GmbH, Hilden; **Frankfurt:** Esco, Ges. f. Europäisch-Saudische Cooperation mbH; Nachl. d. Günter *Hans Paul Reinicke;* **Gelsenkirchen:** FRIWE Fritz Welke Ges. f. Förderbandeinrichtungen u. Transportanlagen mbH, Gelsenkirchen-Buer; **Gütersloh:** ELLOCIN elektromedizinische Gräte u. Erzeugnisse GmbH & Co. KG, Rheda-Wiedenbrück; ELLOCIN elektromedizinische Geräte u. Erzeugnisse GmbH, Rheda-Wiedenbrück; **Hamburg:** Michael Lorenzen, Kaufmann, Seevetal-Woxdorf; **Hannover:** *Hardi Gutknecht*, Laatzen; **Höxter:** Richard Zurwehme, Höxter-Ottbergen; **Kiel:** Hans-Jürgen Schäwel, Schönwohld; **Mainz:** E. S. Bau-GmbH; **Schwäbisch Gmünd:** Goebel, Fassaden- u. Bautenschutz GmbH; **Schwarzenbek:** Lemke Kunststoffverarbeitung GmbH & Co. KG, Büchen; Gebr. Lemke Sitzmöbel- u. Polstergestellfabrik GmbH & Co. KG, Büchen; **Wittlich:** Fuchs GmbH, Gerolstein; **Wolfratshausen:** Seifeddin Rahimpur, Königsdorf.

Konkurs beantragt: Niebüll: Sylt Plaza Hotel- u. Gaststättenbetriebsges. mbH, Westerland/Sylt.

Anschlußkonkurs eröffnet: Braunschweig: Johanna Wolf; **Düren:** Garten- u. Landschaftsbau Wolf GmbH; **Recklinghausen:** RUWE Stahlkonstruktionen GmbH & Co. KG, Herten.

Vergleich beantragt: Braunschweig: Dieter Dinkelbach, Kaufmann; **Düsseldorf:** REH–CONSULT Unternehmensberatungsges. mbH + Co. KG; Consult Unternehmensberatungsges. mbH; G + C HEIMBAU Bauträgerges. mbH; REH–SYLTREISEN GmbH; G + C - HEIMBAU Bauträgerges. mbH & Co. KG; **Duisburg:** Karl Riedel & Sohn; **Köln:** *Kreativ Werbeagentur* FOS GmbH; **Ludwigsburg:** Gebr. Hönes GmbH, Korntal-Münchingen; **Stuttgart:** hochroth röcke + hosen, Hoch & Roth GmbH & Co. KG, Leinfelden-Echterdingen.





VERSCHULDUNG / Volcker stützt IWF-Vorschlag

Konzessionen für Mexiko

AFP, New York

Paul Volcker, Präsident der amerikanischen Bundesreservebank (FED), unterstützt nach Meldungen der „New York Times" den vom Direktor des Internationalen Währungsfonds (IWF), Jacques de Larosière, an die Großbanken gerichteten Vorschlag, Mexiko angesichts dessen Fortschritte bei der Besserung der finanziellen und wirtschaftlichen Lage Konzessionen zu machen.

Der IWF-Direktor hatte am Montag auf der Jahresversammlung der Internationalen Großbanken in Philadelphia vorgeschlagen, Mexiko – wie anderen verschuldeten Ländern, deren Lage sich deutlich verbessert – eine Senkung der Zinssätze sowie eine Verlängerung der Zahlungsfristen zu gewähren.

Nach Angaben der „Washington Post" vertrat der Präsident der Deutschen Bundesbank auf der gleichen Konferenz die Ansicht, daß die reichen Länder ihre Strategie gegenüber dem Verschuldungsproblem der Dritten Welt ändern müssen. Die bisherige Strategie der „Kontrolle der Schäden" müsse von einer „langfristigen Strategie" abgelöst werden, um der Dritten Welt in den nächsten Jahren die Rückzahlung der dann fälligen Kredite zu ermöglichen.

In Paris erklärte der französische Premierminister Pierre Mauroy bei einem Essen mit dem peruanischen Regierungschef und Außenminister Sandro Mariategui, das Schuldenproblem der Dritten Welt sollte von den Industriestaaten und Entwicklungsländern in „konzertierter und multilateraler" Form angegangen werden.

Die peruanische Delegation war zu Verhandlungen mit dem „Club von Paris" über einen Zahlungsaufschub von Schulden in Höhe von 1,046 Mrd. Dollar nach Paris gekommen. Peru konnte mit seinen Gläubigerbanken einen Vertrag über die Umschuldung dieser Kredite abschließen. Das Abkommen betrifft Kredite, die zwischen Mai 1984 und Juli 1985 fällig werden. 95 Prozent der Darlehen werden über einen Zeitraum von neun Jahren umgeschuldet, wobei die ersten fünf Jahre tilgungsfrei sind. Die restlichen fünf Prozent müssen am 31. Dezember 1985 zurückgezahlt werden.

DIEBELS / 1984 nochmals hohe Investitionen – Schulden in drei Jahren abgebaut

Altbier-Ausstoß erheblich gestiegen

HANS BAUMANN, Issum

Mit einem Investitionsschub von 32,5 Mill. Mark in 1983 hat die Privatbrauerei Diebels einen großen Wechsel auf die Zukunft des Hauses gezogen. Nur drei Viertel der Mittel konnten selbst finanziert werden. Der Sprecher der Geschäftsführung, Hans-Joachim Weiss, glaubt jedoch, die Brauerei in rund drei Jahren wieder entschulden zu können, obwohl für 1984 noch einmal ein Investitionsvolumen von rund 18,3 Mill. Mark zu bewältigen sein wird.

Diebels hat mit diesem Kraftakt aufgestauten Nachholbedarf gedeckt, nachdem entschieden war, den Standort der Brauerei nicht zu wechseln. Unweit des Ortes Issum wurde eine Option auf ein Areal von 130 000 qm erworben, wohin das Unternehmen bei anhaltendem Wachstum ausweichen und den Ort vom Werksverkehr entlasten kann. Gebaut wurde ein neues Sudhaus und ein neuer Flaschenkeller. Voll- und Leergutlager wurden erweitert. Im laufenden Jahr werden die Gär- und Lagerkapazitäten erweitert und neue Flaschenabfüllkapazitäten geschaffen.

Den hohen finanziellen Aufwand rechtfertigt ein ausgezeichnetes Geschäft. Der Ausstoß von Diebels Alt stieg im Berichtsjahr um 8,7 (9,2) Prozent auf rund 1,18 Mill. Hektoliter. Für das laufende Jahr wird ein vorsichtiges Plus von vier Prozent angepeilt (bisher stieg der Ausstoß um gut fünf Prozent). Mit diesem Altbier-Ausstoß erreichte Diebels einen Marktanteil aller Altbier-Brauereien in NRW von 25,8 (24) Prozent. Diebels ist damit eindeutig Marktführer.

Einschließlich der Handelsmarken Schneider Weiße, Stauder Pils und Export sowie Maisels Diät-Bier stieg der Ausstoß um 8,5 (9,1) Prozent auf 1,19 Mill. Hektoliter. Die Verhandlungen mit der Privatbrauerei Stauder, Essen, über eine Verlängerung des Kooperationsvertrages, der noch bis 1988 gilt, laufen schon. Stauder hat im Berichtsjahr 200 000 Hektoliter Diebels Alt vertrieben, davon direkt über die Stauder-Gastronomie 27 000 Hektoliter. Im vorigen Jahr liefen über Stauder erst 150 000 Hektoliter.

Die Netto-Erlöse von Diebels wuchsen 1983 mit 9,8 Prozent auf 141 Mill. Mark etwas stärker als der Ausstoß. Hier kommt das Preisbewußtsein des Hauses in Issum zum Ausdruck. Seit fast zweieinhalb Jahren wurden die Preise nicht heraufgesetzt. Diebels wird sich dem zur Zeit laufenden Preis-Karussell in NRW bei Flaschenbier anschließen, „aber zur Stunde noch nicht", sagte Weiss. Für den Konsumenten soll diese Preiserhöhung rund 50 Pfennig je Kasten mit 20 Halbliter-Euroflaschen betragen. Der Faßbieranteil bei Diebels liegt bei 30 Prozent, also unter dem Durchschnitt der Altbier-Branche von rund 40 Prozent.

Der allgemeine Kostenschub hat trotz der stolzen Ausstoß- und Umsatzzahlen ein „leicht verschlechtertes Ergebnis" gebracht. Die Produktivität pro Kopf der 397 (380) Beschäftigten erhöhte sich auf 2993 (2881) Hektoliter im Jahr.

Ein Blick auf den gesamten Altbiermarkt zeigt, daß hier der Durst noch nicht ganz gelöscht zu sein scheint. 1983 stieg der Altbier-Ausstoß um 0,7 Prozent auf 4,56 (4,52) Mill. Hektoliter. Der Erfolg von Diebels im Berichtsjahr ging also im wesentlichen zu Lasten der Konkurrenz.

WELTWIRTSCHAFT / Optimistischer RWI-Bericht

Erholung verstärkt sich

dpa/VWD, Essen

Die wirtschaftliche Erholung in den westlichen Industrieländern hat sich nach Ansicht des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI), Essen, in den letzten Monaten verstärkt. In immer mehr Ländern nähmen Angebot und Nachfrage zu, wobei sich die Belebung nicht nur mehr auf den privaten Verbrauch beschränke, sondern auch die Investitionen erfaßt habe, heißt es im jüngsten Bericht des Instituts zur Weltkonjunktur. Ohne mit einem Wort auf mögliche Auswirkungen der gegenwärtigen Arbeitskämpfe einzugehen meint das RWI, daß im Gegensatz zu den USA wie auch zu Japan und Großbritannien die Wirtschaft in der Bundesrepublik zunächst nahezu unvermindert wachsen werde.

Als Gründe werden angeführt, daß die Bauwirtschaft noch von den Auftragsbeständen zehren könne, die sich aufgrund der befristeten finanzpolitischen Maßnahmen gebildet hätten, daß die Investitionsneigung sich festige und mit dem Erstarken der Investitionen in anderen Ländern die Ausfuhr mit nach oben gezogen werde. Als Kehrseite der Erholung hat sich nach Darstellung des Instituts der Preisauftrieb nicht weiter abgeschwächt, sondern in einigen Ländern bereits wieder verstärkt. So habe die Steigerungsrate in den USA von Mitte des letzten bis Anfang dieses Jahres 4,5 Prozent gegenüber drei Prozent im Vorjahr betragen. In Europa sei die Auftriebsrate von 7,5 auf acht Prozent gestiegen.

In einem Ausblick stellt das RWI fest, daß sich die Voraussetzungen für die weitere wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung in den letzten Monaten eher verbessert als verschlechtert hätten. Wenn gleichwohl im Jahresverlauf mit einer Abflachung zu rechnen sei, so deshalb, weil in einigen Ländern die finanzpolitischen Anregungen an Schubkraft verlören, und weil nun die Zinserhöhungen die Entwicklung dämpften Die Erholung werde aber dadurch nicht unterbrochen und die gesamtwirtschaftliche Produktion weiter wachsen. Für die USA prognostiziert das RWI, daß die Erholung dort etwas an Kraft verliert.

ISRAEL / Gewerkschaften fordern Lohnerhöhungen

Sanierung hat noch Vorrang

AFP, Jerusalem

Das soziale Klima hat sich seit Beginn der Woche in Israel plötzlich verschärft. Im Hinblick auf die für Juli angesetzten Parlamentsneuwahlen werden wichtige Wirtschaftsbereiche durch Streiks gelähmt. Die Gewerkschaften wollen mit dem zunehmenden Druck auf die Regierung noch vor den Wahlen Lohnzugeständnisse durchsetzen. So türmen sich etwa seit Sonntag in den Lagerhallen der großen israelischen Häfen die Waren, da die Angestellten der Zollverwaltung die Arbeit niedergelegt haben. Andere Berufsgruppen traten ebenfalls in den Streik oder kündigten Arbeitsniederlegungen an. Die Auseinandersetzungen fallen mit der schwersten Krise Israels seit der Staatsgründung zusammen, in der die Inflation über 400 Prozent erreicht.

Die Gewerkschaft der Angestellten des öffentlichen Dienstes kündigte landesweite Arbeitsniederlegungen an, um Gehaltserhöhungen und neue Tarifverträge für die Jahre 1984/86 durchzusetzen. Nachdem ein Schlichtungsversuch scheiterte, haben die 4000 Ingenieure des Stahl- und Maschinenbaukonzerns „Koor" sowie die Forscher, Techniker und Angestellten des Nuklearsektors Arbeitsniederlegungen angekündigt.

In einzelnen Verwaltungen wurden bereits Punkt- und Bummelstreiks eingeleitet. So weigern sich die Angestellten des Innneministeriums seit Sonntag, Pässe und Personalausweise auszustellen. Nachdem rund 4000 Angestellten der israelischen Sozialdienste die Arbeit verweigert haben, drohen nun auch die Krankenschwestern und Krankenpfleger, in den Ausstand zu treten. Rundfunk und Fernsehen sind von Kurzstreiks betroffen.

Israels Finanzminister Ygal Cohen-Orgad läßt sich jedoch von den Forderungen der Gewerkschaften und der ständig zunehmenden sozialen Unruhen nicht aus der Ruhe bringen. Er will mit allen Mitteln sein Programm zur Beschränkung der Einkommen und der Staatsausgaben retten.

UNABHÄNGIG BERATENDE INGENIEURE / Lambsdorff auf Verbandstagung

Schrittmacher bei Exportaufträgen

HEINZ HECK, Bonn

Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft hat sich – auch gegenüber den Hauptkonkurrenten USA und Japan – neuerdings wieder verbessert. Das erklärte Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff gestern auf der Mitgliederversammlung des Verbands Unabhängig Beratender Ingenieurfirmen (VUBI), der sein 30jähriges Bestehen feiert.

Der Minister räumte ein, daß es „Zeichen der Schwäche unmittelbar nach der zweiten Ölkrise gegeben" habe, die aber bereits überwunden seien. Dennoch müsse die technologische Herausforderung vor allem Japans und der USA ernst genommen werden. Die Anwendung moderner Technologien von heute entscheide wesentlich über die Wettbewerbsfähigkeit von morgen. Positiv wertet Lambsdorff, daß die Bundesrepublik im Industriegüterhandel mit 16,7 Prozent Anteil auf Platz eins der Weltrangliste vor die USA (15,4) und Japan (14,7) gerückt ist.

Der Minister betonte die Schrittmacherrolle der Consulting-Firmen für nachfolgende Exportaufträge. Den deutschen Exportfirmen werde der Einstieg erleichtert, wenn die Planung auf deutschen Produktionserfahrungen und Spezifikationen beruhe.

Lambsdorff äußerte sich auch zu dem Spannungsverhältnis zwischen der bundeseigenen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) und privaten Consultants. Da die GTZ den größten Teil der Technischen Hilfe der Bundesregierung verwalte, habe sie gegenüber privaten Firmen „eine überragende Position, die gelegentlich Abhängigkeitsverhältnisse schaffen kann". Die GTZ sei zwar gehalten, sich dabei auch geeigneter Privatunternehmen zu bedienen, wenn und soweit dies zweckmäßig und wirtschaftlich erscheine, treffe aber die Entscheidung über die Weitergabe von Aufträgen selbst und nehme im übrigen die Aufgaben mit eigenem Personal wahr.

Nach Meinung Lambsdorffs sollte das Verfahren, in dessen Rahmen die GTZ über die Weiterleitung von Aufträgen entscheidet, offener und einleuchtender sein, und die Vergabe von Aufträgen sollte Vorrang vor der Eigendurchführung haben. „Die GTZ muß sehen, daß sie keine Monopolstellung haben kann und daß sie ihre systembedingten Wettbewerbsvorteile nicht zu Lasten der privaten Firmen ausspielen darf." Der Minister erinnerte zugleich daran, daß die GTZ als halbstaatliche Institution in manchen Ländern bevorzugt werde und daß dies im Wege der Zusammenarbeit auch für die Firmen von Vorteil sein könne.

Jens Schnieders, Vorstandsvorsitzender des VUBI, nannte eingangs den hohen Anteil deutscher Consultants an Projekten internationaler Finanzierungsorganisationen wie der Weltbank als objektiven Maßstab für die Wettbewerbsfähigkeit.

USA / Liquiditätsschwierigkeiten der Continental Bank

Auflagen der Versicherung

dpa/VWD, Washington

Die staatliche US-Bankenversicherung FDIC hat der in einer schweren Finanzkrise steckenden Continental Illinois National Bank and Trust Co. untersagt, die Dividendenzahlungen ohne FDIC-Genehmigung wieder aufzunehmen oder hochdotierte Verträge mit Spitzenmanagern abzuschließen. Als Vorbedingung für einen Zwei-Milliarden-Dollar-Notstandskredit und für andere Konzessionen der Bankenversicherung mußte sich auch der Verwaltungsrat der Continental Illinois bereiterklären, sofort zurückzutreten, wenn die FDIC dies verlangt.

Die FDIC hatte nach dem Run der Continental-Kunden auf ihre Einlagen der Bank den Milliarden-Kredit zur Verfügung gestellt, wobei 500 Millionen Dollar von acht anderen US-Großbanken übernommen wurden, um das Vertrauen in das US-Bankwesen wieder herzustellen. Das achtgrößte US-Bankinstitut war aufgrund einer riskanten Kreditpolitik in Schwierigkeiten geraten und nur durch Mittelbereitstellung der FDIC, der US-Notenbank und anderer Großbanken von über sieben Milliarden Dollar vor dem Konkurs gerettet worden. Washington hofft, daß eine Großbank das angeschlagene Institut übernimmt, doch hat sich bisher noch kein ernsthafter Interessent gezeigt.

Das Continental-Debakel wird in Kürze auch im Repräsentantenhaus ein Nachspiel haben, denn der Fast-Zusammenbruch der Großbank hat das ohnehin wegen der Schuldenkrise in der Dritten Welt stark in Mitleidenschaft gezogene Ansehen der US-Großbanken noch verschlechtert und die Einleger stark verunsichert. Bei den Anhörungen im Bankenausschuß des Repräsentantenhauses soll festgestellt werden, warum die Bankbehörden und die US-Notenbank nicht früher auf die sich bereits lange abzeichnenden Schwierigkeiten der Continental reagiert hatten und ob die großangelegte Rettungsaktion, die letztlich vom Steuerzahler finanziert wird, gerechtfertigt war.

NE-METALLE / Trotz Besserung noch Probleme

Bleimarkt bereitet Sorgen

dos. **Bonn**

Der Verbrauchsanstieg bei Aluminium und Zink um rund 10 Prozent, vor allem aber der positive Währungseffekt durch den starken Dollar, haben in der NE-Metallindustrie 1983 zu einer deutlichen Erholung geführt. Günther Saßmannshausen, Präsident der Wirtschaftsvereinigung Metalle, verbindet diese Aussage mit dem Hinweis auf das Jahr 1982, „dem schwersten Jahr nach dem Kriege". Vor der Mitgliederversammlung in Bonn sagte Saßmannshausen, die Probleme der Branche seien gegenwärtig „leichter zu ertragen, aber bei weitem noch nicht gelöst".

Im Gegensatz zu Aluminium und Zink bereite die Entwicklung bei Blei erhebliche Sorge. Dies gelte nicht nur für den Verbrauch, der in der Bundesrepublik um rund 4 Prozent sank, sondern mehr noch für das unverändert unbefriedigende Preisniveau. Ungünstig entwickelte sich auch der Kupfermarkt. Nachdem bereits im Vorjahr die Produktion den Verbrauch weltweit um 320 000 Tonnen übertroffen hatte, erreichte der Produktionsüberhang 1983 rund 500 000 Tonnen. Ende des Jahres waren die Bestände in der westlichen Welt auf 800 000 Tonnen gewachsen. Obwohl seither der Überhang abgebaut wurde, sei der Markt bislang nicht im Gleichgewicht.

Die Verbrauchszuwächse konzentrierten sich vor allem auf den Halbzeug-Bereich und führten dort zu erheblichen Auftragszugängen (Aluminium-Walzfabrikate plus 25 Prozent, Kupfer-Halbzeug plus 21 Prozent); entsprechend erhöhte sich die Produktion um 10 bis 15 Prozent. Auch die Aluminium-Gießereien profitierten von dieser Entwicklung. Nach wie vor von Überkapazitäten geprägt ist der Edelmetallsektor. Die geringere Inlandsnachfrage sei nur zum Teil durch Exporte ausgeglichen worden. Immerhin habe sich aber die Auftragslage in den letzten Monaten verbessert.

MANAGEMENT / Seminar zu den Auswirkungen der Kommunikationstechnik

Neue Anforderungen an die Führung

PETER FLÜHR, **Bonn**

Wie wirkt sich die vielgepriesene „neue Technologie" der Informations- und Kommunikationstechnik auf die Führung und Organisation von Unternehmen aus? Ist die Sorge vieler berechtigt, daß der Zugriff des *Top-Managements auf gespeicherte* Informationen besonders den autoritären Führungsstil favorisiert?

Diese Fragen standen im Mittelpunkt eines zum ersten Male von der Akademie für Führungskräfte der Wirtschaft e. V., Bad Harzburg, veranstalteten Seminars mit dem Thema „Die neuen Technologien – Ihr Einfluß auf Führung und Organisation im Unternehmen".

Professor Reinhard Höhn, Vorstand der Akademie und Autor zahlreicher Veröffentlichungen über Menschenführung und Betriebsorganisation, leistete mit diesem Seminar Schrittmacherdienste, indem er einen Konsens zwischen Führungsstil und neuer Technologie herstellte. „Delegation von Verantwortung ist auf das engste mit dem Einsatz neuer Technologien verknüpft", resümierte Höhn.

In verschiedenen Bereichen eines Unternehmens nimmt die Frage nach der sozialen Bewältigung von Technologiefolgen bei unternehmenspolitischen Überlegungen für künftige Planungen einen bedeutenden Platz ein. Es gelte jedoch, den Auswirkungen eines „überfallartig" einsetzenden Software-Booms geeignete bedarfsgerechte Lösungen für heute und morgen entgegenzusetzen.

Eine Umfrage deckte folgendes auf: Führungskräfte der obersten Ebene interessieren sich am meisten für den Einsatz von Mikrocomputern. Dieses Ergebnis beruht zum einen auf der Erkenntnis, daß an der Verwendung von elektronischen Organisationsmitteln kein Weg mehr vorbeiführt. Zum anderen macht es deutlich, daß Führung als eine Verstärkung des selbständigen Handelns und Entscheidens von Mitarbeitern zu verstehen ist.

„Je höher der Grad der Technologie im Unternehmen ist, desto größer sind die Anforderungen, die an die Führung gestellt werden müssen", lautete eine von Prof. Höhn aufgestellte These zum Führungsstil. Welche Rolle dabei die Organisationsform spielt, spiegelt die entsprechende These wider:

„Je höher der Grad der Technik ist, desto exakter muß die Organisation des Unternehmens sein." Das gelte sowohl für die Ablauf- als auch für die Aufbauorganisation eines Unternehmens.

Gerade der Einsatz neuer Techniken zwinge zu einem konsequenten und kompromißlosen kooperativen Führungsstil, der die beste Voraussetzung für die Nutzbarmachung von neuzeitlichen Strategiekonzepten gewährleiste.

FUCHS-GRUPPE / Neue Obergesellschaft im Inland

Gang an die Börse geplant

VWD, **Mannheim**

Die Fuchs-Gruppe, international bedeutender Schmierstoffhersteller, hat den *Inlandskonzern in der Fuchs* Petrolub AG Öl&Chemie mit Sitz in Mannheim als neue Obergesellschaft zusammengefaßt. In der AG (in Gründung), die aus der Fuchs Beteiligungsgesellschaft KG hervorging, wird 1984 das gesamte Inlandsbeteiligungsvermögen von 55 Mill. bis 60 Mill. DM konzentriert. Am Grundkapital von 18,75 Mill. DM (plus 8,0 Mill. DM Reserven) sind die Familie Fuchs mit 51, die Hausbanken Deutsche Bank, Dresdner Bank, Bakola und Merck, Finck & Co. mit zusammen 28 Prozent und Private mit 21 Prozent beteiligt.

Die neue Rechtsform schafft laut Vorstandschef Manfred Fuchs einen besseren Zugang zum Kapitalmarkt. Derzeit werde eine Kapitalerhöhung über die Börse vorbereitet, die spätestens 1985 „über die Bühne" gehen dürfte. Dabei will die Familie ihren Einfluß wahren. Nach der Neuordnung gliedert sich die Fuchs-Gruppe *in den Inlands-* und den Auslandskonzern mit der bisherigen Spitze Fuchs Interöl GmbH, Mannheim. Beide sind nicht miteinander verbunden. Eine Zusammenfassung der Gruppe unter einem Dach wird langfristig nicht ausgeschlossen.

Die gesamte Fuchs-Gruppe erzielte 1983 einen Außenumsatz von 501,7 (523,6) Mill. DM bei einem Auslandsanteil von 39 Prozent. Vom Gruppenumsatz entfielen 453,5 (452,3) Mill. DM auf das Schmierstoffgeschäft. Stark rückläufig war mit 48,2 (71,3) Mil. DM der Kraftstoff- und Heizölhandel.

Die Jahresüberschüsse abzüglich Holdingaufwand stiegen auf 8,7 (7,2) Mill. DM, wovon 2,2 (1,1) Mill. DM aus dem Ausland stammten. Investiert wurden in der Gruppe 8,3 (12,2) Mill. DM. 1984 sind 9 bis 10 Mill. DM vorgesehen. Für 1984 rechnet die Gruppe, die 1357 (1313) Mitarbeiter beschäftigt, mit einem Umsatz von 587 Mill. DM und steigenden Erträgen.

Aktienkurse mit Angst stabil

Käufer warten weiter auf Einigung im Tarifkonflikt

DW.- Ob es zu einem neuen Wettlauf der Käufer kommen wird, hängt davon ab, wie und wie schnell sich die Tarifparteien in Metall- und Druckindustrie einigen werden. Die Käufer stehen praktisch in den Startlöchern, warten aber noch ab. So zeigten sich die meisten Aktienkurse zwar weiter stabil, aber – von wenigen Ausnahmen abgesehen – ohne große Ausschläge. Ein gewisser Optimismus dürfte daraus sprechen, daß Versuche, vorbörslich die Kurse um 1 oder 2 DM herunterzusprechen, keinen Erfolg hatten.

Immer mehr ins Blickfeld rückt die Nixdorf-Aktie, die am kommenden Dienstag in den Börsenhandel eingeführt wird. Per Erscheinen wurde sie am Mittwoch zwischen 450 und 460 DM bezahlt, nachdem der Ausgabekurs 380 DM betrug. Stärkere Kurssteigerungen gab es bei einigen Elektrowerten, so bei PKI, die um mehr als 11 DM auf 404,50 DM stiegen, und bei SEL, die um 12 DM auf 385 DM anzogen. Simens dagegen nur um 2 DM freundlicher bei 388 DM. Bei den im übrigen gut behaupteten Farbennachfolgern wurden Hoechst über 7 DM Dividendenabschlag hinaus um 2,50 DM auf 167,50 (177) DM zurückgenommen. Im Autobereich gab es kleinere Gewinne. Versorgungspapiere lagen praktisch unverändert. Bankaktien konnten sich gut behaupten. Auch Montane änderten sich kaum.

Düsseldorf: Leffers zogen um 8 DM auf 245 DM an. Alexander verbesserten sich um 5 DM auf 123 DM und Keramag erhöhten sich um 4 DM auf 174 DM. DAB fielen um 1,50 DM auf 117,50 DM, Hageda sanken um 1 DM auf 110 DM und Schubsa verminderten sich um 1 DM auf 89 DM.

Frankfurt: Nach Anfangs uneinheitlichen Kursen, war die Frankfurter Börse im Verlauf gut behauptet. So stiegen Hochtief weiter um 10 DM auf 550 DM. Kraftwerk Altwürtt. notierten 510 DM minus 10 DM. Im geregelten Freiverkehr stiegen Riebeck Montan erneut um 15 DM auf 300 DM an.

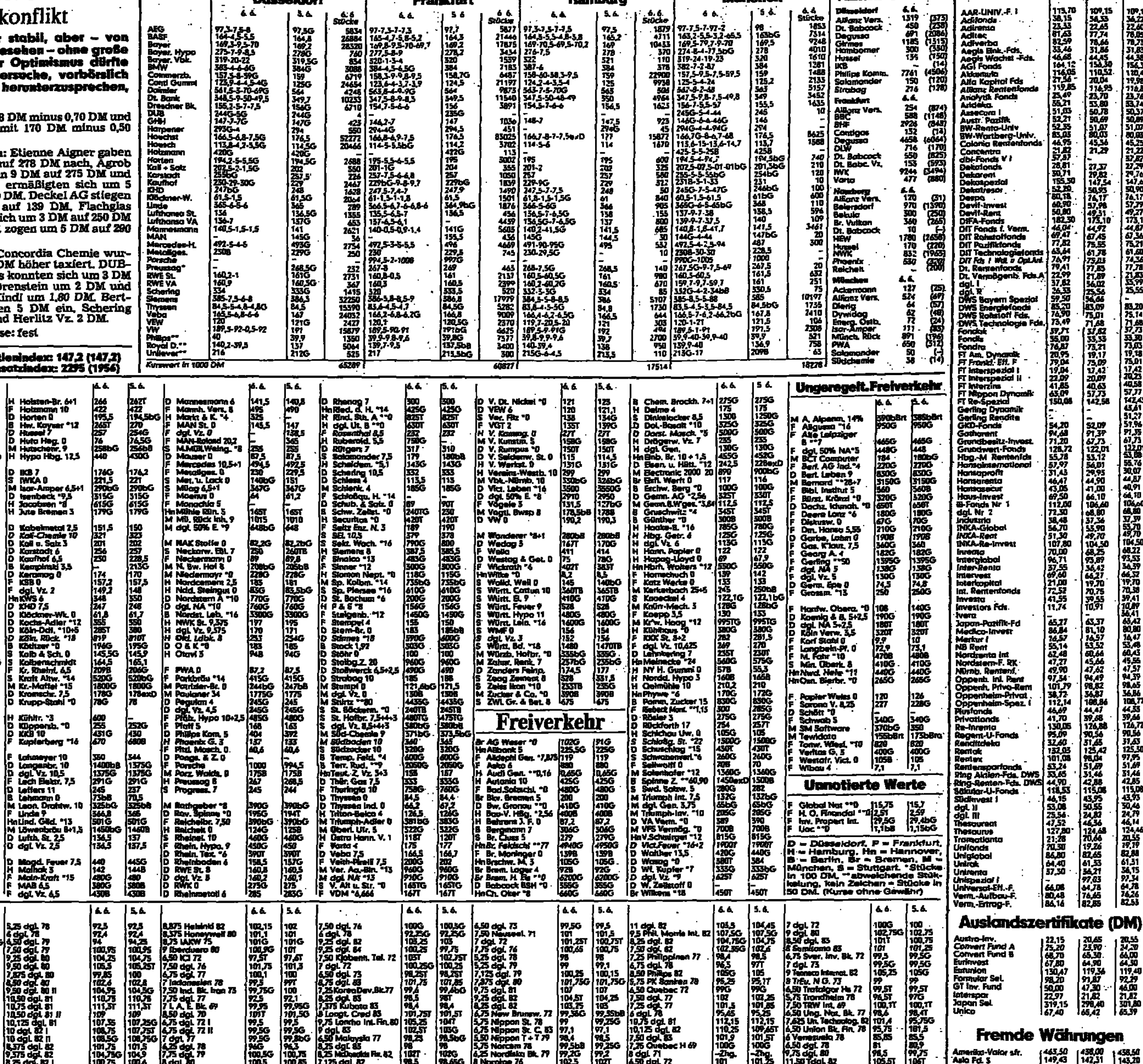
Hamburg: Kühltransit wurden mit 600 DM plus 25 DM bezahlt. Um 2 DM, auf 129 DM konnten sich Bremer Wolle befestigen. Haller-Meurer gaben auf 138,50 DM minus 5,40 DM nach. Versorgungspapiere waren weiter nahezu behauptet, HEW mit 88 DM minus 0,70 DM und NWK Vz. mit 170 DM minus 0,50 DM.

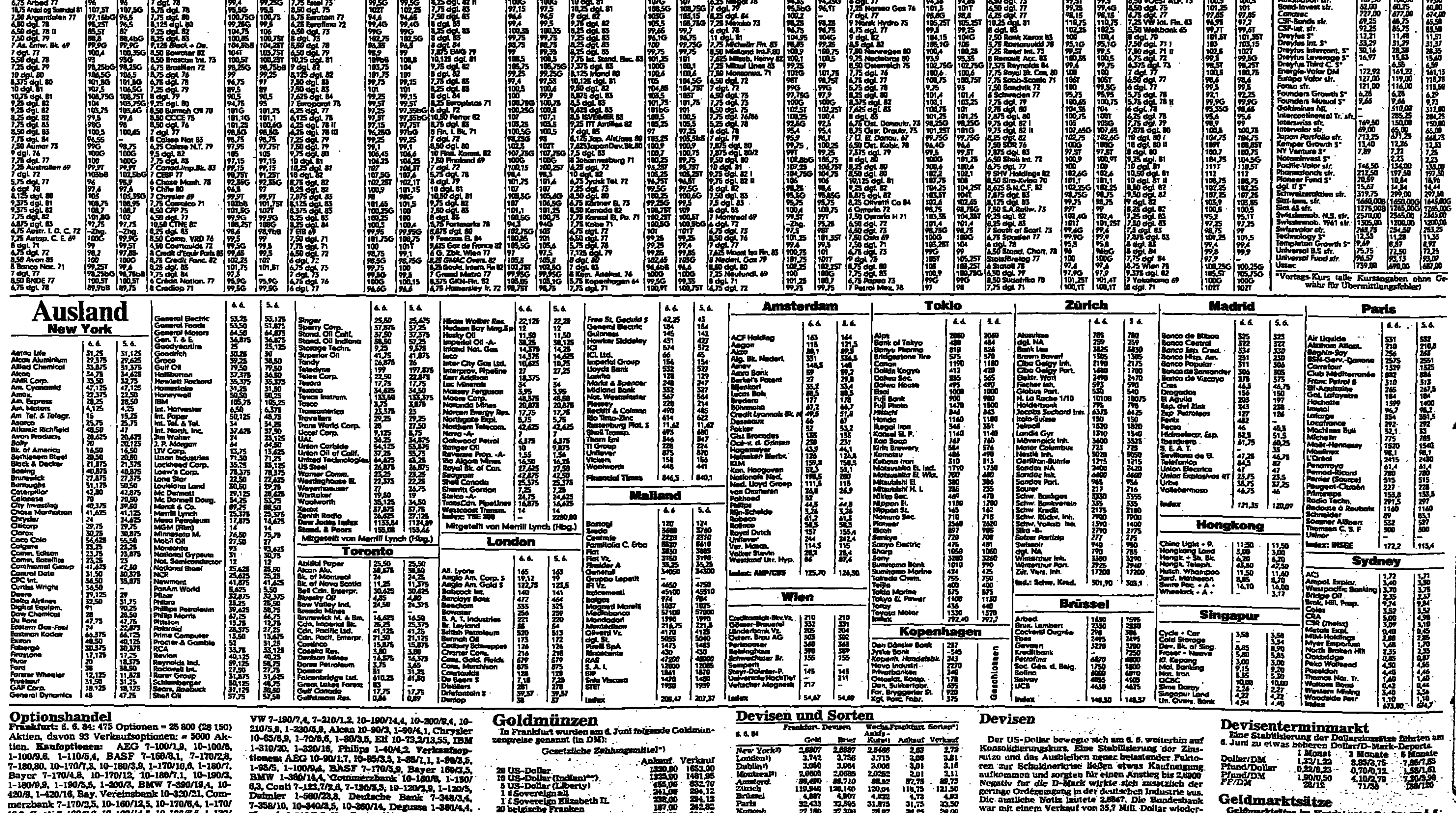
München: Etienne Aigner gaben um 2 DM auf 278 DM nach, Agrob St. verloren 9 DM auf 275 DM und Audi NSU ermäßigten sich um 5 DM auf 260 DM. Deckel AG stiegen um 2 DM auf 139 DM. Flachglas erhöhten sich um 3 DM auf 250 DM und Heilitt zogen um 5 DM auf 290 DM an.

Berlin: Concordia Chemie wurden um 4 DM höher taxiert. DUB-Schultheiss konnten sich um 3 DM festigen, Orenstein um 2 DM und Berliner Kindl um 1,80 DM. Berthold büßten 5 DM ein, Schering 2,50 DM und Herlitz Vz. 2 DM.

Nachbörse: fest

WELT-Aktienindex: 147,2 (147,2)
WELT-Umsatzindex: 2295 (1956)





Optionshandel

Frankfurt: 6. 6. 84: 475 Optionen = 25 800 (28 150) Aktien, davon 93 Verkaufsoptionen: = 5000 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 7-100/1,9, 10-100/8, 1-100/9,6, 1-110/5,4, BASF 7-160/8,1, 7-170/2,8, 7-180,80, 10-170/7,3, 10-180/3,9, 1-170/10,6, 1-180/7, Bayer 7-170/4,8, 10-170/12, 10-180/7,1, 10-190/3, 1-180/9,9, 1-190/5,5, 1-200/3, BMW 7-390/19,4, 10-420/9, 1-420/16, Bay. Vereinsbank 10-320/21, Commerzbank 7-170/2,5, 10-160/12,5, 10-170/6,4, 1-170/10,9, Conti 7-130/2,9, 10-120/14,5, 10-130/6,5, 1-130/10,4, Daimler 7-580/6,2, 10-570/33, 10-600/10, Deutsche Babcock Vz. 1-170/10, Deutsche Bank 7-348/14,4, 7-350/11,1, 7-360/5,8, 10-350/30, Dresdner Bank 10-170/5,1, 10-180/2,05, 1-170/11,9, 1-180/5,25, Hoechst 10-180/6,8, Hoesch 7-120/2,9, 10-120/6,3, 10-130/3,2, 1-130/6,1, Karstadt 10-270/8, Klöckner 7-65/2,1, 10-60/7,7, 10-70/2,5, 1-65/5,5, 1-70/4,9, Lufthansa St. 7-150/3, 10-150/7, Metallges. 1-230/25, Mannesmann 7-150/2,9, 10-150/6, 10-160/2,5, 1-160/5, RWE Vz. 10-170/2,3, 1-170/4,9, Schering 1-350/19,2, Siemens 7-400/5, 1-400/21, 1-410/17,5, Thyssen 7-80/6,5, 7-85/2, 7-90/1,3, 10-85/6, 1-90/5,95, 1-95/4,5, Veba 10-170/7,6, 10-180/3, 1-180/5,95, VW 7-190/7,4, 7-210/1,2, 10-190/14,4, 10-200/9,4, 10-210/5,9, 1-230/5,9, Alcan 10-90/3, 1-90/4,1, Chrysler 10-65/8,9, 1-70/5,6, 1-80/3,5, Elf 10-73,2/13,55, IBM 1-310/20, 1-320/16, Philips 1-40/4,2. *Verkaufsoptionen:* AEG 10-90/1,7, 10-85/3,5, 1-85/1,1, 1-90/3,5, 1-95/5, 1-100/9,4, BASF 7-170/5,9, Bayer 160/3,5, BMW 1-380/14,4, Commerzbank 10-160/8, 1-150/6,3, Conti 7-123,7/2,8, 7-130/5,5; 10-120/2,9, 1-120/5, Daimler 1-560/23,8, Deutsche Bank 7-348/3,4, 7-358/10, 10-340/3,5, 10-360/14, Degussa 1-360/4,4, Hoesch 1-110/5,2, Kaufhof 1-220/6, Lufthansa St. 7-160/23, Siemens 1-370/5,5, VW 7-190/5, 7-200/11, 10-180/3, 10-190/6,5, 10-200/14, Chrysler 10-70/7, Elf 1-85/6,5, Norsk Hydro 10-230/7, Philips 1-40/3,4.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 6. 6.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	10¾–11	5⅛–5⅜	3½–3⅝
3 Monate	11¼–11½	5¾–5⅞	3⅞–4
6 Monate	12 –12¼	6 –6¼	4 –4¼
12 Monate	13 –13¼	6½–6¾	4½–4¾

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 6. Juni folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1320,00	1653,00
10 US-Dollar (Indian)**)	1225,00	1481,95
5 US-Dollar (Liberty)	456,00	832,70
1 £ Sovereign alt	241,00	294,12
1 £ Sovereign Elizabeth II.	238,00	294,12
20 belgische Franken	187,00	242,82
10 Rubel Tscherwonez	258,00	321,48
2 südafrikanische Rand	240,00	295,26
Krüger Rand, neu	1073,00	1283,12
Maple Leaf	1073,00	1283,12
Platin Noble Man	1080,00	1282,50
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	264,00	328,32
20 schweiz. Franken „Vreneli"	197,00	248,52
20 franz. Franken „Napoléon"	192,00	242,82
100 österr. Kronen (Neuprägung)	982,00	1194,72
20 österr. Kronen (Neuprägung)	197,00	247,38
10 österr. Kronen (Neuprägung)	108,00	137,94
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	469,00	574,56
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	111,00	149,34

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

6. 6. 84	Frankfurt Devisen Geld	Frankfurt Devisen Brief	Ankfs.-Kurse4)	Wechs. Frankfurt Sorten*) Ankauf	Verkauf
New York2)	2,6807	2,6887	2,6468	2,63	2,72
London1)	3,742	3,756	3,713	3,68	3,81
Dublin1)	3,050	3,064	3,008	3,01	3,16
Montreal2)	2,0605	2,0685	2,0252	2,01	2,11
Amsterd.	88,490	88,710	88,32	87,75	89,75
Zürich	119,940	120,140	120,04	118,75	121,50
Brüssel	4,887	4,907	4,822	4,73	4,93
Paris	32,435	32,595	31,875	31,75	33,50
Kopenh.	27,180	27,300	26,97	26,25	28,00
Oslo	34,815	34,935	34,27	34,00	35,75
Stockh.**)	33,485	33,645	33,080	32,75	34,50
Mailand3) **)	1,607	1,617	1,574	1,57	1,67
Wien	14,212	14,252	14,192	14,13	14,39
Madrid**)	1,762	1,772	1,721	1,71	1,83
Lissabon**)	1,925	1,945	1,865	1,65	2,45
Tokio	1,1615	1,1645	-	1,12	1,18
Helsinki	46,670	46,870	45,53	46,00	47,75
Buen. Air.	-	-	-	-	10,00
Rio	-	-	-	0,09	0,33
Athen*) **)	2,476	2,33	-	2,20	3,00
Frankf.	-	-	-	-	-
Sydney*)	2,3995	2,4185	-	2,33	2,45
Johannesbg.*)	2,005	2,114	-	1,70	1,95

Alles in Hundert: 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire, 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert; **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Der US-Dollar bewegte sich am 6. 6. weiterhin auf Konsolidierungskurs. Eine Stabilisierung der Zinssätze und das Ausbleiben neuer belastender Faktoren zur Schuldnerkrise ließen etwas Kaufneigung aufkommen und sorgten für einen Anstieg bis 2,6900. Negativ für die D-Mark wirkte sich zusätzlich der geringe Ordereingang in der deutschen Industrie aus. Die amtliche Notiz lautete 2,6847. Die Bundesbank war mit einem Verkauf von 35,7 Mill. Dollar wiederum der ausgleichende Marktteilnehmer. Die meisten Währungen wiesen Kursgewinne gegenüber der D-Mark auf, die jedoch mit Ausnahme des Escudo nicht über 2,3 Promille hinausgingen. Gegen den Trend fiel der Yen um 25 Punkte auf 1,1630 zurück. Die Golfabhängigkeit der japanischen Wirtschaft dokumentiert sich wahrscheinlich weiterhin in der Kursentwicklung. US-Dollar in: Amsterdam 3,0300; Brüssel 54,82; Paris 8,2575; Mailand 1665,70; Wien 18,8800; Zürich 2,2365; Ir. Pfund/DM 3,057; Pfund/Dollar 1,3984; Pfund/DM 3,749.

Ostmarkkurs am 6. 6. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 18,00; Verkauf 21,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 16,75; Verkauf 19,75 DM West.

Devisenterminmarkt

Eine Stabilisierung der Dollarzinssätze führten am 6. Juni zu etwas höheren Dollar/D-Mark-Deports.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,32/1,22	3,85/3,75	7,85/7,65
Pfund/Dollar	0,22/0,23	0,70/0,72	1,58/1,61
Pfund/DM	1,90/0,50	4,10/2,70	7,30/5,90
FF/DM	28/12	71/55	136/120

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 5. 6.: Tagesgeld 5,50–5,55 Prozent; Monatsgeld 5,60–5,70 Prozent; Dreimonatsgeld 6,05–6,15 Prozent.

Privatdiskontsätze am 5. 6.: 10 bis 29 Tage 3,55G–3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55G–3,40B Prozent. **Diskontsatz** der Bundesbank am 5. 6.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. April 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/5 (Typ A) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,47) – 8,00 (6,94) – 8,25 (7,24) – 8,50 (7,45) – 9,00 (7,66). Ausgabe 1984/6 (Typ B) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,50) – 8,00 (6,99) – 8,25 (7,31) – 8,50 (7,54) – 9,00 (7,79) – 9,00 (7,96) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,82, 2 Jahre 6,90. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,75, Kurs 99,40, Rendite 7,90.

Rentenwerte etwa behauptet

Am Rentenmarkt war die Tendenz an der Mittwochbörse bei recht ruhigem Geschäftsgang nicht ganz einheitlich, aber ohne größere Kursänderungen mehr oder weniger behauptet. Öffentliche Anleihen gaben teilweise um 0,05 - 0,1 Prozentpunkt nach, blieben zum großen Teil aber unverändert. Bundesobligationen zeigten Abweichungen gegenüber Dienstag zwischen plus 0,05 und minus 0,1 Punkt. DM-Auslandsanleihen lagen eher knapp behauptet. Pfandbriefe tendierten meist gehalten.

	6. 6.	5. 6.
M 5½ Bayer.Hyba Pf 14	92,75G	92,75G
6 dgl. Pf 20	82bG	82B
6¼ dgl. Pf. 2	95,75G	95,75G
7 dgl. Pf 3	95,5G	95,25G
7 dgl. Pf 27	94,75bG	94,75bG
6½ dgl. KS 14	97,75G	97,75G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	122G	122G
5½ dgl. Pf 11	128G	128G
6 dgl. Pf 34	74,5B	74,5G
6 dgl. KO Pf 50	100G	100G
6½ dgl. Pf 10	80,75G	80,75G
6 dgl KS 1	99,25G	99,25G

	6. 6.	5. 6.
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	117G	117G
6 dgl. 14	90,1	90,1
6 dgl. 47	79	79
F 5 Helaba Pf 8	109G	109G
6 dgl. Pf 80	94,85G	94,4
8 dgl. Pf 73	101G	100,7G
4 dgl. KO 6	102G	102G
H 6 Hyp.i.Hbg. Pf 96	81,25	81,25G
6½ dgl. Pf 80	89,9G	89,9G
8 dgl. Pf. 248	100,45	100,45G
9 dgl. KO 125	–	–
8 dgl. KO 175	101,25G	101,25G

	6. 6.	5. 6.
M 5 Verbank Nbg. Pf 55	117,5G	117,5G
6 dgl. Pf 95	76G	76G
7 dgl. Pf 100	100,1G	100,1G
D 8 WestLB Pf 350	101,1G	101,1G
6¾ dgl. Pf 403	97,85G	97,85G
9½ dgl. Pf 1007	105,35G	105,35G
8 dgl. Pf 1015	99G	99G
7 dgl. KO 556	100,1G	100,1G
6¼ dgl. KS 420	98,2G	98,2bG
9¼ dgl. KO 1301	104,6G	104,6G
8½ dgl. KS 1278	101,55G	101,55G
8 dgl. IS 1512	100,2G	100,2G
9¼ dgl. IS 1520	101,9G	101,9G

Bundesbahn

		6. 6.	5. 6.
8 dgl. 83 S.43	12/88	100,25	100,35
8¼ dgl. 83 S.44	12/88	101,4	101,4
8 dgl. 84 S.45	3/89	100,35	100,45
7½ dgl. 84 S.46	4/89	98,5G	98,5
F 8 Bdbahn 72	9/84	100,4	100,4
8¼ dgl. 76	9/84	100,45	100,45
6 dgl. 78 III	11/84	100	100

Bankschuldverschreib.

	6. 6.	5. 6.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	82,5G	82,5
6½ dgl. Pf 5	87,5G	87,5
7 dgl. Pf 2	100,2G	100,2G
F 7½ Bakola Pf 104	100,9G	100,9G
9 dgl. Pf 108	103,3G	103,6G
10 dgl. Pf 108	107,85G	107,9G
7 dgl. KS 132	95,85G	95,75G
8 dgl. KS 155	99,6G	99,35G
9 dgl. KS 169	102,45G	102,8G

Warenpreise – Termine

Schwächer schlossen am Mittwoch die Gold- und Silbernotierungen am Terminmarkt der New Yorker Comex. Fester ging dagegen Kupfer aus dem Markt. *Gewinne in allen Sichten verzeichneten Kaffee und Kakao.*

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	6. 6.	5. 6.
Juli	355,00	358,50
Sept.	361,75	363,50
Dez.	377,00	378,50

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	6. 6.	5. 6.
St. Lawrence 1 CW	245,45	244,90
Amber Durum	241,85	238,45

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Juli	142,50	143,00
Okt.	147,80	148,50
Dez.	152,30	152,50

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Juli	141,40	140,90
Okt	130,40	130,20
Dez.	128,20	128,00

Hafer Chicago (c/bush)	6. 6.	5. 6.
Juli	185,50	186,75
Sept.	179,25	181,00
Dez.	181,50	183,50

Mais Chicago (c/bush)		
Juli	346,75	345,50
Sept.	321,75	323,00
Dez.	296,75	299,25

Gerste Winnipeg (can. $/t)	6. 6.	5. 6.
Juli	142,00	141,40
Okt.	133,00	132,80
Dez.	133,10	132,90

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	6. 6.	5. 6.
Terminkontr. Juli	144,75	144,00
Sept.	144,76	144,15
Dez	144,75	144,20

Kakao New York ($/t)	6. 6.	5. 6.
Terminkontr. Juli	2489	2460
Sept.	2528	2498
Dez.	2415	2371
Umsatz	4 347	10 115

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Juli	5,97	5,72
Sept	6,28	6,00
Okt.	6,53	6,20
Jan.	7,05	6,70
März	7,85	7,38
Umsatz	10885	6570

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	6. 6.	5. 6.
	5,66	5,59

Kaffee London (£/t) Robusta-	6. 6.	5. 6.
Kontrakt Juli	2180–2183	2192–2194
Sept.	2195–2198	2203–2204
Nov.	2225–2230	2225–2230
Umsatz	4576	7601

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Juli	2007–2008	1990–1991
Sept.	1976–1977	1957–1958
Dez.	1808–1810	1797–1798
Umsatz	4964	7172

Zucker London ($/t), Nr. 6-		
Aug.	180,80–180,30	180,00–180,20
Okt.	168,60–168,80	167,60–167,80
Dez.	176,60–177,00	175,60–176,40
Umsatz	2911	2752

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	6. 6.	5. 6.
schw. Sarawak spez.	345,00	345,00
weißer Sarawak	635,00	635,00
weißer Muntok	642,50	642,50

Öle, Fette, Tierprodukte

Talg New York (c/lb)		
top white	23,00	23,00
fancy	22,75	22,75
bleichfähig	21,00	21,00
yellow max. 10% fr. F.	18,75	18,75

Schweine Chicago (c/lb)		
Juni	52,25	52,50
Juli	57,07	56,60
Aug.	59,25	58,70

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Juli	66,45	65,90
Aug.	65,15	64,30
Febr.	77,15	77,30

jegl. Herk. ex Tank	625,00	630,00
Palmöl Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	860,00	870,00
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	268,00	265,50
Kokosöl Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	1450,00	1450,00
Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	295,00	301,00

Paris (F/1-kg-Barren) mittags	104 100	104 350
Silber (p/Feinunze) London Kasse	666,10	668,10
3 Monate	681,20	683,15
6 Monate	697,30	700,00
12 Monate	731,10	736,05
Platin (£-Feinunze) London	6. 6.	5. 6.
fr. Markt	281,60	284,30
Palladium (£-Feinunze) London 1. Händlerpr	109,45	110,80

abends Kasse	1005,5–1006,0	1006,0–1005,5
3 Monate	1025,5–1026,0	1025,0–1025,5
(Kupfer-Standard) Kasse	1007,0–1008,0	1007,0–1008,0
3 Monate	1021,0–1021,5	1018,5–1019,5
Zink (£/t) Kasse	780,00–782,00	785,00–790,05
3 Monate	673,00–673,50	673,00–675,00
Zinn (£/t) Kasse	9080–9085	9070–9075
3 Monate	9025–9026	9015–9016
Quecksilber ($/fl)	295–305	280–300
Wolfram-Erz ($-T-Einh.)	84–85	84–85

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans …

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

NATIONALELF / Die gute Stimmung im Trainingslager bei Paris erhielt schon den ersten Dämpfer

● „Alles prima hier. Von mir aus kann es losgehen." Das sagte gestern morgen Bundestrainer Jupp Derwall im Quartier der deutschen Fußball-Nationalmannschaft in St. Germain en Laye bei Paris. Gestern mittag aber verfinsterte sich die Miene des Bundestrainers. Die Frankfurter „Abendpost/Nachtausgabe" nämlich hatte in großen Buchstaben von einem Bier-Bummel der Mönchengladbacher Lothar Matthäus und Hans-Günter Bruns berichtet. Die Spieler zeigten sich geständig und wurden daraufhin mit einer Geldstrafe von 1000 Mark belegt.


Inzwischen ist ihm die gute Laune verdorben worden: Bundestrainer Jupp Derwall in Frankreich. FOTO: DPA

● Genau heute in einer Woche wird die deutsche Fußball-Nationalmannschaft bei der Europameisterschaft in Frankreich gegen Portugal in Straßburg ihr erstes Vorrundenspiel bestreiten. In einem Interview mit der deutschen Presse-Agentur (dpa) meinte der Mannschaftsführer Karl-Heinz Rummenigge: „Auch ohne Bernd Schuster müßten wir ins Halbfinale vorstoßen, sonst wären Mannschaft, Trainer und Fans gleichermaßen enttäuscht. Was danach kommt, ist auch Glückssache. Wir setzen uns jedenfalls nicht durch große Sprüche unter Druck – Halbfinale ist auch schon was."

Mit dem Zapfenstreich nahmen es Matthäus und Bruns nicht so genau: 1000 Mark Geldstrafe

MARTIN HÄGELE, Paris

Bundestrainer Jupp Derwall schien ganz der alte zu sein. Er plauderte wie einst vor vier Jahren bei der Europameisterschaft in Rom, locker vom Hocker wie zu jenen Zeiten, da ihm, dem erfolgreichen Trainer und „lieben Jupp", noch keiner an der Karren gefahren war. Derwall stand unter den Journalisten und scherzte. Über das schöne Quartier, das „La Forestière", ein hübsches Jagdschlößchen mittendrin im Wald von Versailles.

Derwall: „Wir schlagen uns mit der guten Küche hier den Bauch voll, essen zwei Stunden lang zu Mittag, schlafen gemütlich, und wenn wir aufwachen, dann trinken wir erst mal Kaffee." Nein, so wie Derwall da flachste, so spielt sich das Leben der Nationalmannschaft nicht ab. Man ist nicht auf Urlaub in Paris. Was wiederum am Speisefahrplan, den der DFB den französischen Köchen schon lange vor der Anreise der werten Gäste hatte zukommen lassen, abzusehen ist. „Wenn wir gut arbeiten, dann gibt es schon 4000 bis 5000 Kalorien", erklärt Derwall die tägliche Ernährung. Der Kalorienbedarf der Nationalspieler entspricht eben dem von Bauarbeitern, Steineklopfern, Schwerarbeiten.

Die Arbeit ist schon eingeteilt. Nach deutscher Fußball-Pünktlichkeit kann man die Uhr hier stellen. Morgens um 10 Uhr 25 Minuten rein in den Wald, zehn Minuten Gymnastik, 25 Minuten retour. Um elf erscheint Horst Köppel, Jupp Derwalls Assistent, wieder auf der Anlage des benachbarten Klubs St. Germain. Nachmittags um 17.15 Uhr, bei der zweiten Arbeitseinheit, steht der Ball im Mittelpunkt. Die Kräfte der Bundesligaspieler sollen nach einer anstrengenden Saison dosiert, auf gar keinen Fall aber verpulvert werden.

Als er gebeten wird, noch einmal die Stimmung von Versailles mit jener von Rom oder dem Geist vom Schluchsee, den Trainingslagern vor der vergangenen Europa- und Weltmeisterschaft, zu vergleichen, antwortet Derwall ganz nüchtern: „Wissen Sie, vor solchen Turnieren ist die Stimmung immer gut. Daraus kann man nicht viel schließen. Die echte Stimmung zeigt sich erst, wenn man verloren hat oder irgend etwas Unvorhersehbares passiert ist."

Der Mann muß eine gute Nase haben. Nur Augenblicke später erfährt er, was in der Nacht von Montag auf Dienstag in der Darmstädter Diskothek „Worschtküch" passiert ist und was gestern in einigen hessischen Zeitungen nachzulesen war.

Zwei seiner Schützlinge, Lothar Matthäus (23) und dessen Gladbacher Kollege Hans-Günter Bruns (29), hätten dort nach Mitternacht und in Damenbegleitung einen draufgemacht. Als Matthäus vom zufällig dort anwesenden Sportreporter der „Abendpost-Nachtausgabe", Johann Strotkötter, nach dem Zapfenstreich der Nationalmannschaft gefragt wurde, hat er einen feuerroten Kopf bekommen. Außerdem verbieten die beiden dem Wirt, der die populären Gäste unbedingt mit seiner Polaroid-Kamera ablichten will, jegliches Foto mit dem Hinweis, man sei privat hier.

Wenn die Geschichte in dieser Form stimme, entfährt es Derwall, „dann haben die beiden keine Chance mehr". Innerhalb von einer Viertelstunde ist die Story im Kreis der Nationalmannschaft rum. „Reichlich ungeschickt von den beiden", sagt zum Beispiel Klaus Allofs. Ähnlich denken alle.

Denn obwohl die beiden nun keine goldenen Löffel gestohlen haben und es sich wahrlich um keine Straftat handelt, hätten sowohl Matthäus als auch Bruns wissen müssen, daß Derwall auf solche Vorkommnisse allergisch reagieren würde. Hat Derwall nicht einen großen Teil seiner Autorität dadurch verspielt, daß er bei der Mini-WM zusah, wie seine Männer durch Montevideos Nachtleben zogen? Oder als man Schlucksee auf Schluchsee reimte? Und hat der Bundestrainer sich in Spanien nicht selbst aus seiner berühmten langen Leine beinahe den Strick um den eigenen Hals gemacht?

Als sie merken, daß plötzlich ihre Nationalmannschaftskarriere auf dem Spiel steht, werden aus den Nachtschwärmern reuige Sünder. Bruns, der erst recht patzig reagiert hat („Der Tag in Frankfurt war doch keine EM-Vorbereitung im richtigen Sinne, und wenn jemand behauptet, wir waren mit Frauen da, den verklage ich"), entschuldigt sich nun kleinlaut bei Jupp Derwall. Ebenso wie Matthäus („Was soll denn das Theater wegen zwei Stunden über den Zapfen schlagen?"). Er, meint Matthäus nun, habe nicht schlafen können, aber es sei ein großer Fehler gewesen, daß er nicht Herrn Derwall gefragt habe, ob er nicht noch ein oder zwei Stunden nach halb zwölf ausgehen dürfte.

Die beiden müssen ihre Koffer nicht packen. Tausend Mark Geldstrafe verhängt Derwall nach Rücksprache mit DFB-Chef Hermann Neuberger. Es ist anzunehmen, daß der Präsident dabei seinen obersten Angestellten beschwichtigt hat. Für den Nachmittagskaffee kündigt der Bundestrainer eine Mannschaftsbesprechung an. Dabei hat Jupp Derwall allen Ernstes mal richtig auf den Tisch gehauen.

STAND ● PUNKT / Beispielhaft

Warum, so wurde auf der Tribüne des Frankfurter Waldstadions gekalauert, warum hat Schiedsrichter Dellwing das zweite Bundesliga-Qualifikationsspiel zwischen Eintracht Frankfurt und dem MSV Duisburg so überaus pünktlich abgepfiffen? Antwort: Damit die jungen Spieler von Eintracht Frankfurt nicht mit dem Jugendschutzgesetz in Konflikt und bis 23.00 Uhr ins Bett kommen . . .

Die Wahrheit sah selbstverständlich ganz anders aus: Nach dem 1:1 gegen den MSV vor 45 000 begeisterten Zuschauern, nach dem Punktgewinn, der den Gastgebern endgültig den Verbleib in der höchsten Klasse sicherte, ließ Trainer Dietrich Weise seine „Bubis" sich richtig austoben. In der Kabine schon kreisten die Sektflaschen. Anschließend feierte die Mannschaft bis in den frühen Morgen. „Die Jungs müssen nach den ganzen Nervenanspannungen dieser Saison jetzt erst einmal richtig Dampf ablassen", meinte Weise. Ob Berthold, ob Kraatz, ob Sievers, ob Trieb oder Müller – sie alle, die gerade erst um die 19, 20 Jahre alt sind, machten reichlich Gebrauch von der Aufforderung.

Vorher aber hatte Weise sehr ernste Worte gesprochen. Er sei stolz darauf, daß das jüngste Eintracht-Team aller Zeiten das Saisonziel schließlich doch noch geschafft habe. Dieses sei als Signal für den gesamten Bundesliga-Fußball zu werten. Denn: „Es zeigt, daß, wenn nur die nötige Geduld aufgebracht wird, die junge Generation das in sie gesetzte Vertrauen auch rechtfertigt."

In Frankfurt ist ein Lehrstück abgelaufen. Mit unbekannten Spielern hat Weise den Kampf gegen den Abstieg aufgenommen. Mehr als 24 000 Zuschauer kamen im Durchschnitt zu den Heimspielen. Das waren rund 4000 mehr als in der letzten Saison, und da spielten immerhin noch solche Stars wie Pezzey, Tscha Bum und Nickel für Frankfurt. Mehr als eine Million Mark konnte der Verein an Schulden abtragen. Ein Beispiel, das all denen zur Nachahmung empfohlen wird; die mit ihren Schecks Jagd auf Stars machen. Bleibt zu hoffen, daß Weise seinen Weg konsequent und kontinuierlich weitergehen kann. Dazu gehört freilich auch, daß die Fans ihre Euphorie jetzt erheblich dämpfen und ablassen von der unsinnigen Forderung, die Mannschaft müsse bereits in der nächsten Saison um die UEFA-Cup-Plätze mitspielen.

BERND WEBER

SPORT-NACHRICHTEN

UdSSR-Segler sagten ab

Kiel (dpa) – Nach der „DDR" haben auch sieben Boote der UdSSR für die Segelragatten der Kieler Woche ihre Meldung zurückgezogen. Ebenso wie die „DDR" begründete die UdSSR ihre Absage mit der Teilnahme südafrikanischer Yachten.

Bayern: Neue Verträge

München (sid) – Mittelstürmer Dieter Hoeneß und Verteidiger Bernd Martin verlängerten ihre Verträge beim Fußball-Bundesligaklub FC Bayern München um jeweils ein Jahr.

Tennis: Becker weiter

Paris (sid) – Die Stuttgarterin Isabel Cueto und der Mannheimer Boris Becker erreichten bei den internationalen Tennis-Meisterschaften von Frankreich in Paris die zweite Runde in den Jugend-Konkurrenzen. Isabel Cueto besiegte Merir Mennisto (Finnland) mit 6:0, 6:0, Jugend-Vizeweltmeister Boris Becker gewann mit 6:1, 6:2 gegen den an Nummer zwei gesetzten Amerikaner Ricky Brown.

Griechenland ist bereit

Helsinki (dpa) – Griechenland ist zur ständigen Ausrichtung der Olympischen Spiele bereit. Das erklärte Ministerpräsident Andreas Papandreou in Helsinki. Für den Ministerpräsidenten ist die Verlegung der Spiele nach Griechenland die beste Möglichkeit, die entstandenen Probleme der olympischen Bewegung zu lösen.

Titel verteidigt

London (dpa) – Der Engländer Barry McGuigan bleibt Europameister der Berufsboxer im Federgewicht. Er schlug in London den spanischen Herausforderer Esteban Eguia nach 45 Sekunden der dritten Runde k. o.

ZAHLEN

RAD

67. Giro d'Italia, 17. Etappe, Bardonecchia–Lecco (249 km): 1. Bruggmann (Schweiz) 6:46:27 Std., 2. da Silva (Portugal) 0:02 Min. zur., 3. Mutter (Schweiz), 4. van der Velde (Holland), 5. Zadrobilek (Österreich) alle gleiche Zeit. – Gesamtwertung: 1. Moser 80:10:46 Std., 2. Visentini 1:03 Min. zur., 3. Argentin (alle Italien) 2:06, 4. Fignon (Frankreich) 2:07.

TENNIS

Internationale Meisterschaften von Frankreich in Paris, Viertelfinale: Connors (USA) – Sundström (Schweden) 7:6, 6:1, 6:4.

HANDBALL

„Karparten-Trophäe", internationales Turnier in Rumänien: UdSSR – Schweden 24:20, „DDR" – USA 24:19, Rumänien A – Rumänien B 32:18.

BASKETBALL

Wieder mal Losglück

dpa, **Frankfurt**

Die deutschen Basketballer sind derzeit vom Losglück verfolgt. Für die Weltmeisterschaft 1986 muß sich das deutsche Team in einer leichten Gruppe mit Italien, Albanien und der Türkei qualifizieren, wobei der zweite Platz bereits ausreicht. Auch bei der Auslosung für die Europameisterschaft (5. – 17. Juni 1985) in Leverkusen, Karlsruhe und Stuttgart blieb den deutschen Basketballspielern das Glück treu.

Zwar trifft das Team von Bundestrainer Ralph Klein in der Vorrundengruppe A (Leverkusen) auf Titelverteidiger Italien, doch sind die weiteren Gruppengegner Holland und Israel sowie zwei Vertreter der im September ausgetragenen B-Europameisterschaft in Schweden und Finnland schwächer einzustufen als die Vorrundengruppe B. In Karlsruhe spielen Weltmeister UdSSR, Olympiasieger Jugoslawien, Vize-Europameister Spanien, der EM-Fünfte Frankreich sowie zwei weitere Qualifikanten.

TENNIS / John McEnroe und die Medien

„Holt doch endlich die Ratten aus ihren Löchern"

sid, **Paris**

Das französische Fernsehen ergriff jede Gelegenheit, John McEnroe den Zuschauern in beinahe jeder Lebenslage zu präsentieren. Beinahe tagtäglich wurden die gewohnten Ausbrüche des Amerikaners gezeigt – von den sportlichen Leistungen war jedoch nichts zu hören. Nun denn: McEnroe steht jetzt im Halbfinale und trifft auf seinen Landsmann Jimmy Connors.

Zu sehen bekommen die Franzosen das: McEnroe beim Streit mit dem Schiedsrichter, McEnroe, der wütend den Ball wegschlägt, McEnroe bei den üblichen Selbstbeschimpfungen nach mißlungenen Aktionen.

Nach dem Match gegen José Higueras wurde McEnroe 15 Minuten lang in Aktion gezeigt, aber kein einziger Schlag des Amerikaners. Dafür wurde „Unfairneß" von McEnroe angeprangert, weil er auf der Korrektur einer Entscheidung bestand, die Higueras selbst vornahm. Anschließend aber zeigte sich der New Yorker wenig nachgiebig, als der Spanier einen Aufschlag seines Gegners im Aus sah, ohne daß dies vom Linienrichter registriert wurde.

Besonders schlecht ist McEnroe seit jeher auf Fotografen zu sprechen. Das Klicken ihrer Kameras störte ihn in Paris so sehr, daß er sie mit den Worten aus den ihnen zugewiesenen Plätzen an der Kopfseite des Courts vertreiben ließ: „Holt doch endlich die Ratten aus ihren Löchern!" Philippe Chatrier, französischer Präsident des Welt-Tennisverbandes, erließ daraufhin schriftlich ein Verbot für die Fotografen, beim Aufschlag zu fotografieren. Das störe die Spieler, hieß es zur Begründung.

Daß John McEnroe trotz der besonderen Beachtung, die ihm in Paris zuteil wird, bisher nur mit einer Geldstrafe von 250 Dollar und einer Verwarnung davonkam, ist geradezu erstaunlich. So blieb er ungeschoren, als er die Zuschauer mit dem Zuruf „Shut up" (Haltet die Klappe) bedachte. Nur, weil sie auf eine seiner Selbstbeschimpfungen belustigt reagiert hatten.

FUSSBALL

Neue Chance für Essen

sid, **Frankfurt**

Das Spiel zwischen Bundesliga-Aufsteiger Schalke 04 und dem Zweitliga-Absteiger Rot-Weiß Essen vom letzten Spieltag der zweiten Fußball-Liga wird am Freitag (20.00 Uhr) im Gelsenkirchener Parkstadion wiederholt.

Das Bundesgericht des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) hatte als zweite und letzte Instanz im schriftlichen Verfahren die Einsprüche gegen die Neu-Ansetzung der Partie von Rot-Weiß Oberhausen, SC Charlottenburg und VfL Osnabrück am Dienstag zurückgewiesen.

Der Essener Protest gegen die Wertung der 0:5-Niederlage in Schalke wurde anerkannt, weil Essens Torwart Carsten Hallmann im Parkstadion durch Fremdeinwirkung verletzt worden war und vorzeitig ausscheiden mußte.

Bei einem 4:0-Erfolg von Essen im Wiederholungsspiel im Gelsenkirchener Parkstadion muß Oberhausen anstelle von Essen in die Amateur-Oberliga.

Wer macht die besten Kinderprogramme? – 20 Jahre „Prix Jeunesse" in München

Glühbirnensalat für drei Regenschirme

Kleine brillierende Glückstreffer im Prix-Jeunesse-Roulette auf der Suche nach den besten Fernsehprogrammen für Kinder. Da schlingt sich, im meisterlichen Zeichentrick aus dem WDR, ein Spaghetti-Faden aus der Nudelreklame-Packung um den Leib des Astronauten, der also angeseilt seiner Angebeteten auf einem anderen Plakat entgegenschwebt.

Da reitet das einzahnig grinsende Hexenbaby Mimosa aus Finnland auf seinem Minibesen mitten hinein in die Wohnwelt der properen Pflegeeltern, die sich durchs Schlüsselloch besehen gar nicht mehr proper zeigen. Da fliegen drei Regenschirme als Schwäne durch die Luft, bevor die französische Tele-Katze sie zum Menu aus Glühbirnensalat einlädt („Tele-Chat", Nonsens-Nachrichten für Kinder aus Paris).

Eines zeigt sich klar: Die Phantasie – wie wild und skurril auch immer – ist Trumpf auf diesem Jubiläumstreffen der Eitelkeiten und der filmischen Gratisideen in der weiß-blauen Landeshauptstadt. Zwanzig Jahre Bemühen um das Warum und Wie des Programms für Kinder haben es gezeigt: Der ideologische Übereifer ist hinderlich. Wo die Absicht allzu deutlich durchschlägt, etwa bei dem gut gefilmten und vorbildlich intendierten Beitrag zum Thema Integration von Behinderten von Radio Bremen („Wir Kinder der Klasse 3b"), da reagieren die Fachzuschauer sperrig. Sie haben sich in den vergangenen Tagen insgesamt 99 Filme aus 57 Fernsehstationen und 42 Ländern zur Besichtigung und zur Wahl angetan.

So viel Eifer ist nur durch die Stimmberechtigung jedes akkreditierten Teilnehmers zu erreichen – an die 250, darunter neben Journalisten und Wissenschaftlern vor allem die „Macher" aus den beteiligten Fernsehredaktionen. Das hilft dem Trend – weg von der verbissenen Realitätsbewältigung hin zur spielerischen Form – zusätzlich auf die Sprünge.

Schwer haben es auf dieser Plattform nicht so sehr die Länder mit schmalem Etat aus der Dritten Welt, denen viel Sympathie und ein Sonderpreis entgegenkommt, sondern die Amerikaner. Ihrem missionarischen Optimismus versagen sich europäische Geschmackskategorien. Auch dort, wo der Sinn der guten Botschaft, die Ermutigung zum gesünderen Leben, zum Glauben an sich selbst, zur Abkehr von Drogenkonsum, durchaus einsichtig ist. Man wird das Gefühl nicht los, daß uns die Kollegen aus den USA derzeit ferner sind als die Vietnamesen, die, neben China, zum erstenmal an der Prix-Jeunesse-Party teilnehmen.

Interessant an der unsentimental erzählten Geschichte des Kinderkriegs-Schicksals aus Vietnam ist, daß hier ein Junge nicht an den widrigen Umständen scheitert, daß ihm vielmehr perfektes Funktionieren in Schule und neuer Umgebung abverlangt wird. Übrigens zeigen auch andere exotische Länder wie Ägypten mit seiner Nachrichtensendung für Kinder oder die Türkei mit ihrer Geschichte vom ach so wunschlos zufriedenen Lehrer in der Provinz eher Abziehbilder ihrer Wirklichkeit, als daß sie sich authentische Bilder, Motive und Situationen zutrauen. Ausnahmen wie das künstlerisch durchgeformte Tanzmärchen aus Bangladesch oder der türkische Reigen „Als der Vogel sang" weisen in eine willkommene Richtung.

Hoch in der Gunst der Auguren stehen neben „Danny und dem zierlichen Hexenfrüchtchen" (Irland), „Mimosa", neben dem launig perfiden „Kleistermann" (WDR) und dem poetisch gestrichelten „Snowman" aus England u. a. die schwedische Geschichte von dem vergoldeten Kitschherzen („Ein Herz aus Gold"). Die kleine Tulla schenkt es ihrer Mutter. Aber die Mutter hat andere Sorgen, das Kleinod geht zu Bruch, und Tulla wünscht sich, „endlich ein Scheidungskind zu werden". Denn – so das Fazit der Früherfahrenen – „nur zu Scheidungskindern sind die Eltern nett, nur geschiedene Eltern können sich gut vertragen". Die breite Zustimmung quer durch alle Länder und Kulturschranken zu diesem Film hat nicht nur mit der privaten Betroffenheit von Juroren zum Thema zu tun, sondern vielmehr noch damit, daß hier ein heißes Eisen in eine Form umgegossen werden konnte, die das Produkt in den Rang eines Kunstwerks rückt.

Die Meinungen über das Fernsehen, was machbar ist, prallen hart aufeinander. Grandiose Überschätzung seiner Wirkung einerseits, kleinmütiges Schielen nach Einschaltquoten als dem Gradmesser für Qualität andererseits, hier der staatlich gefütterte Mediendiener, dort der im Superkommerz ertrinkende Einzelkämpfer; Westeuropäer, die Kulturtraditionen vorzeigen, die Neue Welt, die hemdsärmelig zupackt: zwischen diesen Polen entspinnt sich die Debatte rund um den Kinderfilm. Alle Jahre wieder beim Prix Jeunesse.

INGRID ZAHN

KRITIK

Als der Rollschuh „in" war

Es klang schon fast wie ein Lied aus fernen Zeiten, Mark L. Lesters Mär von der amerikanischen Millionärstochter und ihrem armen Geliebten, die rollschuhlaufend in Diskotheken miteinander turtelten. **Roller Boogie** (ZDF) stammte aus dem Jahr 1979, als der Rollschuhtanz als Vergnügung für junge sportliche Leute gerade „in" war.

Doch lang, lang ist es her. Inzwischen laufen die Kinder wieder ganz normal Rollschuh wie eh und je, und die Erwachsenen haben ihre rasenden Schuhfahrzeuge meist wieder fortgepackt. Nach diesem dümmlichen Film wird sicherlich auch kaum jemanden die Lust übermannen, die Rollschuhe wieder zu entmotten. Beachtlich waren allein die Körperverrenkungen der Akteure. Selbst die flotte Musik konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Film ein reiner Modegag war, abgestimmt auf die leicht vergänglichen Teenagerbedürfnisse vor fünf Jahren.

Interessant war allein die Begegnung mit Linda Blair, die 1972 als teufelsbessenes Kind in William Friedkins „Der Exorzist" zu traurigem Weltruhm gelangte. Denn die schaurigen Filmszenen gingen nicht spurlos an der damals 12jährigen vorüber. Mit 15 Jahren stand Linda noch einmal im „Exorzisten, Teil 2" vor der Kamera. Danach erhielt sie nur noch seichte Rollen, und heute träumt die 24jährige, inzwischen als Sexstar verschrien, nur noch von einer großen Karriere.

M. v. SCHWARZKOPF

STUDIO

Am 15. Oktober dieses Jahres beginnen sechs Rundfunkanstalten (SR, HR, RB, SDR, SWF und WDR) mit dem **Funkkolleg Kunst**. Dieses für den Hörfunk auf den ersten Blick ungeeignete Thema wurde von den mehr als 400 000 Teilnehmern der vorhergegangenen siebzehn Funkkollegs immer wieder gewünscht. Die Konzeption aller 30 Studieneinheiten geht dabei von der grundsätzlichen Frage aus: Was war „Kunst" jeweils in der Geschichte, wofür und wem diente sie, welche Bedürfnisse hatte sie zu befriedigen? Interessenten können eine kostenlose Informationsbroschüre erhalten beim „Zentralbüro Funkkolleg", Robert-Meyer-Str. 20, 6000 Frankfurt 90.

DW

ARD | ZDF | III.

ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Sendung mit der Maus
10.00 heute
10.03 Deutschland-Tournee
Von Berengar Pfahl
11.35 Mosaik
12.10 Kennzeichen D
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Expeditionen ins Tierreich
Seevögel
16.55 Denkste!?
Der Spinner
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
Anschl. Der 7. Sinn / Parteien zur Europawahl
20.18 Besichtigung einer Bau-Ruine
Anmerkungen zum Zustand der Europäischen Gemeinschaft
Nach dem Scheitern der Gipfeltreffen im vergangenen Jahr erweist sich der Zustand der Europäischen Gemeinschaft als sehr bedenklich. Der Frage nach dem Warum versucht Carl Weiss durch eine kritische Bestandsaufnahme der einzelnen Bereiche der EG nachzugehen.
21.00 Bei Bio
Alfred Biolek erwartet diesmal den Baß-Bariton Bernd Weikl, das WDR-Rundfunkorchester, die holländische Comedy-Vocalgruppe Purper, den Psychologen Professor Max Lüscher, die Kölner Rockgruppe BAP sowie den 14jährigen griechischen Konzertpianisten Dimitris Sgouros.
22.00 Titel, Thesen, Temperamente
Freiheit für Nelson Mandela – Ein Song macht politische Karriere / Tanzen für die Seele – Workshop für Ausdruckstanz in Berlin / Unsere Showmaster und wir – Anmerkungen zu einer Publikumsbefragung
22.30 Tagesthemen
23.00 Stern ohne Himmel
Fernsehfilm von Leonie Ossowski
0.25 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Die Alten und die Jungen
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Mickys Trickparade
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.00 Hallo – Hotel Sacher . . . Portier!
19.00 heute
Anschl. Parteien zur Europawahl
19.30 Leute wie du und ich
von Herbert Reinecker
20.30 Zelleriesalat
Dieter Hallervorden erzählt in gestreifter Sträflingskleidung heute zum viertenmal aus seinem wildbewegten Gaunerleben. Darüber hinaus moderiert er eine Gefängnismodenschau, bringt eine Strumpfverkäuferin und seinen Pflichtverteidiger beinahe zum Wahnsinn und tritt als Professor für Karate auf . . .
21.00 Gesundheitsmagazin Praxis
Start der Vorsorge-Initiative 84 / 85 – Tausende von Babies könnten gerettet werden / Schrittmacher, Chips, Elektrofühler – Neue Antriebe, neue Hilfen, neue Fortschritte / Herzmassage für Laien nicht länger tabu? – Wie die Erste Hilfe verbessert werden könnte
Moderation: Hans Mohl
21.45 heute-journal
Anschl. Parteien zur Europawahl
22.05 Treffpunkt Ü-Wagen 4
bei der afa Nürnberg
Reicht Kirche bis zum Arbeitsplatz?
22.40 20 Jahre Prix Jeunesse
Aufzeichnung der Preisverleihung in München
Moderation: Julia Migenes
0.05 heute


Zum vierten Mal erzählt Dieter Hallervorden aus seinem bewegten Gaunerleben (Zelleriesalat – ZDF, 20.30 Uhr) FOTO: RÖHNERT

III.

WEST
18.00 Telekolleg
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Stehlt mir mein Baby nicht!
Amerikanischer Spielfilm (1978)
Regie: Robert F. Day
21.45 Augen zu und beten?
Zivil- und Katastrophenschutz in NRW
22.15 Die Kunst des Zauberns
23.00 Aktueller Kulturbericht
23.45 Nachrichten

NORD
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Den Wind in den Händen
18.45 Mikroelektronik
19.15 Macht aus alten Zeiten
Sudan: Die Jagd nach dem Elfenbein
20.00 Tagesschau
20.15 Ein Herz und eine Krone
Amerikanischer Spielfilm (1953)
22.10 Leben und Tod im alten Ägypten
22.55 Richard Strauss: „Tod und Verklärung"
23.25 Nachrichten

HESSEN
9.00 Wahl des hessischen Ministerpräsidenten
18.30 Lord Schmetterhemd (1)
19.00 Von der Liebe besiegt
Deutscher Spielfilm (1956)
20.30 Kultur-aktuell in Hessen
21.20 Das Bild der Woche
21.30 Drei aktuell
21.45 Parlament – Parteien – Perspektiven extra
22.30 Alcatraz (1)
Mit Telly Savalas u. a.

SÜDWEST
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Telekolleg
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Der Irrtum
Französisches Fernsehspiel
Mit Michel Duchaussoy u. a.
20.45 Strada Pia
Gang durch eine Straße in Rom
Nur für Baden-Württemberg:
21.45 Europa hat die Wahl
Gemeinsamer Markt oder mehr?
Nur für Rheinland-Pfalz:
21.45 Guten Abend aus Mainz
Nur für das Saarland:
21.45 Straßburg: innen und außerhalb

BAYERN
18.15 Die Tier-Sprechstunde
18.45 Rundschau
19.00 Exklusiv
20.40 Z. E. N.
20.45 Gespräche mit Christen
21.30 Rundschau
21.45 Im Banne des blonden Satans
Französischer Spielfilm (1953)
Mit Eddie Constantine u. a.
Regie: Bernhard Borderie
23.20 Rundschau

Bloß keine Tendenz!

B. K.-B. – In der Ca'Giustinian drücken sie einem vier eng beschriebene Blatt in die Hand; anonyme Belehrung. „Kunst und Künste. Gegenwart und Geschichte" heißt diesmal das Programm der Kunstbiennale in Venedig. „Intern" haben sie das so unterteilt: Kunst und Schauspiel, Kunst und Medien, Kunst und Architektur, Kunst und Kunst. Viel Grenzüberschreitungen also, sonderbar nur dieses additive „Kunst und Kunst".

Die Grenzüberschreitungen sollen zeigen, daß die Avantgarde zwar ihren „geschichtlichen Zyklus abgeschlossen" habe und nicht mehr polemisch auftrete, aber in den „grenzüberschreitenden Sprachen" seien viele Möglichkeiten noch nicht ausgeschöpft. Ebenso betrachte sich die „spezifische" Kunst nicht als restaurativ, sondern als Spiegel ihrer Geschichte. Die Sonderschau „Kunst im Spiegel" sei daher die eigentliche Manifestation des rätselhaften Siegels „Kunst und Kunst": Widerspiegelung der Kunst als Zitat, Remake, konzeptuelle Analyse, ausprobiert an alten Meistern.

Ein Blick auf die Namen verrät, was einen da erwartet: Von Dali werden wir die Venus von Milo mit Schubladen in Brust und Bauch oder Mona Lisa mit Schnurrbart sehen; und Rainer wird lustig (er sagt: traurig) Rembrandt und Genossen schwärzen, Gott sei Dank nicht die Originale.

In der Unterabteilung „Kunst, Umwelt, Bühne", die ein Pendant zu der vorigen ist, sind besonders viel weibliche Künstler vertreten, dagegen in der vorigen gar keine. Das haben sie erst hinterher bemerkt, und sie vermuten, daß das einen Grund hat, aber den wollen sie nicht verraten. Sie sähen gern, daß wir die tatsächlich vorhandenen sämtlichen Tendenzen der jetzigen Kunstszene lieber nicht Tendenzen nennen, sondern Pluralität der Sprachen. Was für Verrenkungen, um zu sagen, daß das Informel nicht mehr diktatorisch herrscht, dafür aber doch noch viel Platz bleibt für avantgardistische Bühnenlichtspielerei, Video-Körpersprache und dergleichen.

Nun, die nationalen Pavillons werden sich nicht viel um die Tendenz der Direktion zur tendenzfreien Verbrämung von Tendenzen kümmern. Sie stellen einfach die Künstler aus, die der jeweilige Kommissar für wichtig hält, der deutsche Cladders z. B. hält Lothar Baumgarten und A. R. Penck für wichtig.

Die Eliten des Grunewalds – „Nico" Sombart und seine „Jugend in Berlin"

Austern-Essen inbegriffen

Die ersten anderthalb Jahrzehnte der Bundesrepublik waren geistig eine erstaunlich rege und anspruchsvolle Zeit. *Es gab damals eine* Art von „arabischem Telefon", durch das einer dem andern weitersagte, welcher eigenwillige Kopf aufmerksam verfolgt werden sollte. Man war weit entfernt vom Kastengeist von heute, dem nur zählt, ob einer zur richtigen Seilschaft gehört. Die Warnungen, die mitgeliefert wurden, betrafen bloß die Qualität oder die Seriosität.

Eine solche Warnung wurde mitgeliefert, als ich zum ersten Male von Nicolaus Sombart, Jahrgang 1923, Sohn des berühmten Nationalökonomen Werner Sombart (1863–1941), hörte. Der junge Mann sei hochgebildet und charmant; es habe ihm jedoch nicht gut getan, bereits im Elternhaus einen erheblichen Teil der deutschen und internationalen Elite zu erleben. Das verführe zu der Meinung, es genüge, geistreich zu sein.

Nun saß ich also mit „Nico" – so nannte ihn alle Welt – an einem Tischchen des Café du Flore in Paris. Wir waren gleich in einen angeregten Klatsch über gemeinsame Bekannte geraten, wobei Sombarts Augen hurtig meine Kleidung inspizierten (sie war nicht vom letzten Chic, was ihn wohlwollend stimmte). Er beobachtete aber auch die auf dem Boulevard Saint-Germain Flanierenden; zuweilen unterbrach er das Gespräch für einen Hinweis, welche Sombart-Prominenz da gerade am Kiosk den „Monde" kaufte. Man spürte Sombart den „guten Stall" an, in der Kleidung wie in der präzis-geschmeidigen Sprache, und er war sich der Lässigkeit, die eine solche Herkunft erlaubt.

Ich kannte damals von ihm einen längeren Aufsatz über den französischen Philosophen Ballanche (1776–1847), den er in einer angesehenen Fachzeitschrift veröffentlicht hatte. Es war ein Meisterstück der Einfühlung in ein esoterisches Stück Geistesgeschichte. In den großen Zeiten von Oxford hätte man Sombart für diesen Text zum Fellow eines der dortigen Colleges ernannt, und er hätte für den Rest seines Lebens kein Wort mehr zu schreiben brauchen. Im Deutschland des Wiederaufbaus war es verhängnisvoll, daß er seither nie wieder etwas so Seriöses geschrieben hat. Er mußte sich mit einer PR-Stelle beim Europarat in Straßburg begnügen, die seinen Ambitionen wohl nicht entsprochen hat.

Ein Wunderkind, das den Vorschußlorbeeren nicht gerecht wird, hat es schwer. In den letzten zwei Jahrzehnten hat „Nico" immer wieder den Sprung in eine andere Karriere geprobt. Unglücklicherweise versuchte er es mit Skandalthesen – erst mit einer Neudeutung von Kaiser Wilhelm II., dann schmiß er seine Nation auf die Couch einer an Martin Green angelehnten Vulgärpsychoanalyse. Was Sombart auftischte, war noch plumper als Greens „Analyse" der Richthofen-Schwestern. Daß Sombart ausgerechnet den Nationalsozialismus zu einer matriarchalischen Bewegung stilisierte, rief bloß noch resigniertes Kopfschütteln hervor.

Doch nun ist ein Wunder geschehen: Nicolaus Sombart hat im Münchner Hanser Verlag ein Buch veröffentlicht („Jugend in Berlin 1933–1943. Ein Bericht", 302 S., 36 Mark), das nicht unberührt läßt. Ein Buch voller Schwächen und voller Charme, außerdem fast „süffig" geschrieben. Der Anstoß war eine Einladung des im Elsaß „Exilierten" in seine Heimatstadt Berlin: 1982/83 war Sombart Fellow im Wissenschaftskolleg, diesem Ansatz zu einem deutschen „Institute for Advanced Studies". Es liegt im Grunewald, einige hundert Meter von der Stelle, wo einst die 1943 zerbombte Villa Sombart stand. Das Langzeitgedächtnis holte im Sohn die Jugend so intensiv ins Bewußtsein zurück, daß ein Buch von einer Dichte entstand, die man ihm nicht mehr zugetraut hatte.

Allerdings ärgert man sich auch gleich über die Faulheit des Autors: Einen zwanzig Seiten langen Vortrag *„Im alten Grunewald"*, den er vor seinen Fellows hielt (und der bereits die ganze Jugend Sombarts enthält), hat er nicht etwa zu einem Buch umgearbeitet, nein, er druckt ihn unverändert ab und setzt dann wieder von vorne an; so bekommt man die meisten *Ereignisse doppelt serviert:* erst kurz, dann etwas ausführlicher. Und die unermüdliche Demonstration detailliertester Kenntnis der Finessen großbürgerlicher Luxuskultur, von der Bibliophilie bis zur Gastronomie, ermüdet zu guter Letzt auch den ethnologisch Interessierten.

Diesen Passiva stehen jedoch erhebliche Activa gegenüber. Zunächst fällt auf an diesen Jugenderinnerungen, daß die Eltern einmal nicht durch den Schmutz gezogen werden. Das ist selten heute, und es ist eine freudige Überraschung bei einem Autor, der sonst – etwa in den Porträts der bündischen Führer Fred Schmid und Hajo Einsiedel (vom späteren Seydlitz-Komitee) – von einer bis zur Süchtigkeit gehenden Indiskretion *befallen scheint. Das Porträt* des durch die 60 Jahre Altersunterschied in Großvater-Distanz gerückten Vaters ist das wunderbare Porträt eines altpreußischen Gelehrten, keineswegs eine Hagiographie, auch Abgründiges ist mit Dezenz angedeutet. Die näherstehende junge Mutter wird mehr mit Pastelltönen gezeichnet. Ein bißchen Vatermord holt Sombart mit der detaillierten Aufzeichnung der Gespräche nach, die sein väterlicher Freund Carl Schmitt während des Krieges mit dem Gymnasiasten führte; sie liefert den Verfolgern des nun 96jährigen Staatsrechtlers reichlich Waffen ...

Damit sind wir beim Hauptthema des Buches „Jugend in Berlin" – bei dem Thema „Der Grunewald im Dritten Reich". Mit der Darstellung dieser eigenartigen Enklave im nationalsozialistischen Deutschland werden diese Jugenderinnerungen wohl ihren Autor überdauern. Alles, was Sombart zu diesem Thema erinnert, ist physiognomisch richtig gesehen, in der Farbe und den Konturen. Sombarts heutige Interpretation dieses Naturschutzparkes wilhelminischer Gesellschaft im alten Nobelviertel am westlichen Rand der Reichshauptstadt ist eine andere Sache. Er scheint den Grunewald von damals – einer seiner wichtigsten Bestandteile, das jüdische Großbürgertum, was bereits vertrieben – für einen Hort des Widerstandes zu halten.

Sombarts Kritiker haben bereits darauf hingewiesen, daß die Abgrenzung der Grunewalder Großbürger gegen den Nationalsozialismus im wesentlichen sozialer Art war: Man *mochte die Nazis nicht, weil sie Proleten* ohne Lebensart waren. Ich entsinne mich der Gespräche, die ich 1942, während eines Berliner Semesters, mit klugen Köpfen der „zweiten NS-Generation" führen konnte, die damals schon die meisten „alten Kämp*fer" in den Schaltstellen abgelöst hat*ten. Diese Aufsteiger aus den unteren Schichten sahen die Lage nüchtern: „Unser Ziel ist, den Krieg zu gewinnen. Dazu brauchen wir das Wissen und das Können der alten Führungsschichten, die sich noch erhalten haben. Auch wenn sie uns nicht mögen – sie werden im Krieg zu ihrer Nation stehen. Wenn wir gesiegt haben, werden wir ihre Töchter heiraten – die bringen uns dann schon bei, wie man Austern ißt ..."

Wie hätten sich die Grunewald-Söhne nach einem Sieg verhalten? Sombarts Erinnerungsvermögen ist sehr intensiv und entzieht sich der Steuerung; es bringt Belege für die eine wie für die andere These nach oben. Begnügen wir uns mit der Feststellung, daß zahlreiche seiner Grunewalder Schulkameraden in die Führungskader des anderen deutschen Staates aufgestiegen sind.

ARMIN MOHLER



Mit den Augen eines Fremden gesehen: „Nackttanz" aus Max Beckmanns „Berliner Reise" von 1922, ausgestellt in Bremen FOTO: KATALOG

Ausstellungen zu Beckmanns 100. Geburtstag

Als Ankläger gezeichnet

Vor zwei Jahren begann es. Da waren zuerst in Bielefeld und dann in Frankfurt „Max Beckmann – Die *frühen Bilder" zu sehen* (s. WELT v. 26.10.82). Ende vorigen Jahres konzentrierte sich das Städel in Frankfurt am Main auf Beckmanns Frankfurter Jahre 1915 – 1933 (s. WELT v.19.11.83). Die Ausstellung endete genau an Beckmanns hundertstem *Geburtstag, am 12. Februar 1984.* Aber der Reigen der Ehrungen wurde davon nicht berührt. Wenige Tage später begann im Haus der Kunst in München die große Retrospektive (s. WELT v.1.3.84.), die nun bis zum 29. Juli noch in der Berliner Nationalgalerie zu sehen ist. Gleichzeitig zeigt die Kunsthalle in Köln eine Übersicht mit mehr als zweihundert Werken.

Bei den Gemälden konzentrieren sich die Kölner vor allem auf das Spätwerk. Nur 25 der insgesamt 80 Bilder entstanden vor 1933. Dagegen stammen mehr als die Hälfte der Zeichnungen aus der Frankfurter Zeit. Lediglich zwei der hier ausgestellten Blätter zeichnete Beckmann vor 1915 und nur zehn nach 1945. Ähnlich ist es bei den rund hundert druckgraphischen Arbeiten, die zum Teil in Zustandsdrucken oder mit Auflagendrucken und kolorierten Unikaten nebeneinanderhängen. Als Besonderheit kann Köln Abgüsse von allen acht Plastiken zeigen, die Beckmann 1934/36 und 1950 modellierte.

Da diese Ausstellung in Konkurrenz zu den anderen Beckmann-Präsentationen entstand, waren thematischen Konzepten von vornherein Grenzen gesetzt. Man mußte sich vor allem auf den eigenen Besitz be*schränken. Immerhin lassen* – neben den meist deutlich schwächeren Arbeiten der Spätzeit – Gemälde wie das frühe „Bildnis Minna Tube" (1905), das Selbstporträt „mit dem Sektglas" (1919), das „Bildnis einer *alten Schauspielerin" (1926) oder das* „Perseus-Triptychon" (1940/41) etwas von der malerischen Kraft und der Eigenart Beckmanns erkennen. (Bis 24. Juni; Katalog 32 Mark).

Aus derselben Not, sich weitestgehend nur auf die eigenen Bestände *stützen zu können, verstehen die Bre*mer eine Tugend zu machen. Da die Kunsthalle fast alle graphischen Arbeiten Beckmanns besitzt, konnte sie eine Ausstellung aufbauen, die anhand der Zeichnungen und Radierung so recht das „Deutsche" an diesem Maler sichtbar macht, den Grimm und Ingrimm, mit dem er sich an die Realität hielt. Die Lithographienfolge „Day and Dream", die in der amerikanischen Emigration entstand, zeigt Beckmann in seiner ganzen Wucht und intellektuellen Brillanz. Seine überlegene Skepsis verrät ein Blatt wie „Christus vor Pilatus", auf dem er sich selbst in der Gestalt des Ankläger zeichnet. (Bis 1.Juli; Katalog 38 Mark)

Um Beckmanns Werken zu begegnen, bedarf es zur Zeit keiner großen Reisen. Die Galerie Wirnitzer in Baden-Baden zeigt bis Ende Juni Radierungen, Lithographien und Holzschnitte. Im Bottroper „Quadrat" sind Arbeiten von Beckmann bis zum 12. August zu sehen. Und die Graphische Sammlung der Eidgenössischen Technischen Hochschule in Zürich läßt bis zum 1. Juli „Gesichter zwischen Tag und Traum" aufscheinen. Da bleibt zum Schluß nur die Hoffnung, daß der gegenwärtigen Beckmannflut nicht – wie in Sachen Klee, *Picasso, Heckel vorexerziert – nach* dem Gedenkjahr die große Ebbe folgt.

HERBERT ALBRECHT

JOURNAL

Ein Museum für Medizin-Meteorologie

dpa, Wien

Ein einzigartiges Museum ist im niederösterreichischen Waldviertel eingerichtet worden und soll am 19. Juni eröffnet werden: Das Museum für Medizin-Meteorologie. In 14 Räumen eines ehemaligen Meierhofes des Zisterzienser-Stiftes Zwettl wird der Einfluß des Wetters und des Klimas auf die menschliche Gesundheit dargestellt. Neben einem historischen Überblick werden speziell die Themen Bioklimatologie, Umweltbelastung durch Schadstoffe, Heilklima und Kurorte behandelt.

Saurier aus der Zeit des Rotliegenden

D. B. Bad Dürkheim

Fährten und Knochenreste von pfälzischen Sauriern aus der Rotliegend-Zeit vor 280 bis 240 Millionen Jahren zeigt das Pfalzmuseum für Naturkunde in Bad Dürkheim bis zum Ende dieses Jahres in einer Sonderausstellung. Die von der Arbeitsgemeinschaft Rotliegendes e. V. ausgerichtete Schau präsentiert die ausgestorbene Entwicklungslinie der rhachitomen Lurche, von der sich die Kriechtiere und die primitiven Reptilien abspalteten. Die relative Zierlichkeit der Fossilien ist darauf zurückzuführen, daß sich diese Tierform damals in einer Anfangsphase befand.

Montreux bittet zum 18. Jazzfestival

DW. Montreux

Zum 18. Mal findet vom 6. bis zum 21. Juli das Internationale Jazzfestival von Montreux statt. Zu den Attraktionen der Schweizer Veranstaltung gehören dieses Jahr Miles Davis, die Gruppe Weather Report und die Carla Bley Band. Brasilianische, afrikanische und spanische Nächte stehen ebenso auf dem Programm wie ein „Blues Summit" (Albert King, B. B. King), „New Wave" aus England (Carmel, Simple Minds) und „Pure Rock" (Mezzoforte, Elliott Murphy). Ein weiterer Abend ist den „Ladies in Rock" gewidmet (Gianna Nannini & The Primadonnas); am „Jazz Marathon" gehen u. a. Dee Dee Bridgewater und Bobby McFerrin in den Endspurt. Das Plakat zum 18. Jazzfestival stammt übrigens von der Französin Niki de Saint Phalle.

Folkwang-Preise für Musikinterpreten

dpa, Essen

Die mit je 3000 Mark dotierten Folkwang-Preise 1984 für Musik sind an die Pianistin Jeong-Won Ham aus Seoul und die Pianistin Ursula Kamp aus Essen vergeben worden. Die mit 1000 Mark ausgestattete Förderprämie erhielt die Japanerin Saori Saito. Preise und Prämie wurden von der privaten „Gesellschaft der Freunde und Förderer der Folkwangschulen e. V." verliehen, die allein im vergangenen Jahr 100 000 Mark zur Unterstützung junger Künstler ausgegeben hat.

Das Bach-Collegium auf Tournee

DW. Bonn

Eine Tournee in die „DDR" unternehmen vom 8. bis 17. Juni Helmuth Rillings Gächinger Kantorei und das Bach-Collegium Stuttgart. Mit Bachs *h-moll-Messe* gastieren sie im Magdeburger Dom, in der Heilig-Geist-Kirche in Rostock, in der Ostberliner Gethsemanekirche, in der Weimar-Halle in Weimar, in der Konzerthalle am Boulevard in Halle und in der Eisenacher Georgenkirche. Als Solisten wirken mit Krisztina Laki (Sopran), Julia Hamari (Alt), Aldo Baldin (Tenor) und Andreas Schmidt (Baß).

Biennale der Poesie in Lüttich

B. J. Brüssel

Die „XIV. Biennale Internationale de Poésie" findet in diesem Jahr nicht wie seit 1951 im belgischen Seebad Knokke, sondern vom 30. August bis 3. September in Lüttich statt. Das diesjährige Lyriker-Treffen steht unter dem Motto „Poesie im Jahr 2000". Zur Debatte gestellt wird die Frage, welche Zukunft Gedichte-Schreiber in den kommenden Jahrzehnten haben und „wie sie der Technisierung unseres Zeitalters begegnen können". In Arbeitsgemeinschaften wird man sich ferner mit Themen wie „Lyrik und Schule" und Verleger-Fragen beschäftigen.

Felix Marouani †

SAD, Paris

Frankreichs erfolgreichster Musik-Manager, der aus einer armenischen Familie stammende Felix Marouani, ist im Alter von 76 Jahren in Paris gestorben. Marouani galt als „Entdecker" von zahlreichen Chansoniers. So hatte er einst einen Pariser Friseur aus seinem Damensalon gelockt und aus ihm den Sänger Yves Montand gemacht. Zu seinen Entdeckungen gehörten auch Edith Piaf, Josephine Baker und Jacques Brel.

Frankfurt: Eröffnung des Deutschen Filmmuseums

Tücke gebauter Ironie

Unter den Architekturschöpfungen der jüngsten Zeit wird dieses Haus bald als ein Unikum gelten: nicht wegen der sichtbaren Bauteile, sondern wegen der ins Schemenhafte verbannten Architektur. Damit inszeniert das Haus sein eigenstes Thema, nämlich Wirklichkeiten vorzuspiegeln, wo nur Papier, Zelluloid und Lichtblitze sind, sozusagen kontradiktorisch: Was wirklich ist, wird zum Verschwinden gebracht.

Das Haus ist das neue Deutsche Filmmuseum in Frankfurt, hineingebaut in ein großbürgerliches Einzelhaus am Mainufer mit steinerner Reliefschmuckfassade, und es wird wohl oder übel die Aufmerksamkeit von Architekturpilgern der ganzen Welt erregen; denn es liegt Mauer an Mauer mit dem neuen Deutschen Ar*chitekturmuseum, das ein magischer* Anziehungspunkt für derartige Wallfahrten zu werden verspricht (s. WELT v. 1. 6.).

Der Wiesbadener Architekt Helge Bofinger hatte sich für die Bauaufgabe ein originelles Konzept ausgedacht. Sein Plan der Verwandlung einer Villa von 1912 in ein Museum von 1984 hat viel Ähnlichkeit mit den Ideen von Oswald Mathias Ungers, der bei der Umgestaltung der Nachbarvilla vor vergleichbaren Problemen stand.

Auch Bofinger stellte, wie Ungers, ein Betonskelett in die alte Hülle und in die Mitte dieses Neubaus noch einmal ein „Haus im Haus", das nun nicht weiß, sondern himmelblau angestrichen ist und das oben, in der Filmbibliothek unter dem Glasdach, nicht durch ein Satteldach, sondern durch eine ummauerte Terrasse abgeschlossen wird.

Die leicht exzentrische Idee dabei: Dieser mittlere, himmelblaue Turm folgt nicht den Achsen des Haupthauses, sondern wird, in Anspielung auf das Medium Film, um 45 Grad gedreht. Zur Veranschaulichung wollte Bofinger dieses „Rotationselement" mit einem Lichtschacht vom Dach bis ins Parterre umgeben.

Das Spiel mit Beleuchtungs- und Inszenierungseffekten ist eine besondere Spezialität dieses Architekten, wie man von seiner Taunusvilla für einen Industriellen weiß. Für das Museum hatte sich Bofinger einen Katarakt von Glasfenstern ausgedacht, der sich an einer Seitenfront des Museums bis in die Kellerebene ergießt und die Marmorstufen, die zur lila Box des Kommunalen Kinos führen, in helles Licht taucht.

Die Verwandlung und Ironisierung eines äußerlich massiven, historistischen Bauwerks in ein modernes Ausstellungsgebäude mit ungewöhnlichen Raumgliederungen und die dabei erzielten Lichtwirkungen waren zweifellos der Stolz des Architekten – aber sie wurden durchkreuzt.

Zuerst schloß die Feuerpolizei den Lichtschacht über der dritten Ebene, und Bofinger mußte sich mit Spiegelglas an der Decke behelfen. Dann kamen die Filmleute und vermißten die für ihr Medium daseinsnotwendige Dunkelheit. Bofingers gläserner Wasserfall wurde zugehängt, Kulissenbauer ließen an den himmelblauen Stützen Gips und Holz zu Bossengestein, Rundbögen und Stuckfriesen quellen.

Schon jetzt, bei der Eröffnung, ist von Bofingers Werk kaum noch etwas zu sehen. In einem Begrüßungswort meinte Museumschef Walter Schobert: „Nach massiven und kompakten Wünschen des Architekten, der seine Architektur nicht von musealen Einbauten verstellt haben wollte und mit rechtlichen Schritten drohte, wurde der Kompromiß erzielt, ihm dies wenigstens für ein paar Monate zu gewähren." Danach wird das Haus endgültig zur Dunkelkammer, zum Reich der Sinnestäuschungen und Phantasmagorien.

Der Ärger des Architekten scheint verständlich, aber im Grunde führen die Filmleute seine Ideen nur weiter. Bofinger hat selbst beim Illusionismus der Filmwelt Anleihen gemacht, etwa wenn er die Klotüren im Keller mit Marmorfolie beklebt oder den pompösen Eingang zwischen Messinggewänden und über Marmorstufen in einer blauausgeleuchteten Rotunde münden läßt, in deren Spiegelwänden sich der Besucher vervielfacht und unter deren Kuppel er seine Stimme dröhnen hört. Das Filmmuseum ist der Typus des postmodernen Hauses schlechthin.

„Mit der Ironie ist durchaus nicht zu scherzen", *hat Friedrich Schlegel* einmal geschrieben und er hat auf die Tücke der „Ironie der Ironie" verwiesen. Hätte er den Ärger von Helge Bofinger gekannt, so hätte er gewiß auch einen Kronzeugen benennen können.

DANKWART GURATZSCH

Ula Stöckls neuer Film „Der Schlaf der Vernunft"

Süßes Leben, deutsch

Das Kinopublikum scheint manchmal Instinkt zu haben. Als ich in Bonn Ula Stöckls Film „Der Schlaf der Vernunft" – in einer normalen Abendvorstellung – sah, zählte ich ganze neun Besucher, von denen vier auch noch vorzeitig den Saal verließen.

Zu Recht. Was die Regisseurin bietet, ist, gelinde gesagt, eine Zumutung in jeder Hinsicht. Damit jeder Deutsche es endlich erfährt: Es gibt in Berlin auch intellektuelle Gastarbeiter. Eine italienische Frauenärztin sieht sich konfrontiert mit einer ganz und gar unzulänglichen Umwelt. Ihre Mutter ist herrschsüchtig und anpassungswütig. Die Töchter lieben das dolce vita à la Germany. Der Ehemann, ein deutscher Arzt, betrügt sie mit ihrer Kollegin aus der Gemeinschaftspraxis. Und obendrein haben sich auch noch die Pharmakonzerne, die anderen Frauenärzte und die deutsche Finanzbürokratie gegen die streitbare Dame aus dem Süden Europas verschworen.

Sie hat nämlich eine höchst einsame Erkenntnis gewonnen: Die Pille erzeugt Krebs. Diese Erkenntnis verfolgt sie mit der Unbeirrbarkeit eines Michael Kohlhaas. Alle macht sie sich zu Feinden. Und alle wenden sich von ihr ab. Der Vater ihrer Kollegin, ebenfalls Frauenarzt, läßt sogar in ihre Praxis einbrechen und ihr die Patientenkartei klauen, um sie einzuschüchtern und ihr gleichzeitig die Beweismittel für ihre unbeliebte These zu nehmen. Am Ende bleibt der Dame nichts anderes übrig als eine Vision: Sie träumt davon, alle ihre Widersacher umzubringen, einschließlich ihrer nächsten Angehörigen.

Das ist nicht nur inhaltlich haarsträubender Unsinn, das ist auch formal derart dilettantisch aufgezogen, daß sich der Gast mit Grausen wendet. Außerdem bedürfte der Film dringend einiger Untertitel. Minutenlang nämlich muß man die wortgewaltigen Tiraden der italienischen Mutter in Originalsprache über sich ergehen lassen.

Viele Szenen scheinen ohnehin nur dazu gedreht worden zu sein, um den Film auf volle 90 Minuten auszudehnen. Und da Ula Stöckl gelegentlich auch nicht weiß, wie sie ihre hochtrabenden Dialoge filmisch umsetzen soll, darf sich das Auge zum Beispiel endlos dabei langweilen, zwei Ärztinnen beim Händewaschen zu beobachten.

So ächzt und stöhnt sich dieser Film seinem trübseligen Ende entgegen. Die hochherzige Italienerin, die ihr Deutsch im Zeitlupentempo dem Publikum nahebringt, gibt in einem symbolischen Akt ihrem Mann das ganze miserable Leben zurück. Ach, könnte man doch auch der wackeren Filmfrau Ula Stöckl diesen unsäglichen Streifen in die emanzipatorisch zittrigen Hände zurückreichen und dafür das Eintrittsgeld wiederbekommen.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH



Streitbare Dame aus dem Süden: Ida di Benedetto als Frauenärztin Dea in Ula Stöckls Film FOTO: DW

Bonn: Jahrestagung des Ordens „Pour le mérite"

Nur eine Wissenschaft

Der Orden Pour le mérite verkörpert in seinen Mitgliedern eine fast einmalige geistige Kompetenz. Rat, Erfahrungen und Lebensweisheit dieser Gemeinschaft des Geistes sollten noch stärker als bisher unserem Gemeinwesen zugute kommen." Das sagte Bundespräsident Karl Carstens als Schirmherr des 1842 vom preußischen König Friedrich Wilhelm IV. gegründeten „Ordens Pour le mérite für Wissenschaften und Künste" anläßlich seiner Jahrestagung, die zum vierten Mal als Öffentliche Sitzung in Bonn stattfand.

Die Zahl der deutschen Ritter des Ordens ist seit der Gründung auf 30 beschränkt. Daneben können noch 30 Ausländer mit den Insignien der Friedensklasse des Pour le mérite beliehen werden. Neu aufgenommen und durch den Ordensvizekanzler Professor Kurt Bittel dekoriert wurden die Schweizer Kammersängerin Elisabeth Schwarzkopf, der Schriftsteller Eugéne Ionesco, der Rechtshistoriker Professor Jean Gaudemet aus Frankreich und der Musikwissenschaftler Karl Dahlhaus.

Traditionsgemäß bilden den Rahmen dieser einzigen Veranstaltung des Jahres, in der sich das glanzvolle Gremium *vollzählig* vor der Öffentlichkeit präsentiert, die Laudatien für die Neuaufgenommenen und die Gedenkworte für die im letzten Jahr verstorbenen Mitglieder. Und wenn Bundespräsident Carstens beim Empfang für die Ordensträger Axel *von Harnack zitierend sagte: „Es gibt* keine Grenzen der Wissenschaft – vielmehr hat die Welt nur eine Wissenschaft und eine Atmosphäre", dann wurde dies durch diese Ansprachen umfassend bestätigt, durch die Gedenkrede von Golo Mann auf Raymond Aron oder bei den Erinnerungsworten von Adolf Butenandt für seinen Freund, den in Halle lehrenden Botanikprofessor Kurt Mothes, der zugleich 20 Jahre lang als Präsident der „Leopoldina", der 1652 gegründeten „Deutschen Akademie der Naturforscher" in Halle, wirkte. In einem Nebensatz wurde dabei erwähnt, daß in diesem Gremium stets ein Wissenschaftler aus der Bundesrepublik Deutschland Sitz und Stimme *hat. Butenandt: „Auf seinem Gra*be lagen die Kränze des Staatsratsvorsitzenden der DDR und des Bundespräsidenten nebeneinander."

Bemerkenswert waren die Begrüßungsworte, die von der Schauspielerin und Ordensmitglied Maria Wimmer für Elisabeth Schwarzkopf gesprochen wurden und in denen sie die Sängerin als „unerschrockene Perfektionistin von grausamer Selbstkritik" feierte. Maria Wimmer las auch die von Emil Steiger verfaßte Laudatio für Ionesco, der sich in seiner Dankadresse auf französisch als der „große Spieler, wo man nie weiß, wer und wo man ist", offenbarte.

Den Festvortrag hielt der Gen-Forscher Professor Manfred Eigen über den „Homunculus im Zeitalter der Biotechnologie". Zur Frage der Schaffung künstlichen Lebens stellte Eigen fest: „Ohne Wissen kann ich nicht entscheiden, ob ich darf. Das Überleben der Menschheit hängt von dieser Wissens-Spirale ab."

Bleibt nachzutragen, daß es der Universität Bonn, was allgemein als störend empfunden wurde, leider nicht gelungen war, für diesen Staatsakt zumindest den Aufgang zur Aula von einer Putzkolonne in einen dem Anlaß entsprechenden Zustand versetzen zu lassen.

EBERHARD NITSCHKE

Veränderte Prioritäten beim Autobau

HEINZ HORRMANN, Bonn

Ein neues deutsches Rollenverständnis im Bereich Auto, Straße und Verkehr wird durch Aktionen, Ausstellungen und Aufklärungsarbeit der Automobilindustrie deutlich. Die früher einmal gültige und unumstrittene Verteilung, wonach sich die Industrie allein um Entwicklung und Verkauf ihrer Fahrzeuge kümmerte, und der Umweltschutz, das Unfallgeschehen und die übrigen Probleme des Straßenverkehrs allein Sache des Staats, der Verkehrsorganisationen und Privatinitiativen waren, ist heute überholt.

Die Mitverantwortung für Umweltschonung, Energiesparen und Unfallreduzierung über *technische Hilfen* hinaus haben die Autohersteller mit übernommen. Die Industrie investiert hier in Millionenhöhe.

„Automobil und Sicherheit" ist beispielsweise das Motto einer aufwendigen Daimler Benz-Ausstellung in der Bonner Beethovenhalle, mit der das Stuttgarter Unternehmen seit gestern einen Einblick in die Thematik gibt, die über der breit geführten Umweltdiskussion vorübergehend ins Hintertreffen geraten war.

Sicherheit vorrangig

„*Sicherheit, Energieverbrauch und* Umweltschutz ist für uns und die gesamte Automobilindustrie ein komplexes Thema", betont Rudolf Hörnig, der Entwicklungschef der Firma, „und dennoch kommt der Sicherheit im Straßenverkehr und damit dem Schutz des Menschen die höchste *Priorität zu.*" Bei etwaigen Zielkonflikten sei die Sicherheit stets vorrangig einzustufen.

Das war nicht immer so: In der ersten Zeit des Automobilbaus ver*stand man unter Sicherheit nichts* anderes als die Betriebssicherheit der Fahrzeuge. Erst im zweiten Zeitabschnitt folgten Fahrstabilität und Maßnahmen zum Umweltschutz. Heute ist das Auto auf dem Weg ein mit Mensch und Umwelt aktiv korrespondierendes technisches System zu werden, das auf den Menschen eingeht, ihn entlastet und ihm auch hilft, Gefahrensituationen schadlos zu überstehen.

Auf Schautafeln und an Modellen demonstriert Daimler Benz wie das Unternehmen durch zahlreiche Pionierleistungen zur Sicherheit beigetragen hat, sowohl in der aktiven als auch in der passiven Sicherheit. Prof. Werner *Breitschwerdt, langjähriger* Entwicklungschef und heute Vorstandsvorsitzender und schlüsselte auf: „Alle Maßnahmen zur aktiven Sicherheit des Autos dienen der Vermeidung von Unfällen. Unter der passiven Sicherheit verstehen wir dagegen jene Eigenschaften des Autos, die beim Eintreten eines Unfalls die Verletzungsgefahr minimieren (Haltegurt)."

Als Beispiele für bedeutende Innovationssprünge nannte Breitschwerdt die Entwicklung der Bremsen bis zum Antiblockiersystem (ABS), die Antischlupfregelung, die verhindert, daß auf glatter Fahrbahn die Antriebsräder durchdrehen und *das Fahrzeug ins Schleudern kommt*, sowie das Abstandsradar.

Votum gegen Tempolimit

Dennoch würden Entwicklungsarbeit und Investitionen allein nie ausreichen können, um eine Aufgabe wie die Sicherheit im Straßenverkehr zu lösen. Der wichtigste im Verantwortungsbund sei der Verkehrsteilnehmer selbst. Ohne umsichtiges Handeln und rücksichtsvolles Verhalten würden alle Bemühungen um mehr Verkehrssicherheit teure „Trockenübungen" bleiben, glaubt der Mercedes-Chef. Nachdrücklich wandten sich alle Experten des Unternehmens gegen ein Tempo-Limit auf Autobahnen. Damit könnten keine Unfallzahlen reduziert und keine Abgaswerte verbessert werden.





Vor ihrem ersten Schritt ins „Gelobte Land" mußten die Einwanderer „Ellis Island" noch passieren. Hier zerschellte – die Freiheitsstatue schon vor Augen (Bild links) noch so manche Hoffnung. Das Archivbild aus dem Jahre 1900 hat die beklommene Atmosphäre im Speisesaal vor der entscheidenden Untersuchung festgehalten. FOTOS: DPA, BETTMANN-ARCHIV

Unvergessen – Ellis Island, die „Insel der Tränen"

HANS J. STÜCK, New York

„Nur die Kajütenpassagiere der *ankommenden Dampfer und* Segelschiffe dürfen frei in Amerika landen. Die Zwischendeckler, die große Masse der Einwanderer, werden erst an der Südspitze New Yorks ausgeschifft." So heißt es in einem alten Reiseführer von 1880.

Erst nach 1892, als die Einwanderung zum Strom angeschwollen war, der die Behörden hoffnungslos überforderte, wurden die „Immigrants" auf Ellis Island ausgeschifft, einer Insel im New Yorker Hafen im Schatten der Freiheitsstatue. Beide, die rostzerfressene Miss Liberty und die verkommenen Gebäude der Quarantäne-Station, werden derzeit renoviert, um sich in zwei Jahren zur Hundertjahrfeier der Statue als nationale Gedenkstätten ohne Unkraut und Verfall präsentieren zu können.

Touristen ließen sich bislang nur zur Freiheitsstatue übersetzen, dem Symbol der Verheißung, die Millionen Europäer in die Neue Welt lockte. In Zukunft werden sie auch die Realität, *die „Insel der Tränen", besuchen.* Es gibt kaum ein anderes Fleckchen amerikanischen Bodens, das soviel menschliches Leid, aber auch so viele Seufzer der Erleichterung erlebt hat.

Die weißgetäfelte „große Halle" der Quarantäne-Station, durch die in Spitzenzeiten der Einwanderung täglich 5000 Menschen geschleust wurden, soll in ein Museum mit Computern verwandelt werden, die Besuchern Auskunft über die Schiffe geben, die einst ihre Vorfahren ins Land brachten. *Das Gesamtprojekt soll 230* Millionen Dollar verschlingen. Allein an Spenden sind in kürzester Zeit 75 Millionen aufgebracht worden.

„Gebt mir eure Ermatteten, eure Armen, *eure gedrückten Massen, die* nach Freiheit hungern ...", heißt es am Sockel der Freiheitsstatue, und sie kamen, zuerst als Rinnsal, dann zu Millionen, auf gräßlich überfüllten Schiffen, mit wenigen Habseligkeiten, um die Angst vor Krieg, Revolution und Verfolgung gegen ein Leben in *Frieden und Freiheit* einzutauschen.

Doch davor standen die strikten, oft rigorosen Formalitäten in der „großen Halle", die 1908 – im Rekord*jahr der Völkerwanderung mit 1,3* Millionen Immigranten – für 25 000 Bewerber zur Endstation wurde. Sie mußten zurück nach Europa auf Kosten der Schiffahrtsgesellschaften, *die sie nach* New York *gebracht* hatten.

Unerbittlich abgewiesen wurden Personen mit ansteckenden und „ekelerregenden" Krankheiten, Bewerber, die bereits illegal in Europa von amerikanischen Firmen angeheuert waren, und offensichtlich Arbeitsunfähige, die nur der Wohlfahrt zur Last gefallen wären. Später wur*de die Liste auf Epileptiker und* „berufsmäßige Bettler" ausgedehnt und nach 1901, als Präsident William McKinley durch einen Anarchisten ermordert wurde, auf Anarchisten und „Saboteure".

Die Einwanderer mußten in der Halle eine Phalanx von Ärzten durchschreiten, die Ausschau nach Krankheitssymptomen hielten, wobei jeder Arzt nur für eine Krankheit, wie Cholera, Syphilis oder Schwindsucht, zuständig war. In schwierigen Fällen entschieden drei Doktoren.

Nach McKinleys Ermordung, als Amerika selbst vor Umsturz und Revolution Angst hatte, wurden politische Befragungen eingeführt. Wer als „Aufwiegler" auffiel, wurde abgewiesen. Dabei kam es schon wegen *sprachlicher* Mißverständnisse *zu* zahllosen Fehlentscheidungen.

Kaum übertrieben war deshalb ein Witz, der damals im deutschsprachigen Amerika kursierte. Er handelte von einem armen Teufel, der nur knapp der Deportation entging, weil er auf die Frage des Beamten „Are you an anarchist?" (Anarkist in engl. Aussprache) eilfertig kopfnickend erwidert hatte: „*Ich hab aach a kist.*" Insgesamt wird geschätzt, daß von den 16 Millionen Ankömmlingen, die zwischen 1892 und 1954 durch Ellis Island geschleust wurden, zwei Pro*zent oder 320 000 wieder nach Europa* zurückmußten.

Vor Einzug in die Halle wurden alle Einwanderer spartanisch beköstigt. Die Reinigung fand in einem Nebenbau statt, in dem gleichzeitig mehrere hundert Menschen baden konnten, wofür sie Seife und Handtuch gratis bekamen. Während des Badens reinigten Angestellte die Kleidung. An Verpflegung, so ein zeitgenössischer Bericht, gab's meist „gedünstete Pflaumen, den Eintopf aller Nationen, einen Laib Brot und wahlweise Wasser oder verdünnten Kaffee".

Doch wer die Prozedur bestanden hatte, stürmte glücklich in ein anderes Gebäude, wo das neue Leben in Amerika mit dem Kauf eines Eisenbahnbillets, dem Wechsel des mitgebrachten Geldes oder der Absendung eines Telegramms begann.

In der Verwaltung von Ellis Island geht man davon aus, daß die Gedenkstätten nach ihrer Renovierung zur Touristenattraktion werden. Ungefähr 100 Millionen Amerikaner haben irgendwie geartete Beziehungen zu *dieser Einwandererinsel. Nur die* deutschstämmigen Amerikaner sind weniger betroffen; die Zahl der deutschen Immigranten sank nach 1892 erheblich und machte in der Periode von *1901 bis 1910 nur noch* wenige Prozent am Gesamtanteil aus. Ganz anders ihr Anteil in der Zeit von 1851 bis 1890: Damals stellten die Deutschen fast die Hälfte aller Neuankömmlinge. Sie alle wurden in jenen Tagen noch an der behelfsmäßigen Einwanderungsstation Castle Garden ausgeschifft – *an der Südspitze New* Yorks, wie es in dem alten Reiseführer heißt.

Münchens neuer Super-Vogel, den Europas Flugzeugbauer fürchten wie der Teufel das Weihwasser: Die amerikanische Boeing 757. 196 Passagiere faßt der geräumige Riese aus Seattle. FOTO: DPA

Mit der „falschen" Maschine zur Premiere?

PETER SCHMALZ, München

Mit der Flugnummer LT 052 hebt heute um 7.55 Uhr ein Passagier-Jet in Richtung Ibiza von der Startbahn München-Riem ab, der mit 150 Kilo Farbe in den bayerischen Landesfarben weiß und blau gestrichen ist und dennoch für Bayerns Landesvater Franz Josef Strauß wie ein Provokation erscheinen mag. Da hat nach vielen Jahren endlich wieder eine *Fluggesellschaft die Landeshaupt*stadt an der Isar als Standort gewählt – aber zum Premierenflug startet sie mit *einer* Maschine, die Europas Flugzeugbauer fürchten wie der Teufel das Weihwasser: Die „Lufttransport Süd", kurz LTS, eine Schwester des Ferien-Charters LTU, fliegt als erste *kontinentaleuropäische* Gesellschaft die „Boeing 757", den schärfsten und härtesten Konkurrenten des europäischen Airbus 320. „Verläßlichkeit und Sparsamkeit waren beim Kauf entscheidend", begründet LTS-Vorstand Wolfgang Krause den antieuropäischen Seitensprung. Sollte der ehemalige LTU-Flugkapitän demnächst auf einem der zahlreichen Münchner Empfänge dem Ministerpräsidenten *in die Arme* laufen, *wird ihm dieser mit Sicherheit ein* eindringliches Privatissimum über Sparsamkeit und Verläßlichkeit des Airbus 320 gewähren. Denn um der Europäer ganzen Flugzeug-Stolz zu loben, nimmt Strauß ganz andere Strapazen auf sich: Der Airbus-Aufsichtsratvorsitzende warb für den Europa-Vogel *erst kürzlich in der* Türkei und wird dies demnächst auch wieder in China tun.

Nun aber hat er das Kuckucks-Ei im eigenen weiß-blauen Nest. Und er *muß damit rechnen, daß nicht wenige* seiner Landeskinder nach diesem Sommer voller Begeisterung über das amerikanische Boeing-Kind schwärmen werden, denn der bisher einzige LTS-Flieger ist für diesen Sommer schon gut ausgelastet mit bayerischen Urlaubern, die damit von München aus in nur 160 Minuten auf der griechischen Insel Kos oder in 120 Minuten auf Mallorca landen. Diese Minuten im Flug sollen nicht nur schnell, *sondern auch bequem* vergehen: Mit rund 80 Zentimeter ist die Beinfreiheit in der bayerischen Boeing spürbar größer als in üblichen Charter-Maschinen, weshalb der Jet auch nur 196 Passagiere fassen kann, während eine in Großbritannien eingesetzte Boeing 757 mit 228 Sitzen *vollgepumpt ist. Die beiden Rolls-*Royce-Triebwerke gelten als extrem leise und als besonders sparsam. Gespart wurde auch im Cockpit, in dem nur noch zwei Mann sitzen und die Zahl der Instrumente um 40 Prozent reduziert wurde. Dennoch, so LTS-Flugkapitän Reinhard Oltersdorf, der *die Maschine in der* vergangenen Woche in sechseinhalb Stunden über den Atlantik brachte, erfährt der Pilot mehr als früher und das auch noch schneller. „Die *Technik* nimmt uns viel Belastung weg", urteilt er. Der ersten „757" sollen im März nächsten Jahres die zweite und – falls der erwartete Aufwind für die junge LTU-Schwester anhält – einige *Monate* später die dritte folgen.

Über die Herkunft der künftigen Passagiere macht sich der Newcomer am deutschen Himmel vorerst keine *Sorgen, die „Paxe", wie Herr und* Frau Passagier im Fliegerjargon heißen, sind quasi home made: LTU hat aus der Pleitemasse des Wienerwald-Konzerns dessen aufstrebendes Touristik-Unternehmen „Jahn-Reisen" für billige 400 000 Mark erworben und dem in München beheimateten *Reiseveranstalter nun auch* den weiß-blau regionalen Carrier beigesellt. Da mag es wohl kein Zufall sein, daß LTS auf 80 bis 100 000 Buchungen in diesem Jahr hofft und Jahn-Reisen mit ebenfalls 100 000 rechnet.

Stichwort: Boeing 757

Die zweistrahlige 757 ist die sparsame, leise und technologisch raffinierte Ausgabe des mit mehr als 1800 Verkäufen erfolgreichsten Passagierdüsenflugzeuges der Welt – der Boeing 727. Außer Tragflächen, Rumpfheck und Fahrwerk wurde vieles vom alten Rekordflugzeug übernommen. Jeden Monat verlassen zur Zeit elf 757-Maschinen die größten Flugzeugwerke der Welt im amerikanischen Seattle. Seit dem Jungfernflug am 19. Februar 1982 wurden bis heute weltweit 140 Maschinen bestellt; 32 sind ausgeliefert. Preis einer Maschine mit 196 Sitzplätzen: Fast 100 Millionen Mark. Um einen Fluggast 1800 Kilometer weit zu beför*dern, verbrennt die gute alte 727 sieb*zig Kilogramm Sprit, die neue Maschine begnügt sich mit 40. Reichweite des 99,7 Tonnen wiegenden Kolosses: bis zu 5000 Kilometer. Das 757-Cockpit erinnert an eine Raumfähre; intelligente Navigationssysteme sind „in". An die 160 Kilometer verlegte Kabel signalisieren alle notwendigen Informationen je nach der Wichtigkeit automatisch auf farbigen Bildschirmen. Dennoch steht auch dieses Wunderwerk der Technik bereits wieder im Schatten des *noch größeren* Bruders, der Boeing 767. Von diesem 289 Fluggäste fassenden zweistrahligen Großraumflieger – als Konkurrenzmodell zum „kleinen Airbus" A 310 gedacht – befinden sich schon 83 in der Luft; 182 weitere sind bestellt.

DIETER THIERBACH

Statt zehn Mark Bußgeld 10 000 Mark Geldstrafe

dpa, Berlin

Wie aus einer Geldbuße von zehn Mark für falsches Parken eine Geldstrafe von 10 000 Mark werden kann, mußte der Geschäftsführer einer Gebäudereinigungsgesellschaft jetzt erleben. Der 40jährige hatte zwei Politessen, die ihn wegen seiner „Parksünde" ansprechen wollten, mit Mißachtung gestraft und demonstrativ zum Autotelefon gegriffen. Als die Ordnungshüterinnen daraufhin versuchten, einen Strafzettel an die Windschutzscheibe zu klemmen, schaltete der Fahrer den Scheibenwischer mit der Bemerkung ein, „Frauen als Polizisten" seien „wohl das letzte". Die Damen erlitten eine leichte Quetschung der Hand und konnten drei abgebrochene Fingernägel vorweisen. Die Politessen bezeichnete der Geschäftsführer in einem Brief an den Polizeipräsidenten als „Straßen*mädchen" und* legte obendrein gegen den Bußgeldbescheid Widerspruch ein. Da platzte den Beteiligten der Kragen. Nachdem der Amtsrichter alles zur Kenntnis genommen hatte, wurde aus dem Bußgeldverfahren ein Strafprozeß und aus der Ordnungswidrigkeit fahrlässige Körperverletzung *in Tateinheit mit Nötigung und* Widerstand. Das Gericht ahndete die Taten mit 40 Tagessätzen zu 250 Mark.

Keine „Faschisten" mehr

dpa, London

Das Wort „Faschist" hat der britische Parlamentspräsident Bernard Weatherill anläßlich einer Auseinandersetzung um den Besuch des südafrikanischen Premierministers in London endgültig aus dem Sprachschatz des Unterhauses verbannt.

Tragische Hochzeit

SAD, Sheffield

Auf dem Wege von der Kirche zum *Sektempfang erfaßte die Limousine* eines jungen Hochzeitspaares in der englischen Stadt Sheffield vor einer Eisbude die neunjährige Tochter eines Feuerwehrmannes und verletzte sie tödlich. Das junge Paar erlitte einen Schock. Der Chauffeur, Vater von vier Kindern, schwor, sich nie wieder hinter ein Autosteuer zu setzen.

Explosive Beute

AFP, Brüssel

Unbekannte haben aus einem Steinbruch bei Brüssel 16 Zentner Dynamit entwendet. Der Diebstahl fand bereits in der Nacht zum Sonntag statt und wurde erst jetzt bekannt.

Verdienter Ruhestand

SAD, Amsterdam

Der zehnjährige Schäferhund Leo hat im Amsterdamer Flughafen während seiner sechs Dienstjahre rund 3,2 Tonnen Haschisch, fast 900 Kilogramm Marihuana, 28 Kilogramm Heroin und 18 Kilogramm Kokain erschnüffelt. 428 Rauschgiftschmuggler gingen so der Polizei ins Netz. Der Hund wird nun „pensioniert", weil der ständige Flugzeuglärm sein Gehör schädigte. Außerdem litten seine Knochen und Muskeln unter dem ständigen Bespringen der Fließbänder.

Schnellzugblockade

dpa, *Montchanin*

Über 100 mittelständische Unternehmer haben gestern durch Sitzstreik die Hochgeschwindigkeitsstrecke Paris-Lyon stundenlang blockiert. Sie forderten freie Entscheidung bei Entlassungen und Steuererleichterungen.

Gurt wird Pflicht

AP, Wien

Der Verkehrsausschuß des österreichischen Parlaments beschloß, zum 1. Juli die Anschnall- und Sturzhelmpflicht einzuführen. Die Zustimmung des Parlaments gilt als sicher. Kraftfahrer ohne Gurt müssen dann mit einem Bußgeld von 100 Schilling (umgerechnet 14 Mark) rechnen.

Rhein-Marine

dpa, Emmerich

Neun Ostsee-Minensuchboote der Bundesmarine kreuzen seit gestern auf dem Rhein. Von der deutsch-holländischen Grenze bis nach Worms werden zwölf Häfen angelaufen. Auf den Etappen nehmen die Schiffe Gäste an Bord mit. Ziel der Aktion ist die Nachwuchswerbung.

ZU GUTER LETZT

Daß es bei der Post nicht so schnell geht, gehört zu den Operetten-Weisheiten. Der FDP-Politiker Roland Kohn geht sogar noch weiter. Nach seinen Angaben muß die Bundespost jüngst ein Eilpaket mit der Postkutsche befördert haben. Der Abgeordnete forderte Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling (CDU) gestern auf, ihm die Gebühr für sein Paket in Höhe von 8,10 Mark zu erstatten. Das an einem Dienstag beim Postamt im Bonner Abgeordnetenhochhaus eingelieferte Paket habe seinen Bestimmungsort erst am Freitag erreicht – und nicht, wie von einem Postbeamten zugesichert, bereits am Mittwoch. Der liberale Abgeordnete errechnete eine Beförderungsgeschwindigkeit von „etwas über vier Kilometer in der Stunde" für das Paket.

WETTER: Regnerisch und kühl

Wetterlage: Das über Mitteleuropa liegende Tiefdruckgebiet ändert seine Lage nur wenig und bestimmt bis Samstag noch unser Wetter mit kühler und feuchter Luft.



Vorhersage für Donnerstag:

Bundesgebiet und Berlin: In Norddeutschland sowie im Berliner Raum bedeckt und zum Teil noch länger andauernder Regen, sonst wechselnde, vor allem nachmittags stärkere Bewölkung und einzelne Schauer oder Gewitter. Tageshöchsttemperaturen in Regengebieten um 12 Grad, sonst 14 bis 18 Grad. Tiefstwerte in der Nacht zum Freitag 11 bis 7 Grad, allgemein schwachwindig.

Weitere Aussichten:

Weiterhin unbeständig und für die Jahreszeit zu kühl.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	11°	Kairo	29°
Bonn	13°	Kopenhagen	15°
Dresden	10°	Las Palmas	20°
Essen	12°	London	16°
Frankfurt	13°	Madrid	14°
Hamburg	11°	Mailand	16°
List/Sylt	15°	Mallorca	18°
München	9°	Moskau	25°
Stuttgart	13°	Nizza	16°
Algier	20°	Oslo	22°
Amsterdam	13°	Paris	15°
Athen	26°	Prag	12°
Barcelona	15°	Rom	18°
Brüssel	15°	Stockholm	20°
Budapest	16°	Tel Aviv	26°
Bukarest	28°	Tunis	19°
Helsinki	18°	Wien	18°
Istanbul	24°	Zürich	11°

Sonnenaufgang* **am Freitag:** 5.07 Uhr, Untergang: 21.36 Uhr, **Mondaufgang:** 15.12 Uhr, Untergang: 2.52 Uhr.
* in MESZ, zentraler Ort Kassel

Wilde Streiks treiben Italiener zur Weißglut

Ruf nach staatlichen Gegenmaßnahmen unüberhörbar / Minister forderte die Dienstverpflichtung von Arbeitern

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

„Die Grenze des Erträglichen ist überschritten. Es muß sofort etwas geschehen." Dem Präsidenten der italienischen Christdemokraten, Flaminio Piccoli, riß endgültig der Ge*duldsfaden*, und er *gab* sich keine sonderliche Mühe, das zu verbergen, seit sein Land wieder einmal durch eine Streikwelle – diesmal hauptsächlich im Transportwesen – zu Lande, zu Wasser und auf den Flughäfen mehr oder weniger lahmgelegt wurde. Vor allem in Rom wurden die Passagiere von Fiumicino Opfer der Streiklust. Aber auch die Fähren-Besatzungen streikten. Auf dem Tyrrhenischen Meer von und nach Sardinien lief einen Tag lang nichts mehr. Der Zugverkehr vor allem in Südita*lien stockte und bescherte den Rei*senden chaotische Zustände. Zwischen Rom und Neapel standen alle Räder still.

Die Arbeitskämpfe, in denen sich *die Arbeitnehmer zum Teil nicht* einmal an die von ihren Gewerkschaften festgelegten Normen der Selbstkontrolle halten, wirken nicht nur als Alarmsignal zu Beginn der Touristensaison, sie provozieren auch immer mehr den Protest weiter Bevölkerungskreise, in denen der Ruf nach staatlichen Gegenmaßnahmen laut wird.

Einen ersten Schritt in diese Rich*tung vollzog der Minister für die Han*delsmarine, Carta. Er forderte die örtlich zuständigen Präfekten auf, die streikenden Besatzungen der Sardinien-Fähren kurzerhand dienstzuverpflichten. In Neapel übernahmen Heerespioniere angesichts des drohenden totalen Verkehrschaos einige Züge.

Die Gewerkschaftszentralen machen die für den Transport zuständi*gen politischen Staatsstellen* für die alarmierende Situation auf dem Verkehrssektor verantwortlich. Sie werfen ihnen vor, fällige Tarifverträge immer wieder zu verzögern und sich gegen notwendige personelle Aufstockungen zu sperren. Gleichzeitig ist man sich bei den Gewerkschaften *freilich auch des Volkszorns bewußt*, den diese Streiks auslösen. Es soll deshalb nicht verschwiegen werden, daß es durchaus auch verantwortungsbewußte Gewerkschaftsfunktionäre gibt, die sich dafür aussprechen, die Ausübung des Streikrechts besonders auf dem Transportsektor endlich, wie in der Verfassung vorgeschrieben, gesetzlich zu regeln.

Nun gibt es aber in Italien drei große Gewerkschaften auf nationaler Ebene: die kommunistisch-sozialistische CGIL, die christdemokratische CISL und die, grob gesprochen, sozialdemokratisch-republikanisch ausgerichtete „*Italienische* Arbeiterunion" UIL. Nur eine von ihnen, die UIL, empfindet die gesetzliche Rege*lung des Streikrechts* derzeit als vordringlich. Das ist das Problem. Giorgio Benvenuto, Generalsekretär der UIL, sagte in einem Gespräch mit der WELT: „Es ist einfach undenkbar, daß einige Personen in einem strategisch entscheidenden Sektor das Land blockieren können. Auf dem Flughafen Rom-Fiumicino, *der der* schlechteste der Welt ist, brauchen beispielsweise nur die 13 Angestellten der *Zivilluftfahrtbehörde* die Arbeit niederzulegen, um den ganzen Flugverkehr zu blockieren. Etwas Ähnliches gibt es im ganzen übrigen Europa nicht."

Tatsache ist, daß in Fiumicino eigentlich fast immer irgend jemand streikt – von den Bediensteten der Zivilluftfahrt über die Feuerwehr bis hin zu dem Bodenpersonal, das für das Gepäck zuständig ist. Die Folge: *Kaum je funktioniert* alles so, wie es müßte. Benvenuto: „Wenn ich aus Frankfurt mit dem Flugzeug nach Rom komme, habe ich den Eindruck, nicht in einer anderen europäischen Stadt, sondern in der Dritten Welt gelandet zu sein. Aber vielleicht beleidige ich damit ein Land der Dritten Welt, was ich nicht möchte."

Neunzig Prozent der italienischen Bevölkerung würden sich heute nach Ansicht des Gewerkschaftssekretärs bei einem Referendum für eine gesetzliche Regelung des Streikrechts aussprechen. Die anderen beiden Organisationen – die kommunistisch-sozialistische CGIL und die christdemokratische CISL – lehnen sie als Eingriff in die Gewerkschaftsrechte ab. Benvenuto warnt sie: „Eine gesetzliche Regelung weiter hinauszögern bedeutet, dem Ansehen Italiens, aber auch dem Ansehen der Gewerkschaften im Volk schaden."